

umwelt

journal

Rheinland Pfalz

Herausgegeben vom
Ministerium für Umwelt,
Landwirtschaft, Ernährung,
Weinbau und Forsten
Rheinland-Pfalz

Heft 56 August 2013

Grundlagen und Folgen
unserer Ernährung



umweltjournal
Rheinland-Pfalz

Nr. 56 (August 2013)

Das umweltjournal
ist kostenlos

Herausgeber:
Ministerium für Umwelt,
Landwirtschaft, Ernährung,
Weinbau und Forsten
Kaiser-Friedrich-Straße 1
55116 Mainz
Tel. 06131 – 164433
Fax. 06131 – 164629

Redaktion:
Landeszentrale für Umweltaufklärung
Rheinland-Pfalz

Gestaltung:
media machine GmbH, Mainz

Druck:
Druckzentrum Schwalm, Mainz

Titel:
Grundlagen und Folgen unserer
Ernährung

Fotos:
Projektfotos
Slow Food Berlin
Netzwerk Blühende Landschaft
Mellifera e.V.
Commens.wikimedia.org
Titelbild:
Slow Food Berlin
Foto Ministerin Höfken:
Kerstin Baensch

Sofern nicht besonders erwähnt,
wurden die Fotos von den jeweiligen
Autoren zur Verfügung gestellt

Die mit Namen der Autoren
gekennzeichneten Artikel geben
nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion wieder.

Editorial	3
Titel-Thema „Grundlagen und Folgen unserer Ernährung“	
Politische Aspekte	
1. Die politischen Ziele der Landesregierung von Rheinland-Pfalz hinsichtlich der Grundlagen unserer Ernährung	4
2. Agrarpolitische Rahmenbedingungen für eine gesunde Ernährung	8
Natürliche Grundlagen, Lebensmittelerzeugung und Landwirtschaft	
3. Der weltweite Konsum tierischer Produkte und die Folgen für die Umwelt	12
4. Bestäubende Insekten – Basis einer gesunden Pflanzendecke	16
5. Bäuerliche Landwirtschaft	20
6. Wie sich die Agrarindustrie die Welt zurecht legt	26
7. Der Wert der Nahrung aus dem eigenen Garten	30
9. Lebensmittelverschwendung	34
Weitere Themen	
9. Aus dem Wald in die Welt – 300 Jahre Nachhaltigkeit	40
10. Landesnetzwerk BürgerEnergieGenossenschaften	44
11. Energie in Bürgerhand	46
Ernährungskulturelle Aspekte, Wert der Nahrung	
12. Veggi-Day	48
13. Slowfood – Anders Essen um die Welt zu verändern	52
14. Fleischkonsum zwischen Kultur und (Ge)Wissen	56
15. Ernährung: Was sagt die Bibel?	60
16. Hunger – eine Menschenrechtsverletzung	62
17. Omas Gemüsegarten	68
LZU-Journal	69
Buch- und Filmtipps	75

Editorial

Ernährung

Ausreichende und gute Nahrung ist ein Menschenrecht. Sie ist ein Ausdruck von gerechter Teilhabe innerhalb kultivierter Gesellschaften und Staaten. Nicht nur hierzulande, sondern weltweit. So stellt der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zum Recht auf Nahrung klar: „Im Grunde liegt die Wurzel des Problems von Hunger und Mangelernährung nicht in einem Mangel an Nahrungsmitteln, sondern im mangelnden Zugang großer Teile der Weltbevölkerung zu den verfügbaren Nahrungsmitteln“.

Es geht also kaum mehr um das „wie viel“ als vielmehr um das „wie“ und „was“.

Unsere Nahrungsmittel sollten so erzeugt und auf den Tisch gebracht werden, dass genussvoll und guten Gewissens gegessen werden kann. Das kann man sich folgendermaßen vorstellen: auf gesunden, natürlichen Böden gedeihen eine Vielfalt an Nahrungs- und Futterpflanzen von großer regionaler und genetischer Vielfalt. Diese werden von fair und angemessen bezahlten Menschen angebaut und geerntet, die in unterschiedlichsten mittelständischen bäuerlichen und gärtnerischen Betriebsstrukturen arbeiten. Die Wurzeln nehmen sauberes Wasser auf, die Blätter bleiben frei von Schadstoffen. Die Blüten werden von einer Vielfalt an Wildbienen, Schmetterlingen, Honigbienen und anderen Bestäubern besucht und befruchtet. Die Ernte wird überwiegend regional vermarktet und verarbeitet, sorgsam verfüttert, vielmehr als bisher aber direkt der menschlichen Ernährung zugeführt. Bei der Nahrungszubereitung stehen Gesundheit, Geschmack, Vielfalt, sowie regionale und individuelle Besonderheiten im Vordergrund. Das sichert Millionen von Menschen in der Lebensmittelerzeugung, im Handel, in der Gastronomie und der Lebensmittelverarbeitung gute Arbeitsplätze und Einkommen. Dieses sicherlich idealisierte Bild ließe sich vielfältig abwandeln. Als Leitbild dürfen wir es aber nicht aus den Augen verlieren, weil uns sonst die kurzfristigen Interessen überrollen.

Eine Ergänzung wäre auch die Freiheit von Agrar-Gentechnik bei den erzeugten Nahrungs- und Futterpflanzen. In diesem Zusammenhang freut es mich besonders, auf den kürzlich erfolgten Beitritt von Rheinland-Pfalz und dem Saarland zum Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen hinzuweisen. Vor allem aber ist die aktuelle „Gemeinsame Europäische Agrarpolitik“ (GAP) entscheidend für die Realität guter Lebens- und Ernährungsbedingungen in Europa. Besonders wichtig ist dabei die zweite Säule, bei der es um die Entwicklung der ländlichen Räume Europas geht und um die Förderung und Anerkennung gesellschaftlich erwünschter Leistungen, wie des Natur- und Tierschutzes, für die ich mich besonders einsetze. In jedem Fall aber ist Essen weit mehr als gesunde Ernährung: Es ist ein Stück Kultur. Essen schafft eine Verbindung zur Region, zur Natur und zu den Menschen, die die Lebensmittel herstellen.

Für die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik in Rheinland-Pfalz ist es ein wichtiges Ziel, den Verbraucherinnen und Verbrauchern die weltweiten Zusammenhänge nahe zu bringen. Deshalb haben wir zum Beispiel die Landeskampagne „Rheinland-Pfalz isst besser“ ins Leben gerufen. Denn Lebensmittel, die regional, frisch, verbrauchernah, ohne Raubbau und Ressourcenverschwendung erzeugt und verarbeitet werden, sind die Basis einer gesunden, hochwertigen Ernährung. Mit der Ernährung können wir darüber hinaus zum Klimaschutz beitragen. Wer mehr saisonales Obst und Gemüse aus der Region, aus biologischem Anbau sowie weniger und dafür regional erzeugtes Fleisch isst, reduziert CO₂-Emissionen und schont die Umwelt.

Zu all diesen Stichworten und vielem mehr finden Sie in diesem Umweltjournal interessante Beiträge.

Ulrike Höfken

Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft,
Ernährung, Weinbau und Forsten



Die politischen Ziele der Landesregierung

hinsichtlich der Grundlagen unserer Ernährung

Essen ist weit mehr als gesunde Ernährung: Es ist ein Stück Kultur. Essen schafft eine Verbindung zur Region, zur Natur und zu den Menschen, die die Lebensmittel herstellen. Für die Ernährungspolitik in Rheinland-Pfalz ist es ein wichtiges Ziel, den Verbraucherinnen und Verbrauchern diese Zusammenhänge wieder nahe zu bringen. Dies haben wir im Koalitionsvertrag verankert und deshalb haben wir zum Beispiel die Landeskampagne „Rheinland-Pfalz isst besser“ ins Leben gerufen. Denn Lebensmittel, die regional, frisch, verbrauchernah erzeugt und verarbeitet werden sind die Basis einer gesunden, hochwertigen Ernährung. Die steigende Nachfrage nach Qualitätsprodukten aus der Region bietet Perspektiven für die heimische Landwirtschaft, das Ernährungshandwerk wie Bäcker und Metzger, den Einzelhandel sowie die Gastronomie. Mit der Ernährung können wir darüber hinaus zum Klimaschutz beitragen. Wer mehr saisonales Obst und Gemüse aus der Region, aus biologischem Anbau sowie weniger und dafür regional erzeugtes Fleisch isst, reduziert CO₂-Emissionen und schont die Umwelt.

Kampagne „Rheinland-Pfalz isst besser“

Mit der Kampagne „Rheinland-Pfalz isst besser“ wollen wir den Verbraucherinnen und Verbrauchern in Rheinland-Pfalz die Bedeutung und den Wert der Lebensmittel und der Ernährung wieder vermitteln und für die Verwendung regionaler und umweltschonend erzeugter Produkte werben. Die Kampagne startete auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin im Januar 2013.

Angesichts einer dramatischen Entwicklung der Fehlernährung und ernährungsbedingten Krankheiten wie Diabetes sowie einer gigantischen Ressourcen- und Lebensmittelverschwendung brauchen wir eine Ernährungswende hin zu guten Lebensmitteln. Mehr saisonales Gemüse und Obst aus der Region, aus umweltschonendem Anbau sowie weniger und dafür regional erzeugtes Fleisch von guter Qualität – das ist gesund und schont unsere Ressourcen. Die steigende Nachfrage nach Qualität aus der Region bietet auch Perspektiven für die heimische Landwirtschaft, das Ernährungshandwerk wie Bäcker und Metzger sowie den Einzelhandel. Auch dazu wollen wir mit dieser Kampagne beitragen.

Mit der Kampagne „Rheinland-Pfalz isst besser“ wollen wir dem Zukunftsthema einer gesunden und nachhaltigen Ernährung mit einer Vielzahl von Maßnahmen und Informationsangeboten noch mehr Schubkraft verleihen.

Aktuelle Umfrageergebnisse

Die aktuellen Zahlen einer Forsa-Umfrage im Auftrag der Techniker Krankenkasse 2013 („Was isst, Deutschland?“) zeigen: Für die Hälfte aller Befragten hat das Essen einen hohen Stellenwert (55 Prozent der Frauen und 44 Prozent der Männer). Das heißt aber auch: Im Leben jedes zweiten Menschen in Deutschland ist Essen Nebensache.

Besonders wenig achten die jungen Erwachsenen unter 25 Jahren darauf, ob ihr Essen gesund ist. Auch Einkommen und Bildungsstand haben einen Einfluss darauf, wie gesund man isst. 74 Prozent der Spitzenverdiener geben an, sich immer gesund zu ernähren, bei den Geringverdienern sind es 61 Prozent. Je geringer der Bildungsstand und das Einkommen, desto mehr Wurst kommt aufs Brot. Im Bevölkerungsschnitt greifen ca. 40 Prozent der Befragten mindestens ein- bis zweimal die Woche zu Tütensuppe oder Tiefkühlpizza.

Gleichzeitig steigt die Zahl der ernährungsbedingten Krankheiten. Ungefähr zwei Drittel der jährlichen Krankheitskosten im Gesundheitssystem werden durch ernährungsbedingte Krankheiten verursacht. Neuere Studien - auch aus Deutschland - unterstreichen, dass mit einer annähernd gesundheitsfördernden Lebensweise bis zu 90 Prozent aller Diabetes-Erkrankungen, bis zu 80 Prozent aller Herzinfarkte und rund 50 Prozent aller Schlaganfälle vermieden werden könnten.

Ernährungsbildung von Anfang an

Unser Essverhalten wird von frühester Kindheit an geprägt. Einmal Elerntes und Gefestigtes kann nur mit großem Aufwand wieder geändert werden. Gute Angewohnheiten genauso wie die schlechten. Ernährungsbildung hat deshalb eine Schlüsselfunktion, um mehr Wertschätzung und einen bewussteren Umgang mit Lebensmitteln zu erreichen. Deshalb ist es der Landesregierung ein wichtiges Anliegen, Angebote für Schulen, Kinder, Jugendliche und Familien zu schaffen, um einen gesunden Lebensstil von Beginn an zu fördern.

Das Ernährungsministerium fördert deshalb unterschiedliche Projekte wie Lehrerfortbildungen in der „Ernährungs- und Verbraucherbildung“ oder den „Speiseplancheck“, die Bewertung von Speiseplänen an Schulen durch die Vernetzungsstelle Schulverpflegung. Wir unterstützen mit der „Vernetzungsstelle Schul- und Kitaverpflegung“ die Schul- und Kitaträger bei ihrer Aufgabe, in den Ganztagschulen und Kindertagesstätten für ein gesundes und ausgewogenes Mittagessen zu sorgen.

Im Rahmen der Initiative „Kita isst besser“ hat die Landesregierung ein Coaching-Projekt gestartet. Das Ernährungsministerium und das Familienministerium möchten mit diesem Projekt erreichen, dass eine gute, umfassende und nachhaltig wirkende Ernährungsbildung und eine gesundheitsförderliche Ernährung dauerhaft in allen Kitas des Landes etabliert werden. Dazu werden pro Jahr 15 Kitas von einem Coach dabei unterstützt, ein nachhaltiges Ernährungsbildungskonzept für die jeweilige



Ministerin Höfken und Manfred Nafziger, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau Rheinland-Pfalz

Einrichtung zu entwickeln und zu etablieren. Für 2013 ist geplant, den Kitas jeweils bis zu 5.000 Euro für das Projekt zur Verfügung zu stellen.

Einmal pro Woche erhalten 165.000 Schülerinnen und Schüler an rund 1.100 Schulen eine Portion Obst oder Gemüse: Seit dem Schuljahr 2010/2011 setzt Rheinland-Pfalz das EU-Schulobstprogramm flächendeckend an allen Grund- und Förderschulen des Landes um. Dafür setzt das Land bisher 1,2 Millionen Euro pro Jahr ein. Seit September 2012 wird das EU-Schulobstprogramm in Rheinland-Pfalz nach und nach auch auf Kindertagesstätten ausgeweitet. Dazu sind für 2013 1,5 Millionen Euro zusätzlich eingeplant. Im Rahmen eines Pilotprojekts erhalten derzeit 5.400 Kinder in 77 Kindertagesstätten in Trier und im Landkreis Mainz-Bingen nun ebenfalls einmal pro Woche eine Portion Gemüse oder Obst. Die verbindliche pädagogische Begleitung des Programms in Form von Ernährungs-Aufklärung im Unterricht, wird weiter ausgebaut.

Lebensmittel mehr wertschätzen

Ebenso wichtig wie eine gesunde Ernährung und die Freude an guten und frischen Lebensmitteln sind der bewusste Umgang mit Nahrungsmitteln und



Ministerin Höfken wirbt für gute Lebensmittel aus der Region

ihre Wertschätzung. Die Ernährungspolitik in Rheinland-Pfalz macht sich dafür stark, dass auch Themen wie der Schutz der Ressourcen bei der Lebensmittelherstellung und -verarbeitung und die Wertschätzung von Lebensmitteln berücksichtigt werden.

Auf allen Stufen der Lebensmittelkette werden Lebensmittel weggeworfen. In Deutschland landen jährlich insgesamt 11 Millionen Tonnen Lebensmittel im Müll. Das entspricht 275.000 Lastwagen, die einen Tross von 4.500 Kilometern Länge ergeben würden.

Das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz hat, in Kooperation mit der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz, einen Dialogprozess mit Fachverbänden der verschiedenen Akteurinnen und Akteure der Lebensmittelkette angestoßen, um das Problem der Lebensmittelverluste entlang der Wertschöpfungskette aktiv anzugehen. Auf diese Weise wollen wir konkrete Lösungen zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendung in den unterschiedlichen Teilbereichen der Wertschöpfungskette erarbeiten. Von der

Ernährungsberatung an den Dienstleistungszentren ländlicher Raum (DLR) wurde zum Thema Lebensmittelverschwendung eine interaktive Ausstellung mit Begleitheft entwickelt, die seit Februar 2013 in jedem der sechs DLR zum kostenlosen Verleih zur Verfügung steht.

Starke Partner für gute Ernährung

Als Mitglied der Plattform Ernährung und Bewegung (peb) macht sich Rheinland-Pfalz seit Mai 2012 auch über die Landesgrenzen hinaus für einen gesunden Lebensstil von Kindern und Jugendlichen stark. Die Plattform Ernährung und Bewegung ist ein offenes Bündnis mit über 100 Mitgliedern aus öffentlicher Hand, Wirtschaft, Wissenschaft, Sport, Gesundheitswesen und Zivilgesellschaft. Das Problem des Übergewichts bei Kindern und Jugendlichen hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Insgesamt 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen zwischen 3 und 17 Jahren sind derzeit übergewichtig, ein Drittel davon sogar adipös. In Zusammenarbeit mit der peb bringt die Landesregierung ihre Aktivitäten für eine gesunde Ernährung von Kindern und Jugendlichen in einem breiten und starken Zusammenschluss von verschiedenen Partnern weiter voran. Mit der Initiative „Regionen mit peb“ ist die Plattform Ernährung und Bewegung bereits im Landkreis Alzey-Worms aktiv und unterstützt die Akteure vor Ort bei der Koordination ihrer Aktivitäten.

Qualitätsverbesserung der Ernährung im Seniorenbereich

Ebenso setzen wir uns für die Qualitätsverbesserung der Ernährung im Seniorenbereich ein. In 20 regionalen Seminaren will das Projekt „Gut versorgt ins hohe Alter“ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Pflege, Küche und Hauswirtschaft in Senioren- und Pflegeheimen fit machen für eine ausgewogene Verpflegung der Bewohner. Ab März 2013 wird auch für Altenheime ein Speiseplancheck angeboten. Gefördert wird das Projekt vom Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz in Kooperation mit dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz.

Regional und Bio in der Gemeinschaftsverpflegung

Um den Einsatz von regionalen und ökologisch erzeugten Lebensmitteln in der Außer-Haus-Verpflegung (AHV) weiter auszuweiten, hat das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz im Dezember 2013 ein Modell-Projekt gestartet. Ziel des Projekts „Regional und Bio – Wir bitten zu Tisch“ ist es, neue Betriebskantinen oder Kantinen öffentlicher Einrichtungen (Krankenhäuser, Senioren- und Pflegeheime, Schulen etc.) zu gewinnen, die regionale und Bio-Produkte dauerhaft in ihr Angebot aufnehmen. Damit wollen wir landesweit eine gesunde und nachhaltige Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung erreichen.

Garten- und Obstbau stärken

Mit fast 40.000 Arbeitsplätzen und rund 500 Auszubildenden leistet der Gartenbau einen wichtigen Beitrag zur Wertschöpfung in den ländlichen Regionen unseres Landes. Die Landesregierung unterstützt die Obst- und Gemüsebauern durch Förderprogramme insbesondere bei der Vermarktung ihrer Erzeugnisse. Im bundesweiten Vergleich der Flächen für Erwerbsobstbau liegt Rheinland-Pfalz mit rund 3700 Hektar auf Platz drei hinter Baden-Württemberg und Niedersachsen. Durch regionale Unterschiede in Klima und Boden könnten in Rheinland-Pfalz neben den Früh- und Spätsorten der gängigen Obstarten auch Aprikosen, Pfirsich, Feigen und Kiwi angebaut werden. Der Gemüsebau liegt mit einer Anbaufläche von 19.400 Hektar bundesweit nach Nordrhein-Westfalen auf Platz zwei der gemüseanbauenden Bundesländer. In Rheinland-Pfalz wird Obst und Gemüse in der Direktvermarktung angeboten. Zahlreiche Initiativen wie LANDMARKT, „Einkaufen auf dem Bauernhof“, Bioeinkaufsführer Rheinland-Pfalz und regionale Direktvermarkter-Zusammenschlüsse führen zu solchen Angeboten.

Die wichtigsten Initiativen sind auf dem Portal www.regionalvermarktung.rlp.de zusammengestellt.

Um dem Wunsch der Verbraucherinnen und Verbraucher nach regionalen Pro-

dukten Rechnung zu tragen, setzen wir verstärkt Fördermittel für die Gründung von Erzeugergemeinschaften, Marktanalysen und Marketingaktivitäten ein. Auch mit den Initiativen für Ernährungsbildung etwa dem Schulobst- oder neuerdings dem Kitaobst-Programm leisten einen Beitrag, um regionale Zukunftsperspektiven für den Obstbau zu entwickeln.

Wir müssen die Diskussion zum Umdenken beim Umgang mit Lebensmitteln analog zur Diskussion um die Ernährungswende führen. Es geht um den Schutz der Ressourcen, um ein nachhaltiges Wirtschaften und einen nachhaltigen Lebensstil, auch im Sinne von Generationengerechtigkeit. Die Ernährungspolitik in Rheinland-Pfalz möchte dazu beitragen, bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Erzeugern und Herstellern das Bewusstsein für eine nachhaltige Ernährung zu stärken.

Weitere Informationen zur Landesinitiative „Rheinland-Pfalz isst besser“ finden Sie im Internet unter

www.rheinland-pfalz-isst-besser.de.

Autorin

Frau Tanja Girke

Referat 10417

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten



**Rheinland-Pfalz
isst besser**



1. Herausforderungen für eine gesunde Ernährung

In der EU leben 500 Millionen Verbraucherinnen und Verbraucher, und sie alle brauchen eine zuverlässige Versorgung mit qualitativ hochwertigen, gesunden Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen. Hierfür sorgen Land- und Ernährungswirtschaft. Beide zusammen sind mit 965 Milliarden Euro Jahresumsatz die bedeutendsten Branchen in Europa - noch vor der Auto- und der Metallindustrie.

In allen 27 Mitgliedstaaten der EU gibt es rund 14 Millionen Landwirte und weitere vier Millionen Menschen, die im Lebensmittelsektor arbeiten. Mit den vor- und nachgelagerten Sektoren entfallen auf die Land- und Ernährungswirtschaft 7 Prozent aller Arbeitsplätze und 6 Prozent des europäischen Bruttoinlandsproduktes. Beide Branchen zusammen binden 35 Millionen Beschäftigte.

Knapp die Hälfte der bewirtschafteten europäischen Landfläche ist landwirtschaftlich genutzte Fläche, zwei Drittel aller Menschen in der EU leben im ländlichen Raum.

Das wirtschaftliche Umfeld, in dem wir leben, bleibt unsicher und unvorhersehbar. Ferner stehen wir vor zahlreichen neuen Herausforderungen wie dem globalen Wettbewerb, Wirtschaftskrisen und Finanzkrisen, zunehmenden Preisvolatilitäten, dem Klima- und Energiewandel, der Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, der Artenvielfalt und steigenden Kosten für Betriebsmittel wie Kraftstoff, Dünger und der weiteren Vorleistungen.

Um diese Herausforderungen bewältigen zu können, hat die EU die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) geschaffen. Die Landwirtschaft ist der einzige Wirtschaftssektor in Europa, der vollständig „vergemeinschaftet“ ist, sprich: dessen Rahmenbedingungen von der EU vorgegeben werden.

Die EU soll also die Bedingungen dafür schaffen, die den Landwirten ein Erfüllen ihrer vielfältigen Aufgaben in der Gesellschaft – zuvorderst das Erzeugen von Nahrungsmitteln – ermöglichen.

Dank der GAP genießen die Bürger Europas Ernährungssicherheit und haben eine riesige Auswahl an hochwertigen Lebensmitteln. Wir als Gesellschaft können sicher sein, dass unsere Landwirte die Nahrungsmittel produzieren, die wir brauchen. Sie bieten uns eine beeindruckende Vielfalt und große Menge erschwinglicher, sicherer und qualitativ hochwertiger Produkte.

Die EU ist weltweit für ihre Lebensmittel und ihre kulinarischen Traditionen bekannt. Aufgrund ihrer außergewöhnlichen landwirtschaftlichen Ressourcen könnte und sollte die EU eine Schlüsselrolle spielen, wenn es darum geht, die Ernährungssicherheit in der ganzen Welt zu gewährleisten.

2. Wie fördert die EU die Erzeugung hochwertiger Lebensmittel?

Europa ist gekennzeichnet durch viele unterschiedliche Regionen mit ebenso unterschiedlichen Standortbedingungen für die landwirtschaftliche Erzeugung. Die einzelnen Regionen sind ihrerseits durch spezifische Produktionsmethoden und kulinarische Traditionen geprägt. Die EU spielt bei der Förderung dieser regionalen Besonderheiten und Qualitäten eine wichtige Rolle.

Die EU sichert Lebensmittelqualität auf vielerlei Weise, etwa über Maßnahmen für bessere Lebensmittelsicherheit und -hygiene, über klare Etikettierungsvorschriften, über Verordnungen für Pflanzenschutz, Tiergesundheit und Tierschutz und über die Kontrolle von Pestizidrückständen und Zusatzstoffen in Lebensmitteln sowie Informationen über den Nährwert von Lebensmitteln. Sie verfügt über strenge Überwachungs- und Kontrollregelungen und gewährleistet gleichzeitig das Funktionieren des europäischen Binnenmarktes.

Mit einem starken Agrarbudget von rd. 40 v. H. des EU-Haushaltes bzw. jährlich rd. 55 Mrd. sichert die Europäische Union eine überwiegend bäuerlich geprägte Landwirtschaft und die vielfältigen ländlichen Räume. Mit Hilfe sogenannter Direktzahlungen (1. Säule der GAP), die die Landwirte zur Absicherung eines Basiseinkommens gegen Einhaltung umfassender Umwelt-, Tier-

und Pflanzenschutzvorschriften (Cross Compliance) erhalten sowie aus EU-Mitteln mitfinanzierten ländlichen Entwicklungsmaßnahmen zugunsten der ländlichen Räume (2. Säule der GAP) – ausgelegt jeweils über 7-jährige EU-Förderperioden – besteht ein bewährtes System, das auch künftig qualitativ hochwertige Nahrungsmittelversorgung und Lebensbedingungen für alle EU-Bürgerinnen und -Bürger gewährleistet. Auch in der in Kürze beginnende Förderperiode 2014 bis 2020 verfolgt die EU in diesem Sinne folgende Ziele (Quelle: Europäische Kommission – GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, basierend auf Eurostat-Daten zu den Volkswirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Gesamtrechnungen):

Ziel 1:

Rentable Nahrungsmittelerzeugung

- Beitrag zu den landwirtschaftlichen Einkommen und Begrenzung der Einkommensvariabilität, da die Preis- und Einkommensvolatilität und die natürlichen Risiken größer sind als in den meisten anderen Sektoren und die Einkommen und Rentabilitätsniveaus der Landwirte im Schnitt niedriger sind als in der übrigen Wirtschaft.
- Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors und Steigerung seines Wertschöpfungsanteils in der Lebensmittelversorgungskette, da der Agrarsektor stark zersplittert ist im Vergleich zu anderen Sektoren der Lebensmittelversorgungskette, die besser organisiert sind und damit über eine größere Verhandlungsmacht verfügen. Außerdem sind die europäischen Landwirte der Konkurrenz auf dem Weltmarkt ausgesetzt, während sie zugleich hohe Normen im Zusammenhang mit den von den Europäern geforderten Umwelt-, Lebensmittelsicherheits-, Qualitäts- und Tierschutzzielen erfüllen müssen.
- Ausgleich für Probleme bei der Erzeugung in Gebieten mit besonderen natürlichen Einschränkungen, da in solchen Gebieten ein erhöhtes Risiko der Aufgabe von Flächen besteht.

Ziel 2:

Nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und Klimamaßnahmen

- Gewährleistung nachhaltiger Produktionsverfahren und Sicherung der verstärkten Bereitstellung von ökologischen öffentlichen Gütern, da viele von der Landwirtschaft für die Öffentlichkeit erbrachten Vorteile nicht über das normale Funktionieren der Märkte vergütet werden.

- Förderung eines umweltfreundlichen Wachstums durch Innovation, was die Einführung neuer Technologien, die Entwicklung neuer Produkte, die Änderung von Produktionsverfahren und die Förderung neuer Nachfragemuster, insbesondere im Kontext der im Entstehen begriffenen Biowirtschaft, erfordert.

- Weitere Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel, damit sich die Landwirtschaft auf den Klimawandel einstellen kann. Da die Landwirtschaft besonders empfindlich auf den Klimawandel reagiert, können dessen negative Folgen verringert werden, indem es dem Sektor ermöglicht wird, sich besser an die Auswirkungen extremer Witterungsschwankungen anzupassen.

Ziel 3:

Ausgewogene räumliche Entwicklung

- Förderung der Beschäftigung im ländlichen Raum und Erhaltung des sozialen Gefüges in den ländlichen Gebieten.
- Verbesserung der ländlichen Wirtschaft und Förderung der Diversifizierung, damit die lokalen Akteure ihr Potenzial erschließen und zusätzliche lokale Ressourcen optimal nutzen können.
- Förderung der strukturellen Vielfalt in den landwirtschaftlichen Systemen, Verbesserung der Bedingungen für Kleinlandwirte und Ausbau der lokalen Märkte, da die Vielfalt der Betriebsstrukturen und Produktionssysteme in Europa zur Attraktivität und Identität der ländlichen Regionen beitragen.

Damit diese Ziele verwirklicht werden können, muss die öffentliche Unterstützung für den Agrarsektor und die ländlichen Gebiete aufrechterhalten werden.





3. Umweltschutz in der Landwirtschaft

90 Prozent der gesamten Fläche der EU entfallen auf ländliche Gebiete, und über die Hälfte wird landwirtschaftlich genutzt. Dies allein zeigt, wie stark die Landwirtschaft die natürliche Umwelt in der EU mitgestaltet. Landbau und Natur bedingen sich gegenseitig. Im Laufe der Jahrhunderte hat die Landwirtschaft dazu beigetragen, eine Vielzahl wertvoller, teils naturbelassener Lebensräume zu schaffen und zu erhalten. Diese prägen heute das Landschaftsbild in der EU und sind Heimat für eine artenreiche Tier- und Pflanzenwelt.

Die EU trägt mit der Förderung der Agrarumweltmaßnahmen (AUM) einschl. des ökologischen Landbaus wesentlich zu einer Produktion gesunder Lebensmittel bei, seitdem diese AUM im Rahmen der GAP-Reformen 1992 eingeführt wurden. Diese Maßnahmen sollen Landwirte motivieren, Umweltleistungen zu erbringen, die über die gute landwirtschaftliche Praxis hinausgehen. Die grundlegenden Rechtsvorschriften sind in einem eigenen Schwerpunkt der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums für den jeweiligen 7-Jahresförderzeitraum festgelegt worden. Landwirte, die sich freiwillig verpflichten,

Agrarumweltmaßnahmen durchzuführen, erhalten Beihilfen. Die politische Bedeutung, die diesen Regelungen beigemessen wird, lässt sich daran erkennen, dass die Mitgliedstaaten ihren Landwirten derartige Programme anbieten müssen.

Die EU unterstützt den Umweltschutz durch finanzielle Anreize für Maßnahmen, die über die konventionellen Anbaumethoden hinausgehen, z. B. Reduzierung der verwendeten Produktionsmittel oder der Anzahl Tiere je Hektar Land, unbewirtschaftete Feldränder, Anlegen von Teichen oder anderen Lebensräumen oder Anpflanzen von Bäumen und Hecken, Übernahme eines Teils der Kosten des Naturschutzes, strenge Durchsetzung der Umweltschutzvorschriften (und der Vorschriften über die Lebensmittelsicherheit, zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier sowie der Pflanzenschutzvorschriften) und Bindung des Anspruchs auf direkte Einkommensstützung an die sachgemäße Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen.

4. Sichere Lebensmittel

Die GAP wurde im Laufe ihre inzwischen 50jährigen Bestehens immer wieder an die aktuellen Gegebenheiten

und Herausforderungen angepasst. Dabei sind die Änderungen der GAP nicht allein auf den Wandel in der Landwirtschaft zurückzuführen, sondern auch auf gesamtgesellschaftliche Forderungen. Hierzu zählen die wachsende Sensibilisierung im Bereich der Lebensmittelhygiene und -sicherheit sowie der Natur- und Tierschutz. Auf diesen Gebieten wurden in der GAP und anderen Politikbereichen der EU seit den 1990er Jahren erhebliche Fortschritte erzielt.

Lebensmittelsicherheit

Die europäischen Verbraucher wollen sichere und gesunde Lebensmittel. Der EU geht es darum, allen Bürgern die gleichen hohen Standards zu garantieren. Das Lebensmittelrecht wurde als Reaktion auf die Lebensmittelskandale im Zusammenhang mit BSE und mit dioxinverseuchten Futtermitteln umfassend auf den neuesten Stand gebracht.

Die EU-Rechtsvorschriften zur Lebensmittelsicherheit sollten gewährleisten, dass die Verbraucher so eingehend wie möglich informiert werden, welche Risiken bestehen könnten und was unternommen wird, um diese möglichst gering zu halten.

Lebensmittelsicherheit beginnt schon im landwirtschaftlichen Betrieb. Die EU-Vorschriften gelten für die gesamte Erzeugungskette – vom Stall bis auf den Tisch – unabhängig davon, ob das Produkt in der EU erzeugt oder aus einem Drittland eingeführt wird.

Die EU-Strategie für Lebensmittelsicherheit stützt sich auf vier Pfeiler:

- Vorschriften über die Sicherheit von Lebens- und Futtermitteln;
- unabhängige und öffentlich einsehbare wissenschaftliche Gutachten;
- Maßnahmen zur Durchsetzung der Vorschriften und zur Kontrolle der Verfahren.
- Anerkennung des Rechts der Verbraucher, ihre Wahl auf der Grundlage umfassender Informationen über Herkunft und Inhaltsstoffe der Lebensmittel zu treffen.

Tiergesundheit und artgerechte Tierhaltung

Lebensmittel können nur dann gesundheitlich unbedenklich sein, wenn sie von gesunden, artgerecht gehaltenen Tieren stammen.

Die EU sieht es als vorrangige Aufgaben an, die Tiere durch gute tierärztliche Betreuung gesund zu erhalten und Ausbrüchen von Tierseuchen wie der Maul- und Klauenseuche, der Schweinepest oder der Geflügelpest vorzubeugen. Kommt es doch zu einem Ausbruch, so wird die Entwicklung sorgfältig überwacht, und es werden Maßnahmen getroffen, um die Ausbreitung der Seuche zu verhindern. Alle Tiere und tierischen Erzeugnisse müssen strengen Gesundheitsanforderungen genügen, bevor sie in die EU eingeführt oder innerhalb der EU vermarktet werden dürfen.

Ein Grundsatz der EU-Tierschutzpolitik lautet, dass Tieren keine vermeidbaren Schmerzen oder Leiden zugefügt werden dürfen. Dem wird mit klaren Vorschriften für die Haltungsbedingungen von Hühnern, Schweinen und Kälbern sowie für Transport und Schlachtung von Nutztieren Rechnung getragen. Diese Vorschriften werden nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen regelmäßig aktualisiert und gehören zu den strengsten der Welt. Forschungsergebnisse zeigen, dass Nutztiere gesünder sind und bessere Lebensmittel erzeugen, wenn sie gut behandelt werden.

Der Beitrag der GAP

Lebensmittelsicherheit und ein hohes Tiergesundheits- und Tierschutzniveau können aber nicht allein durch Verordnungen gewährleistet werden. Die GAP bietet den Landwirten Anreize, diesen Aspekten mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Da die Einhaltung der diesbezüglichen Standards durch Anwendung der Grundsätze der „Cross-Compliance“ der Gesellschaft insgesamt zugutekommt, für die Landwirte aber mit beträchtlichen Kosten verbunden sein kann, werden Finanzhilfen für Verbesserungen in diesen Bereichen im Rahmen der Entwicklung des ländlichen Raums zur Verfügung gestellt.

Die jetzt anstehende Reform der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik für die künftige EU-Förderperiode 2014 bis 2020 ist eine zentrale Aufgabe der Europäer in diesem Jahrzehnt. Mit ihr werden die Leitplanken für die Herausforderungen bis 2020: „Nahrungsmittel, natürliche Ressourcen und ländliche Gebiete“ gesetzt.

Wir stehen momentan vor einem entscheidenden Punkt in der Reformdiskussion sowohl in budgetärer, inhaltlicher und in zeitlicher Hinsicht. Entscheidend ist, dass das anspruchsvolle Reformwerk rechtzeitig zum Start in die neue Förderperiode 2014 unter Dach und Fach ist, damit die Mitgliedstaaten die erforderlichen Vorbereitungen treffen können.

Mit dem Übergang von bisher bedingungslosen Direktzahlungen aus der 1. Säule hin zu einer gezielten Honorierung von gesellschaftlich erwünschten Leistungen wird der dringend erforderliche Paradigmenwechsel in der Landwirtschaft eingeleitet. Für eine starke ländliche Entwicklungspolitik brauchen wir eine gut ausgestattete 2. Säule. Diese Mittel müssen gesichert werden, damit die erfolgreichen Programme zum Schutz der Umwelt, der Natur, des Klimas und der Tiere in Europa ebenso fortgeführt werden können wie die Förderung unserer bäuerlichen Landwirtschaft und der von ihr geprägten Kulturlandschaften.

5. Schlußbemerkung

Um den Verbraucherinnen und Verbrauchern die vielfältigen Anstrengungen, aber auch die Erfolge der Erzeugung vor Augen zu führen, werden auf nationaler und Landesebene zahlreiche Initiativen ergriffen.

Auf nationaler Ebene sei besonders auf die jährlichen großen Messen „Internationale Grüne Woche“ in Berlin, die „BIOFACH-Messe“ in Nürnberg sowie die „Intervitis Interfructa“, 2013 in Stuttgart, hingewiesen. Aber auch im Land Rheinland-Pfalz sind viele positive Beispiele zu erwähnen, so u. a. die „Grüne Woche Rheinland-Pfalz“, die Initiative „Rheinland-Pfalz isst besser“ und das Landesprojekt „Regional und Bio - Wir bitten zu Tisch“.

Literatur:

<http://ec.europa.eu/agriculture>
Europäische Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Die Gemeinsame Agrarpolitik erklärt, Brüssel, 2007.

Europäische Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Die Gemeinsame Agrarpolitik, Eine Partnerschaft zwischen Europa und den Landwirten, Brüssel, 2012.

Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Die GAP bis 2020: Nahrungsmittel, natürliche Ressourcen und ländliche Gebiete – die künftigen Herausforderungen, Brüssel, 18. November 2010, KOM(2010) 672 final

Autor

Dr. Hans-Werner Baur
Referent Grundsatzfragen der Agrarpolitik Umweltministerium Rheinland-Pfalz



Die Produktion von tierischen Nahrungsmitteln spielt eine zentrale Rolle in der Landwirtschaft, obwohl nur etwa ein Sechstel des weltweiten Nahrungskalorienbedarfs hieraus gesättigt wird. Doch zur Produktion jeder tierischen Kalorie wird ein Vielfaches an pflanzlichen Kalorien als Tierfutter benötigt; je nach Produkt das Dreifache, Zehnfache oder gar Hundertfache.



Ein Teil dieses Futtermittelbedarfs kann von landwirtschaftlichen Produkten gedeckt werden, die für den Menschen nicht genießbar sind: Weidegras, Getreidestroh, Presskuchen aus der Ölproduktion oder Getreidespelzen. Ein Großteil des Viehfutters besteht jedoch inzwischen aus Produkten, die in direkter Konkurrenz zu pflanzlichen Nahrungsmitteln auf Ackerland angebaut werden, in erster Linie aus Getreide und Ölsaaten. Inzwischen wird rund 40% der landwirtschaftlichen Ackerproduktion direkt an Tiere verfüttert.

Deswegen ist Tierhaltung sehr flächen- und ressourcenintensiv: Fünf Sechstel der weltweiten landwirtschaftlichen Fläche wird als Weide oder zum Anbau von Viehfutter genutzt. Die Flächenausdehnung der Landwirtschaft, die aktuell in erster Linie im tropischen Regenwald in Lateinamerika, Afrika und

Asien stattfindet, ist maßgeblich durch den rapiden Anstieg der Tierproduktion verursacht. Die Verknappung der Landflächen führt außerdem zu einem Anstieg der Nahrungsmittelpreise; eine ernste Gefahr insbesondere für die Ärmsten auf der Welt, die noch immer einen Großteil ihres Einkommens für Nahrungsmittel aufwenden müssen.

Neben dem Flächenbedarf ist der Nährstoffüberschuss insbesondere der industriellen Tierhaltung problematisch. Ammoniak, Stickoxide und Feinstaub entstehen bei der Lagerung und Ausbringung von Tierdung und gefährden die Gesundheit der Menschen, da sie Krebs oder Asthma verursachen können. Nährstoffe, die über die Luft oder Bäche in die Gewässer gelangen, destabilisieren die dortigen Ökosysteme z.T. durch Algenblüten schwer.

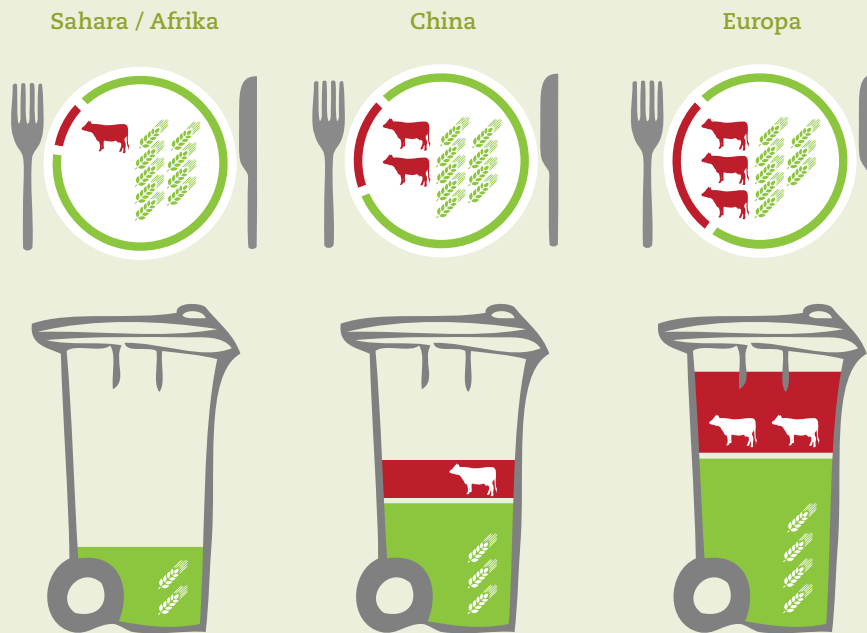
Schließlich ist auch die Klimabilanz der Landwirtschaft maßgeblich durch die Tierhaltung geprägt. Von unserem globalen Treibhausgasausstoß von 42 Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalenten entstammen 14% direkt und 18% indirekt der Landwirtschaft. Direkte Lachgasemissionen entstehen durch Tierdung sowie Methanemissionen in den Mägen von Wiederkäuern. Indirekte Emissionen entstehen bei der Düngung der Ackerflächen, auf denen Tierfutter angebaut wird, sowie bei der Abholzung des Regenwaldes.

Insbesondere das enorme Ausmaß der Tierproduktion stellt ein Problem dar, da dies die Produktion von Futtermitteln auf Ackerland, die kontinuierliche Ausdehnung der landwirtschaftlichen Fläche und die industrielle Tierhaltung bedingt. Ein Blick auf die Statistiken macht dies deutlich:

Weltweit werden jährlich 56 Milliarden Hühner, 1,4 Milliarden Schweine, 900

Was wir verzehren und was wir im Haushalt wegwerfen.

Vergleich verschiedener Weltregionen im Jahr 2005.



200 Kilokalorien pro Tag von toerischen Produkten.

200 Kilokalorien pro Tag von pflanzlichen Produkten.

Mehr Informationen auf www.bodirskys.de/demand

Millionen Ziegen und Schafe sowie 300 Millionen Rinder geschlachtet sowie Büffel, Kamele, Gänse und nicht zu vergessen Pferde. Deutschland liegt im internationalen Vergleich beim Verzehr tierischer Produkte im Spitzenfeld. Der durchschnittliche Deutsche kauft etwa fünf mal soviel tierische Produkte wie der durchschnittliche Kenianer, und ein wenig mehr als der durchschnittliche US-Amerikaner. Die weltweite Fleischproduktion hat sich seit 1970 verdreifacht und wächst auch weiterhin, am stärksten in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Ursachen für den steigenden Konsum tierischer Produkte sind vielfältig. Zum einen trägt die stark steigende Weltbevölkerung dazu bei, aber auch die pro-Kopf-Nachfrage steigt in den meisten Ländern stetig.

Industrielle Tierhaltung und Subventionen haben den Preis von tierischen Produkten gesenkt, und gleichzeitig ist das finanzielle Einkommen kontinuierlich gestiegen, so dass tierische Produkte erschwinglich wurden und zunehmend pflanzliche Grundnahrungsmittel ersetzen.

Zudem erleichtert die Urbanisierung die Vermarktung der leichter verderblichen tierischen Produkte und durch die Modernisierung der Arbeitswelt wird weniger und schneller gekocht und öfters außer Haus gegessen als früher. Auch dies begünstigt den Verzehr tierischer Produkte.

Steigende Einkommen und die Urbanisierung führen nicht nur zur Verschiebung von pflanzlichen zu tierischen Produkten, sondern auch zu einem Anstieg der Haushaltsabfälle. Man



Industrielle Tierhaltung und Subventionen haben den Preis von tierischen Produkten gesenkt.

schätzt, dass in Europa und Nordamerika über ein Drittel der Lebensmittel im Haushalt weggeworfen werden (inklusive Abfällen wie Kartoffelschalen oder Knochen). In Afrika und Südasien sind es im Vergleich nur 10-20%. Eine Ursache für das unterschiedliche Verhalten ist recht offensichtlich: Wenn der Verlust des Essens keinen finanziellen Einschnitt mehr bedeutet, wird weniger unternommen, um das Verderben der Nahrungsmittel zu verhindern. Doch auch die zunehmende Entfremdung von der Produktion und Zubereitung von Nahrungsmitteln trägt sicher einen Teil zur niedrigeren Wertschätzung und der geringen Kenntnis bei der Lagerung und Zubereitung bei.

Wie wird sich der Konsum tierischer Produkte in der Zukunft weiterentwickeln? Projektionen sind stark von der ungewissen Entwicklung des zukünftigen Wachstums von Bevölkerung, Einkommen und Urbanisierung abhängig. Allerdings können sich auch die Konsummuster ändern: Bei Ländern mit sehr hohen Einkommen ist die Nachfrage nach tierischen Produkten in den letzten Jahrzehnten stagniert oder sogar leicht zurückgegangen. Vielleicht führt ein gestiegenes Umwelt- oder Gesundheitsbewusstsein in den reichen Ländern zu einem fallendem Konsum. Doch auch dann sollte damit gerechnet werden, dass der Fleischkonsum sich bis Mitte dieses Jahrhunderts in etwa verdoppelt. Kurz und mittelfristig ist dafür der rapide ansteigende Markt in China verantwortlich, wo große Bevölkerungsschichten zu Kaufkraft gelangen. Langfristig sind Afrika und Südasien die Regionen, wo Einkommens- wie Bevölkerungswachstum das im Moment noch sehr niedrige Konsumniveau rapide ansteigen lassen. Da diese Regionen sehr bevölkerungsreich sind, fällt ein eventueller Rückgang des Konsums in den reichen Ländern nur wenig ins Gewicht.

Die historische Entwicklung der Nahrungsmittelnachfrage sowie vier exemplarische Zukunftsszenarien können auf der Website <http://www.bodirskys.de/demand> betrachtet werden.

Diese Zukunftsszenarien sind kein festgeschriebener Pfad; sie zeigen vielmehr an, was passieren kann, wenn sich die



Menschheit weiter so verhält wie in der Vergangenheit. Die Lehren, die wir aus dem Blick in die Zukunft ziehen sollten, liegen auf der Hand. Wir sollten weniger Lebensmittel im Haushalt verderben lassen und weniger Fleisch, Milchprodukte und Eier essen. Dies ist nicht nur besser für unsere Umwelt sondern auch gesünder, und es schont unseren Geldbeutel. Die verbleibenden tierische Produkte sollten aus nachhaltiger Produktion entstammen. Artgerechte und gut abgestimmte Fütterung verringert Emissionen und reduziert den Bedarf an Futter. Eine bessere Integration der Tierhaltung in den Ackerbau, die Nutzung von Biogasanlagen und die Rückführung des Dungs aufs Feld erlaubt eine bessere Verwertung der Nährstoffe im Tierdung. Schließlich kann eine zeitlich und räumlich gut dosierte Düngung die Erträge steigern und Emissionen und Nährstoffverluste reduzieren.

Wie man sieht haben diese Maßnahmen einige positive Synergien zwischen dem Nutzen für die Umwelt, für den Konsumenten und für den Landwirt. Dennoch wird der Umbau des landwirtschaftlichen Sektors nicht ohne Unterstützung seitens der Politik möglich sein. Die Aufgabe der Politik ist dreierlei: Erstens sollte ein Bewusstsein für die Umweltfolgen in der Bevölkerung geschaffen werden. Dies kann zum Beispiel durch Ernährungskunde in Schulen geschehen oder durch vegetarische Angebote in staatlichen Kantinen. Zweitens sollte Transparenz auf den Märkten her-

gestellt werden. Die Kennzeichnung von Lebensmitteln erleichtert es dem Konsumenten sich bewusst zu ernähren, und dem umweltbewussten Landwirten seine Produkte zu vermarkten. Drittens ist es essentiell, dass sich die vollen Kosten der Produktion – also auch etwaige Umwelt- und Gesundheitsschäden – im Preis der Nahrungsmittel widerspiegeln. Dies kann durch eine Korrektur der Subventionspolitik in der EU geschehen: weg von Flächensubventionen die den Anbau von Tierfutter stark subventionieren, hin zu einer Bezahlung des Landwirts für Umweltdienstleistungen. Außerdem ist eine stärkere, EU-weite Regulierung oder Besteuerung von Umweltschäden notwendig. In letzter Konsequenz bedeutet das einen teureren, aber auch ehrlicheren Preis für unsere Lebensmittel, insbesondere für tierische Produkte.

.....
Autoren

Benjamin Leon Bodirsky (1)

Dr. Susanne Rolinski (2)

Dr. Alexander Popp (3)

arbeiten am Potsdam Institut für Klimafolgenforschung. In ihrer Forschung beschäftigen sie sich mit Wechselwirkungen zwischen Klimawandel, Landwirtschaft und Nahrungsproduktion.

Bäume, Kräuter und Blumen sowie Obst und Gemüse, deren Vielfalt und Qualität nehmen wir Menschen oftmals als selbstverständliche Gegebenheit hin. Doch weder die Schönheit unserer belebten Umwelt noch die Sicherheit und Qualität unserer Lebensmittel entstehen aus purem Zufall. Vielmehr sind sie Produkte eines zumeist kaum beachteten, viele Millionen Jahre alten Zusammenspiels sehr unterschiedlicher Lebewesen, nämlich von Pflanzen und Blüten besuchenden Insekten.

Bienen und andere Bestäuber sind unverzichtbar

Blüten besuchende Insekten wie Honigbiene, Wildbienen, Fliegen, Wespen, Schmetterlinge, Käfer haben eine entscheidende Funktion im Zusammenspiel des Ökosystems. Sie bestäuben auf ihrer Nahrungssuche die besuchten Blütenpflanzen durch Verteilung und Übertragung des männlichen Pollens zwischen verschiedenen Pflanzenindividuen. Auf diese als Fremdbestäubung bezeichnete Dienstleistung durch die Insekten ist mit ca. 80 Prozent der weit überwiegende Teil der einheimischen Blütenpflanzen angewiesen. Etwa 84 Prozent der in Europa angebauten Feldfrüchte werden von Insekten bestäubt. Aber nicht nur die schiere Menge unserer von Insektenbestäubung abhängigen Feldfrüchte verdeutlicht die Bedeutung der Insekten für unsere Lebensmittelerzeugung. Zusätzlich führt ein Mangel an Blütenbestäubern bei einigen unserer Kulturpflanzen, insbesondere bei Obst, Raps und Sonnenblumen, zu nachweislich deutlichen Mindererträgen und Qualitätsverlusten der Frucht. So sind nicht ausreichend bestäubte Beerenfrüchte, zum Beispiel Himbeeren oder Erdbeeren, misswüchsig und schlecht ausgebildet sowie mit geringeren Gehalten für uns essentieller Spurenelemente und Vitamine ausgestattet. Bei Äpfeln und Birnen sind bei ausreichender Bestäubung die Erträge bis zu dreimal höher und die Früchte sind wohlgeformt. Bei Öl-Früchten wie Raps und Sonnenblumen erhöht sich der Ölgehalt um bis zu 80 Prozent bei guter Bestäubung. Und beim Raps erntet der Landwirt nicht nur größere Rapssamen mit höherem Ölgehalt, sondern ein guter Bienenbeflug ermöglicht zudem eine gleichmäßige Reife

der Hülsen, wodurch der Erntezeitpunkt optimal gewählt werden kann und somit weniger Samenverlust während der Ernte auftritt. Von der Samenerzeugung verschiedener Feldfrüchte wird außer der größeren Samenanzahl und dem höheren Samengewicht auch von erhöhter Keimfähigkeit ausreichend bestäubter Blüten berichtet. Auch wurde inzwischen nachgewiesen, dass viele verschiedene Arten bestäubender Insekten sich bei der Bestäubung ergänzen und gemeinsam wertvoll für die Pflanzen zusammenwirken. Von dieser, auch als Ökosystemleistung bezeichneten, Tätigkeit der Bestäubung hängen für uns Menschen weitere lebenswichtige Bereiche ab. Neben der bereits besprochenen direkten Versorgung mit Lebensmitteln gehören dazu die Erhaltung und Entwicklungsfähigkeit der natürlichen Vegetation, der Bodenaufbau und -schutz sowie der Hochwasserschutz oder auch die Erhaltung genetischer Vielfalt bei den wild lebenden Verwandten unserer Kulturpflanzen. So erstaunt es nicht weiter, dass der ökonomische Wert der Bestäubung in Europa auf 22 Milliarden jährlich beziffert wird.

Biene & Co. sind durch viele Faktoren bedroht

Die Lebensbedingungen der Blüten bestäubenden Insekten haben sich in den letzten Jahrzehnten jedoch dramatisch verschlechtert. Viele Honigbienvölker überleben den Winter nicht. Beinahe alljährlich schlagen seit der Jahrtausendwende Imker und Naturschützer europaweit Alarm. Berichte vom Bienensterben sind seither regelmäßig in den Medien anzutreffen. In Europa gingen zwischen 1985 und 2005 im Mittel 16 Prozent der Honigbienvölker

verloren. Deutschlandweit starben zum Beispiel im Jahr 2003 ca. 30 Prozent der Bienvölker, in vielen Regionen überlebten 50 bis 80 Prozent der Honigbienen diesen Winter nicht. Insgesamt starben mehr als 300.000 Bienvölker. Im Jahr 2008 dezimierten landwirtschaftlich angewendete Pestizide aus der Gruppe der Neonicotinoide in einigen Regionen Europas (D, A, I) mehrere tausend Bienvölker. Aber insbesondere die nicht tödliche Belastung mit landwirtschaftlichen Giftstoffen stellt eine große Belastung für die Insekten dar, jedoch ohne dass dies zu Schlagzeilen in den Zeitungen führt. Bienen mit eingeschränktem Sozialverhalten oder Orientierungslosigkeit infolge von Pestizidbelastungen wurden schon beobachtet. Hier gilt es endlich gegenzusteuern und die Anwendung stärker zu reglementieren und einzuschränken. Die Honigbiene ist durch die enge Bindung an den Menschen unser bester Indikator für den Zustand der Blütenbestäuber und der Lebensräume, die sie bewohnen. Dabei bleiben die wildlebenden Blüten bestäubenden Insekten fast immer unberücksichtigt, denn diese eher unauffälligen und nicht wirtschaftlichen Interessen unterliegenden Artengruppen wie Schmetterlinge oder Wildbienen verschwinden lautlos aus unserer Landschaft.

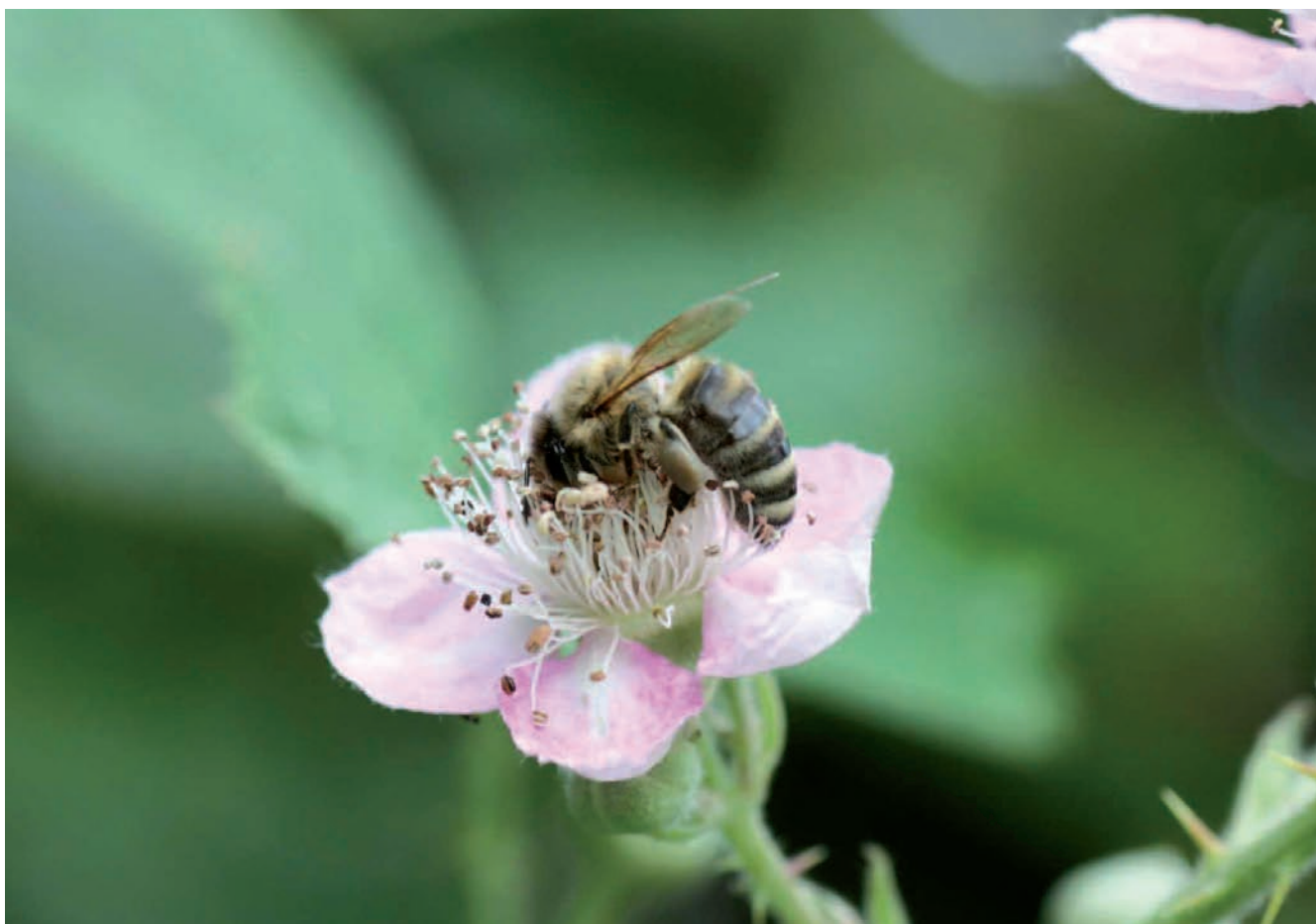
Nicht nur die Bestände der halb domestizierten Honigbiene verringern sich, sondern auch die Populationen der wildlebenden bestäubenden Insekten – Wildbienen, Schmetterlinge, Fliegen – sind zu großen Teilen gefährdet. In den nationalen und regionalen Roten Listen steigt die Zahl der in die Gefährdungsstufen klassifizierten Arten nach jeder Aktualisierung an. So wer-

den inzwischen in der aktuellen Roten Liste Deutschlands über 52 Prozent der ca. 560 vorkommenden Wildbienenarten und über die Hälfte der ca. 190 vorkommenden Tagfalterarten in einer der Gefährdungsstufen der Roten Liste klassifiziert. Jeweils weniger als 40 Prozent der Wildbienen und Tagfalter gelten in Deutschland als im Bestand ungefährdet. Regional betrachtet sind jedoch bereits viele Arten ausgestorben und somit aus dem Erfahrungshorizont der einheimischen Bevölkerung verschwunden. So sind beispielsweise in der rheinland-pfälzischen Oberrheinniederung in den vergangenen 50 Jahren 42 der einst 95 vorkommenden Tagfalterarten ausgestorben bzw. verschollen – das entspricht über 44 Prozent Verlust. Bereits 2006 wies eine Studie des EU-Projektes ALARM einen gleichzeitigen Rückgang wildlebender bestäubender Insekten und den von ihnen bestäubten Wildpflanzen für Nordwesteuropa nach. Diese Studie ist deshalb so alarmierend, da möglicherweise hier ein sich selbstverstärkender Prozess des fortschreitenden Niederganges zwischen pflanzlichen Wirten und ihren Bestäubungsinsekten beobachtet werden konnte.

Die Ursachen für diese Rückgänge sind komplex. Neben Klimawandel, eingeschleppten Krankheiten und Parasiten, intensiver Tierhaltung u. a. ist die Veränderung der Lebensräume durch industrialisierte Landwirtschaft und Siedlungsbau als Schlüsselstein dieser Verluste der Blütenbestäuber zu betrachten. Durch unangepasste Landwirtschaft wird „grüne Infrastruktur“, die als Lebensräume, Nistmöglichkeiten und Nahrungsräume dient, stark negativ beeinträchtigt oder zerstört. Dies geschieht sowohl im Ackerbau als auch in der Grünlandbewirtschaftung. Eine überwältigende Zahl wissenschaftlicher Studien zeigt, dass bestimmte extensive oder ökologische Bewirtschaftungsweisen (Ökolandbau) deutlich positive Auswirkungen auf die Vielfalt und Anzahl Blüten bestäubender Insekten und ganz allgemein für die Biodiversität der Agrarlandschaft haben. Der Siedlungs- und Verkehrswegebau verschlingt in Deutschland alltäglich rund 90 Hektar Fläche, dies entspricht jedem Tag 120 Fußballfeldern an Flächenverlust für un-



Mauerbiene *Osmia bicornis* an Traubenhyazinthe



Honigbiene an Brombeerblüte

sere Landschaften und damit den Verlust aller Funktionen, die diese erfüllen, wie zum Beispiel auch die Lebensraumfunktion für Blüten besuchende Insekten. Diese Überbauung wird inzwischen als großes Problem erkannt, und erste Zielsetzungen und Maßnahmen zur Reduzierung des Flächenverlustes sind implementiert, jedoch ist eine Trendwende noch nicht in Sicht. Größere Anstrengungen seitens Politik und Gesellschaft sind dringend nötig.

Die Politik muss handeln

Gegenmaßnahmen zu den Verlusten und die Stärkung der noch erhaltenen Bestände der Blütenbestäuber müssen deshalb insbesondere bei der Veränderung der Landnutzung angreifen. Die Politik hat hier über den Rahmen der

Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU-Staaten bedeutenden Einfluss auf die Art und Weise der Landbewirtschaftung. Sie kann und muss Vorschriften zur guten fachlichen Praxis und zur Betriebsführung durchsetzen sowie Biodiversität fördernde Agrarumweltmaßnahmen mit genügend finanziellen und personellen Mitteln ausstatten, damit Landwirte auch wirtschaftlich in die Lage versetzt werden, diese der Artenvielfalt zuträglichen Maßnahmen ohne Einbußen durchzuführen.

Die Verluste der Blüten bestäubenden Insekten sind ein herber Schlag für die einheimische Biodiversität und stehen den europaweiten Zielen (Aktionsplan zur Erhaltung der Biodiversität 2010) und internationalen Verpflichtungen (UN Konvention zur Erhaltung der Biodiver-

sität – CBD, Internationale Bestäuber-Initiative - IPI) gegensätzlich gegenüber. Durch die Rückgänge der Blüten bestäubenden Insekten steht nicht nur die ökonomische Existenz vieler Berufsimker oder die Freizeitbeschäftigung der Amateurimker auf dem Spiel. Die gesamtgesellschaftlich äußerst bedeutsame Ökosystemleistung der Honigbienen und aller anderen Blüten bestäubenden Insekten – die Bestäubung fremdbestäubter Pflanzen – ist in Gefahr. Wir vom Netzwerk Blühende Landschaft betrachten die Ökosystemleistung „Bestäubung“ als Essenz der Biodiversität. Ohne die Bestäubung durch Insekten sind die Vielfalt und das Überleben des Hauptteils der einheimischen Vegetation nicht vorstellbar. Folglich fußt auf dieser Vielfalt der heimischen Vegetation das gesamte Nahrungsnetz – vom Boden und dessen Lebewesen über die Insekten, Vögel, Amphibien zu den Säugetieren –, das den Menschen als eines der Endglieder trägt. Weitere, insbesondere regulierende Ökosystemdienstleistungen sind vom Vorhandensein vielfältiger Vegetation und damit indirekt von der Bestäubung abhängig, so zum Beispiel Wasserreinigung und -regulierung, Luftreinigung und -regulierung, Bodenfruchtbarkeit, Kohlenstofffixierung und Erholungs- und Freizeitqualität.

Gemeinsam aktiv werden

Durch Verknappung des Nahrungs- und Nistplatzangebotes ist die Artenzahl der wildlebenden Bestäuber in den letzten 40 Jahren erheblich zurückgegangen, wie oben bereits erläutert. Bereits jede zweite Art der bei uns heimischen Wildbienen und Tagfalter und jede dritte Art der Nachtfalter ist im Bestand gefährdet und steht auf der Roten Liste. Deshalb sind für einen flächendeckenden Wildinsektenschutz die Erhaltung nistplatzrelevanter Kleinstrukturen sowie eine floristische Wiederbelebung der Gesamtlandschaft vordringlich. Insektenexperten verweisen heute angesichts des drastisch reduzierten Blütenangebots landwirtschaftlicher Nutzflächen auch auf die wichtige Rolle der Gärten und Parks als Ersatzlebensräume. So bewirkt jeder neue Blühstreifen eine Aufwertung. Wirklich durchgreifende Verbesserungen im

landschaftlichen Ökosystem treten ab einem Anteil von 5 bis 10 Prozent Aufwertungsflächen auf, die als ein Netz aus blühenden Nahrungs- und Nisthabitaten die Landschaft durchspannen.

Seit bereits 10 Jahren setzt sich das Netzwerk Blühende Landschaft für die Verbesserung der Lebensräume von Bienen, Hummeln, Schmetterlingen und Co. ein und macht auf die Notlage aufmerksam. Mellifera e.V., Vereinigung für wesensgemäße Bienenhaltung, hatte 2003 die Initiative ergriffen und die Trägerschaft übernommen für ein Netzwerk, in dem Landwirtschaft, Imkerei und Naturschutz an einem Strang ziehen. Gemeinsam mit den Partnern wurden insektenfreundliche Konzepte gesammelt und weiterentwickelt, um sie möglichst vielen Menschen zur Umsetzung an die Hand zu geben. So konnten bereits viele Menschen motiviert werden, Honigbienen, Hummeln und Co. zu helfen: Sie werden in ihrem eigenen Lebensumfeld aktiv und gestalten eine blühende Landschaft. Viele Anregungen und Handlungsempfehlungen finden Sie kostenlos auf den umfangreichen Webseiten des Netzwerks Blühende Landschaft unter www.bluehende-landschaft.de.

Autor

Holger Loritz
Netzwerk Blühende Landschaft



Wildbienenhotel im Weinberg

Die Industrialisierung in der Landwirtschaft stößt auf zunehmende Kritik in der Bevölkerung. Bäuerliche Werte erleben eine Renaissance. Das hat bereits erste Auswirkungen auf die Agrarpolitik

Bäuerliche Landwirtschaft ist mächtig im Kommen, zumindest schon in der Rhetorik. In den aktuellen Papieren der Parteien vor der Bundestagswahl ist sie wieder zu finden. Das war längst nicht immer so. In den 90er Jahren galt Bäuerlichkeit als etwas Rückständiges, das es zu überwinden gelte. Der damalige Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert von der CDU wollte nicht mehr Bauer sein, sondern ein moderner Landwirt und Unternehmer, und tilgte das Wort „bäuerlich“ aus dem CDU-Programm. Jetzt ist es wieder drin – wie bei GRÜNEN und auch SPD. Landwirtschaft soll irgendwie bäuerlich sein, nicht industriell. Die Agrarindustrie steht für viele negative Entwicklungen, wohingegen mit Bäuerlichkeit mehr Rücksicht auf Tier, Natur und Umwelt, mehr Vielfalt und nicht zuletzt überschaubarere Größenordnungen und eine größere persönliche Verantwortlichkeit der Akteure verbunden werden.

Das Gegensatzpaar industrialisiert versus bäuerlich ist nicht neu in der deutschen Debatte. Aber die Präsenz und Konsequenz, mit der über die Ausrichtung unserer Land- und Ernährungswirtschaft im Hochtechnologie-, Industrie- und Dienstleistungsland Deutschland öffentlich gestritten wird, ist von einer neuen Qualität. Wie Lebensmittel erzeugt und verarbeitet werden, wie die Flächen genutzt und vor allem wie die Tiere gehalten werden, das ist einem großen Teil der Bürger überhaupt nicht gleichgültig, sondern ein Herzensanliegen. Einige Bestandteile und Auswirkungen der bisherigen Entwicklungsrichtung in Land- und auch Ernährungswirtschaft werden heftig kritisiert und in Verbindung gebracht damit, dass die Erzeugung, Verarbeitung und der Handel unserer Lebensmittel sich zunehmend an Denkweisen und Abläufen industrieller Prozesse orientiert. Das gilt für die Tierhaltung in besonderer Weise.

Tierhaltung industriell geprägt

Das Nutztier ist dann nicht mehr so sehr ein individuelles Lebewesen, das genutzt, schließlich geschlachtet und gegessen wird. Es ist nun ein möglichst genormter und nur noch auf einen Zweck spezialisierter Rohstoff für die nächste Stufe der Wirtschaftskette. Das Huhn legt nicht Eier und gibt dann Fleisch, sondern die eine Rasse ist auf Legeleistung gezüchtet, da überleben nur die weiblichen Küken, um später Eier zu produzieren. Die andere Rasse ist darauf gezüchtet, dass die Tiere nur 35 Tage nach dem Schlüpfen geschlachtet werden – als „Hähnchen“. Und weil es pro Schlacht tier Kosten spart, wenn möglichst viele Tiere in einem Stall gehalten werden, misst ein Stalldurchgang Masthühner gleich 40.000 Tiere, oder noch mehr. Natürlicher Weise erhöht das den Krankheitsdruck und den Gruppenstress für die einzelnen Tiere, was den wirtschaftlichen Vorteil der Größenordnung zunichte machen könnte. Also werden – auch vorsorglich – Gegenmaßnahmen ergriffen wie die Gabe von Antibiotika oder das Kupieren – also Einkürzen – der Schnäbel zur Vermeidung von gegenseitigem Federpicken. Das Tier wird der Haltungsform, die sich am besten rechnet, angepasst.

Das ist beim Schwein ähnlich, dem routinemäßig der Ringelschwanz bis auf einen Stummel gekürzt wird. Sonst ist die Gefahr groß, dass dieses hoch sensible, aktive und spielfreudige Tier in den reizarmen Ställen mit ihren Beton-Spaltenböden bei Artgenossen den Schwanz anknabbert, was zu starken Entzündungen und Leistungseinbußen führen kann. Statt den Schweinen mehr Platz und vor allem ständig und ausreichend Wühlmaterial wie Stroh zur Verfügung zu stellen, werden die Schweine für die günstigere Haltungsform zurechtgestutzt. Mehr Platz und das Stroh würden schließlich teurere

Ställe je Tier, Strohkauf und mehr Arbeit als die reine Güllewirtschaft bedeuten und das Schlacht tier um 20 bis 40 Euro verteuern. Im Jahr 2012 wurden in Deutschland knapp 54 Millionen Schweine aus deutschen Ställen geschlachtet. 15 Prozent davon gingen in den Export, auch nach Russland und China, wo Mehrkosten aus mehr Tiererschutz noch nicht gerade einen Marktvorteil darstellen.

Bauern im Zwiespalt

Diese Beispiele zeigen den Zwiespalt, in dem sich die Branche und letztlich die Bauern und Bäuerinnen befinden. Jahrzehnte lang gab es immer nur die eine Richtung: Die Stückkosten auf den Betrieben mussten runter, die Erzeugung galt es so weit wie möglich zu rationalisieren. Was jeweils technisch umsetzbar war, wurde in die Praxis eingeführt, mit viel staatlicher Unterstützung, auch finanziell. Auf den mitmachenden Höfen war das fast immer verbunden mit einem Wachstum in die Größe, um die Investitions- und andere fixe Kosten auf eine größere Menge zu verteilen. Die Wachstumsschritte besonders in der Tierhaltung – auch beim Milchvieh – sind in den letzten Jahren erheblich größer geworden, und damit auch die Abhängigkeit von Fremdkapital, also den Banken. Wer in längeren Phasen niedriger Erzeugerpreise und hoher Kosten die Kredite nicht mehr bedienen kann, wird zu einem interessanten Objekt von Investoren. Über die Zahl schon nicht mehr wirtschaftlich eigenständiger landwirtschaftlicher Betriebe gibt es keine öffentlichen Statistiken, sondern nur Gerüchte, aber die halten sich standhaft. So sollen Molkereien, Schlachthöfe und Mischfutterhersteller schon an landwirtschaftlichen Betrieben beteiligt sein. Und manche Biogasanlage gehört längst Konsortien außerlandwirtschaftlicher Kapitalgeber.

Das Wachstum der einen Betriebe bedeutet gleichzeitig das Weichen eines großen Teils anderer Höfe. Allein in den letzten zehn Jahren gab in Deutschland über ein Drittel (37%) aller Betriebe auf. Nun sind es keine 300.000 wirtschaftende Höfe mehr in ganz Deutschland. Die Zahl der in diesen Betrieben tätigen Arbeitskräfte ist laut Statistischem Bun-

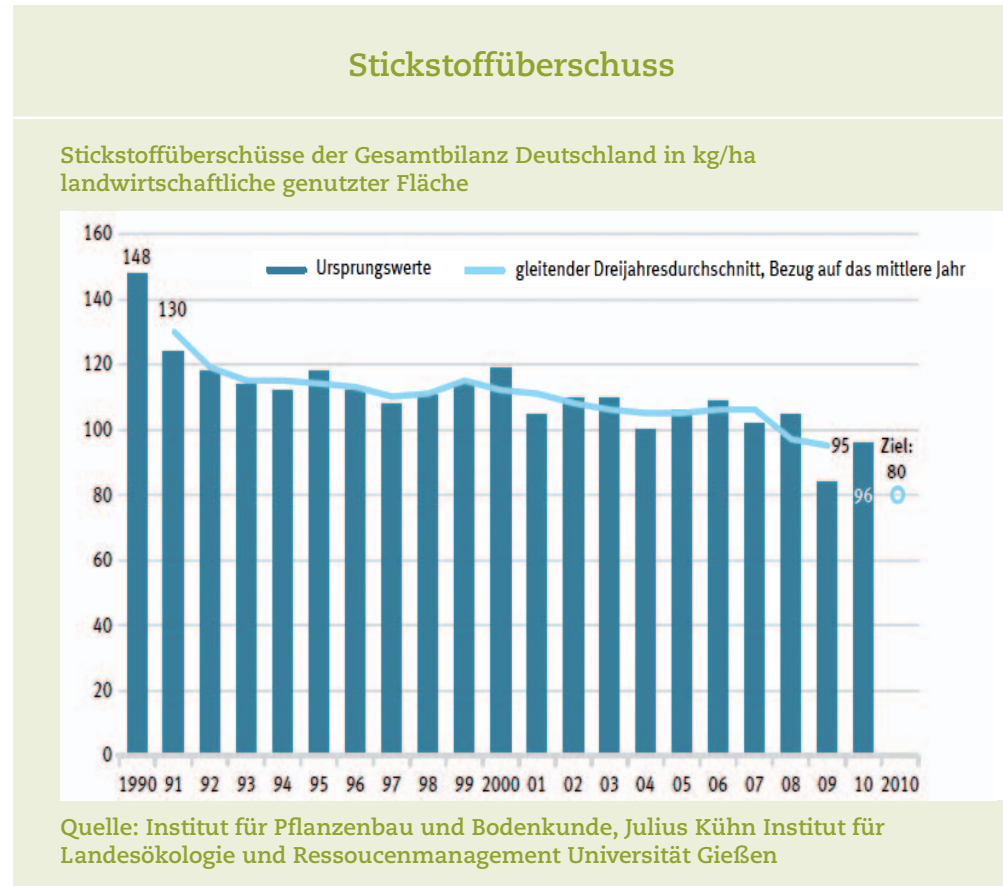
desamt zwischen 1999 und 2010 um 350.000 auf knapp 1,1 Millionen Menschen gefallen.

Gesellschaftliches Einmischen

Mitgewachsen ist über die Jahrzehnte aber auch die Kritik an diesen Entwicklungen, an dieser zunehmenden Industrialisierung innerhalb der Landwirtschaft. Auf zwei Feldern immerhin hat diese Kritik bisher erheblichen Einfluss auf Politik und Praxis:

1. Die Fernsbilder aus einigen Geflügel- und auch Schweineställen und die vielen Bürgerinitiativen, die den Bau großer Stall- oder Biogasanlagen in ihrer Nachbarschaft mit den damit verbundenen Auswirkungen auf ihre Umwelt nicht hinnehmen wollen, haben die Tierhaltung insgesamt in die gesellschaftliche Defensive gebracht. Spätestens, seit der Fleischverzehr in Deutschland laut offizieller Statistik sinkt, suchen die Strategen in den Zentren der Fleischwirtschaft nach Wegen, die Tierhaltung doch zu verändern. Selbst die größten Schlachtkonzerne denken über den Einzug von Stroh- und Auslaufhaltung für Schweine nach und sind dabei, auf dieser Basis neue Ställe zu konzipieren. Gesetzliche Regelungen lehnen sie noch strikt ab, wohl auch, um ihre Exportstrategie nicht zu gefährden. Aber sie suchen den Ausweg von der Anklagebank der Öffentlichkeit. Die Politik kommt um neue allgemeingültige Regelungen nicht herum, auch wenn sie diese nur im Schnecken tempo vollziehen will (siehe unten).

2. Der zweite Bereich, in dem der öffentliche Protest die Praxis heute schon stärker mitbestimmt, ist die Gentechnik. Der Einzug gentechnisch veränderter Pflanzen in den heimischen Ackerbau ist in Deutschland und auch in weiten Teilen des übrigen Europas durch gesellschaftlichen Druck fast gänzlich unterbunden worden. Dabei versprechen auch hier die Anbieter dieses „technischen Fortschritts“ erhebliche Rationalisierungsvorteile für die gesamte Kette. Viele dieser Versprechungen wie ein verringerter Einsatz von Pflanzenschutzmitteln haben sich etwa in den USA nur in den ersten Jahren nach Einführung bewährt und verkehren sich nun so-



gar ins Gegenteil in Form zunehmender Resistenzbildungen bei „Unkräutern“ und „Schädlingen“. Sehr bedeutsam für die europäische Diskussion ist, dass mit der Anwendung dieser Technologie eine fast sprunghafte Verschiebung der Macht über den Pflanzenbau vollends weg von den Bauern hin zu ein paar wenigen, dafür aber multinational agierenden Chemie- und Gentechnikkonzernen verbunden wäre. Bauern und Verbraucher bei uns sind sich einig, dass sie das verhindern wollen.

Agrar-Industrie ist out – so lässt sich die gesellschaftliche Stimmung zusammenfassen. Die Sympathien liegen klar auf der Seite derjenigen Bauern und Bäuerinnen, die ihre Tiere noch selbst kennen und nicht in Massen zu mehreren Tausenden auf engstem Raum halten; deren Kühe das Gras noch selbst von der Weide holen und nicht ganzjährig im Stall stehen; die auf ihren Ackerflächen eine echte Fruchtfolge vollzie-

hen und nicht auf einer Fläche Jahr für Jahr Mais anbauen, ob nun für das Vieh oder für die „Biogasanlagen“; bei denen eigener Futteranbau, Tierhaltung und Gülleeinsatz noch in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

Damit wird bereits deutlich, dass Bäuerlichkeit über bestimmte Kennzeichen beschrieben wird und nicht so sehr über Kennzahlen. Der langjährige Vorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“ (AbL) Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf hat das einmal so ausgedrückt: Bäuerlichkeit definiert sich im Kern, nicht an seinen Grenzen. Es ist ein lebensweltlicher Begriff, kein mathematischer. Der Begriff lebt also durch die in ihm steckenden Werte und Wertsetzungen, nicht so sehr durch eine Zahl „x“ Hektar oder „y“ Tiere. Bäuerlichkeit ist vor allem eine qualitative Größe.

Prinzipien und Kennzeichen bäuerlicher Landwirtschaft

- Ein pfleglicher Umgang mit dem Boden mit dem Ziel beständig hoher Bodenfruchtbarkeit. Das erfordert z.B. echte Fruchtfolgen und die Vermeidung von Erosion und Bodenverdichtung.
- Ein respektvoller Umgang mit dem (einzelnen) Nutztier. Die artgerechte Haltung richtet sich auch nach den Bedürfnissen und den artspezifischen Verhaltensweisen der Tiere.
- Die Nutzung und aktive (reproduktive) Aufrechterhaltung der betrieblichen (und dörflichen) Ressourcen insgesamt. Nutzung und Erhaltung der Nutzbarkeit gehören zusammen.
- Die Beachtung von ökologischen Potenzialen und Grenzen auch über den eigenen Betrieb hinaus. Dieses Selbstverständnis resultiert auch daraus, dass kaum ein anderer Wirtschafts- und Lebensbereich auf jeden Fall mittel- und langfristig so direkt abhängt vom Zustand von Natur und Umwelt.
- Die Ausrichtung des eigenen Wirtschaftens auf möglichst überschaubare (betriebliche, lokale, regionale) Kreisläufe und Wirtschaftsbeziehungen. Zum Beispiel ist die Tierhaltung auf die weit-

gehend betriebseigene Futtergrundlage und ausreichende Flächenverfügbarkeit für einen sinnvollen Einsatz von Gülle und Mist ausgelegt. Auch daraus ergibt sich eine (gewisse) Vielfalt in der betrieblichen Ausrichtung, d.h. Spezialisierung wird nicht auf die Spitze getrieben, indem auch noch Tierhaltung und Außenwirtschaft getrennt werden.

- Eine möglichst hohe wirtschaftliche Selbstbestimmtheit und Eigenständigkeit des Betriebes (auch finanziell), damit nicht die Bank oder Investoren bestimmen. Gentechnik und Patente auf Pflanzen und Tiere stehen dem diametral entgegen.
- Den Betrieb so zu führen, dass er in der nächsten Generation als wirtschaftlich eigenständige Einheit weitergeführt werden kann.
- Die Berücksichtigung des nachbarschaftlichen und dörflichen Umfelds, sowohl sozial als auch wirtschaftlich. Bei Verpachtungen zum Beispiel zählt nicht allein das höchste Gebot.
- Eine hohe persönliche Verantwortlichkeit aller handelnden Personen – in ökonomischer, ökologischer, sozialer und generationsübergreifender Hinsicht.

Das Konkrete daran messen

Eine absolute Hektar- oder Stallgröße findet sich in diesen Prinzipien nicht. Dafür sind die jeweiligen Situationen, standörtlichen Bedingungen, sozioökonomischen Strukturen und weiteres, zu unterschiedlich. Im konkreten Beispiel jedoch wird sehr schnell klar, ob sich ein Betrieb, eine Wirtschaftsweise oder ein Agrarmodell von den Prinzipien wegbewegt oder nicht.

- Im mecklenburg-vorpommerschen Ort Alt Tellin will ein überregional agierender Investor Deutschlands größte Sauen-Anlage errichten. In sechs Ställen sollen insgesamt 10.500 Muttersauen gehalten und pro Jahr rund 250.000 Ferkel erzeugt werden. Unabhängig von der fehlenden Flächenbindung einer solchen an einem Ort konzentrierten Tierhaltung sind solche Größenordnungen direkt gegen eine vielfältige bäuerliche Landwirtschaft gerichtet. Heute

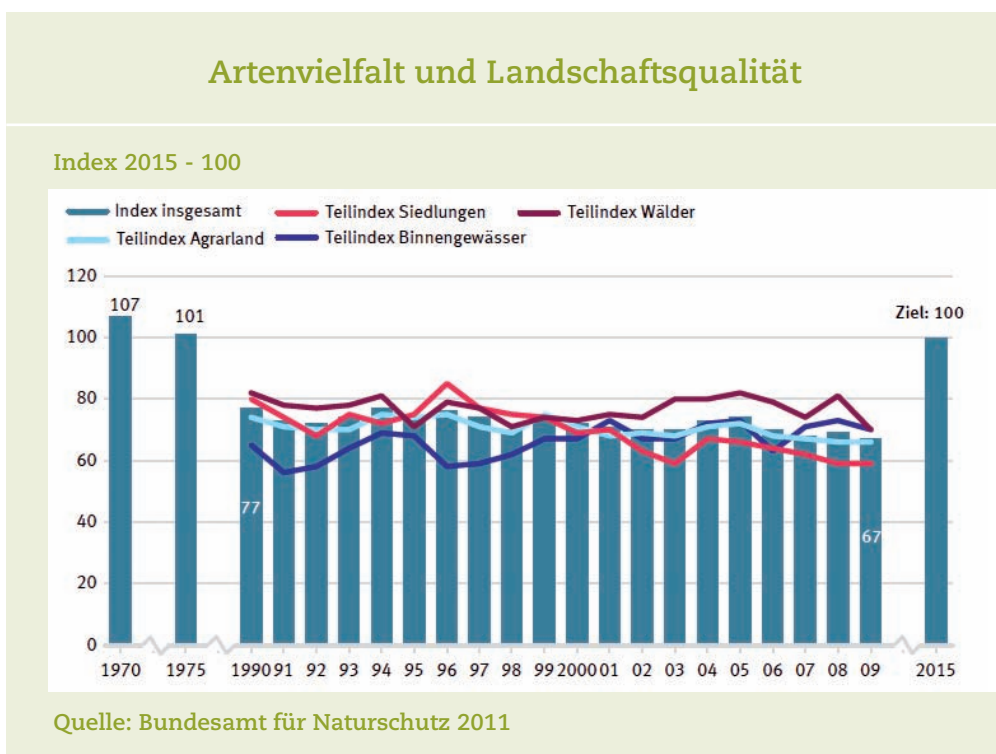
halten in Deutschland die sauenhaltenden Betriebe im Durchschnitt rund 115 Sauen. Der Betrieb in Alt Tellin ersetzt also rund 1.000 durchschnittliche andere Sauenhalter. Anders ausgedrückt „reicht“ der gesamte aktuelle Sauenbestand der Bundesrepublik nur für 225 Betriebe in der Größenordnung „Alt Tellin“, 99 Prozent der heutigen Sauenhalter wären überflüssig.

- In der Agrarstrukturhebung wurde im Jahr 2010 in den Milchviehbetrieben erstmals erfasst, ob die Milchkühe auf die Weide kommen oder nicht. Dabei zeigte sich, dass in der Gruppe der Betriebe mit weniger als 200 Milchkühen knapp die Hälfte der von diesen Betrieben zusammen gehaltenen Milchkühe Weidegang haben (47 %). In den (noch) größeren Betrieben dagegen haben nur noch 17 Prozent der Kühe Zugang zur Weide. Dieser Befund verwundert nicht, denn mit steigender Herdengröße wird die Weidehaltung umso schwieriger, was nicht nur mit den Trittschäden auf den Triebwegen zu tun hat, sondern auch mit den Flächengrößen bzw. Entfernungen zwischen Stall und Weiden, die notwendig sind, um die Kühe auf der Weide satt zu bekommen. Die Kühe holen sich das Futter nicht mehr selbst, sondern das übernimmt – unter nicht geringem Energieeinsatz – der Maschinenpark.
- Der Kreis Borken im Münsterland zählt nicht nur zu denen mit der größten Viehdichte (weit über 2 Großvieheinheiten je Hektar), auch bei den Biogasanlagen führt der Kreis die Landesliga NRW. Die Kehrseite markieren mindestens zwei Befunde: In dem Kreis steht auf über der Hälfte der Ackerfläche Mais. Ein Viertel aller Betriebe mit Maisanbau bauen Mais auf über 70 Prozent ihrer Ackerflächen an (Landwirtschaftskammer NRW 2012). Das bedeutet, dass auf einem erheblichen Teil der Flächen Jahr für Jahr Mais steht, also Mais in Monokultur angebaut wird. Das rechnet sich zwar betriebswirtschaftlich für einige Zeit, zumal der Mais nicht nur hohe Biomasse-Erträge bringt, sondern auch noch deutlich mehr Gülle verträgt als andere Kulturen. Aber mit einer guten fachlichen Praxis im Sinne einer bäuerlichen Fruchtfolge hat das nichts zu tun. Zweitens führt die Bal-

lung der Tierhaltung in diesem Landkreis, verbunden mit dem dafür trotz Maismonokultur erforderlichen hohen Futtermittelimport, dazu, dass weit mehr Nährstoffe anfallen als über das Erntegut dem Boden entnommen wird. Besonders problematisch ist nicht nur das Nitrat, sondern auch das Phosphat: Im Kreisdurchschnitt fallen allein 104 kg Phosphat je Hektar und Jahr aus der Tierhaltung an (Landwirtschaftskammer NRW, 2012), während für den Entzug über die Ernte 70 kg/ha angesetzt werden. Das ergibt einen Überschuss von rund 30 kg Phosphat je Hektar. Die Lösung des Kreisbauernverbands lautet nicht etwa eine Anpassung der Tierbestände an die Fläche, sondern die Separierung der phosphathaltigen Feststoffe aus der Gülle, um so das Phosphat über weite Strecken transportfähig zu machen und in Regionen mit geringerer Tierdichte zu verbringen.

- Es gibt aber auch Beispiele in die andere Richtung. Unter der Marke „Neuland“ haben sich vor 25 Jahren Bauern mit Tier- und Umweltschützern zusammengeschlossen und Richtlinien für eine bäuerliche, artgerechte Nutztierhaltung erarbeitet. Im Bereich der Tierhaltung waren diese Richtlinien ein Vorbild für die Verbände der Biologischen Landwirtschaft, die damals ihren Schwerpunkt noch vor allem auf die Flächenbewirtschaftung legten und dann nachzogen. Die intensive öffentliche Debatte über die Tierhaltung macht sich nun auch für „Neuland“ bemerkbar – es öffnen sich neue Absatzmärkte, so dass neue Schweinebetriebe gesucht werden, in denen die Schweine wesentlich mehr Platz und Licht bekommen, einen Auslauf nach draußen haben und die Ställe mit Stroh eingestreut werden. Natürlich bleibt der Schwanz ganz dran, und Eber werden nur unter Betäubung kastriert.

- Der ökologische Landbau darf natürlich auch nicht unerwähnt bleiben. Denn seine Grundprinzipien decken sich sehr weitgehend mit den oben beschriebenen der Bäuerlichkeit. Gleichwohl gibt es mittlerweile auch innerhalb der ökologischen Landwirtschaft ernste Diskussionen darüber, ob sich durch den Einstieg von agrarindustriell strukturierten Unternehmen in die



Ökolandwirtschaft ein Teil wegbewegt von einer bäuerlichen Landwirtschaft. Diskutiert wird das insbesondere für Teile der Geflügelhaltung, so dass sich schon eine Interessengemeinschaft bäuerlicher Bio-Geflügelhalter gebildet hat, um ein Gegengewicht zu bilden.

- Ein Beispiel soll auch für den Ackerbau eine Perspektive aufzeigen: In Deutschland werden heute auf nur noch rund 3,5 Prozent der Ackerflächen Leguminosen angebaut (0,9 Prozent Körnerleguminosen wie Ackerbohnen, Erbsen, Lupinen; 2,5 Prozent kleinsamige Futterleguminosen wie Klee(gras) und Luzerne). Leguminosen sind die einzigen Pflanzen, die durch die Symbiose mit den Knöllchenbakterien in der Lage sind, den Nährstoff Stickstoff aus der Luft in den Boden zu holen, und zwar so viel, dass auch für die Nachfolgefrucht im nächsten Jahr noch Stickstoff zur Verfügung steht. Würden wir in Deutschland 20 Prozent der Ackerflächen mit diesen Pflanzen bestellen, könnten wir bis zu 30 Prozent der mineralischen Stickstoffdünger einsparen. Und weil für die Herstellung von einem Kilo Rein-Stickstoff mehr fossile Ener-

gie eingesetzt wird als in einem Liter Öl steckt, könnten damit pro Jahr Energie von umgerechnet rund 400 Millionen Liter Diesel eingespart werden. Der Anbau dieser Pflanzen ist in Deutschland und Europa in den letzten Jahrzehnten jedoch drastisch zurückgegangen. Aber es gibt ihn noch, und er bekommt möglicherweise neue Chancen. Denn zum einen sind importierte Soja-Eiweißfuttermittel in letzter Zeit teurer geworden. Zum anderen führt die öffentliche Kritik an ökologischen und entwicklungspolitischen Folgen des Anbaus von (häufig gentechnisch veränderter) Soja in Südamerika dazu, dass hier Handelsketten und Unternehmen der Lebensmittelwirtschaft wie Molkereien separate Produktionsschienen ohne den Einsatz dieser Soja-Futtermittel aufbauen und in die Märkte bringen.

Bewegung in der Politik

Natürlich stehen auch die einzelnen Bauern und Bäuerinnen in der Verantwortung, ihre Praxis so weit wie möglich bäuerlich auszugestalten – ebenso wie Verbraucherinnen und Verbraucher Verantwortung im Einkauf leben kön-



nen. Entscheidende Weichenstellungen finden aber im politischen Raum statt. Auch hier gibt es bedeutende Beispiele dafür, dass die politischen Institutionen sich dem öffentlichen Diskurs stellen – oder stellen müssen:

- Gerade erst haben Bundestag und Bundesrat das Genehmigungsrecht für neue Ställe geändert. Bisher galt faktisch jeder landwirtschaftliche Stall im Außenbereich als so genanntes privilegiertes Bauvorhaben und war zu genehmigen. Die Kommune, auf deren Gebiet der Stall geplant war, hatte kaum Möglichkeiten, die Genehmigung und damit den Bau zu beeinflussen oder zu verhindern. Auf Vorschlag des Bundesbauministeriums ist nun beschlossen, dass diese Privilegierung nicht mehr gilt für gewerblich geführte Ställe, die so groß sind, dass sie nach dem Gesetz zur Umweltverträglichkeitsprüfung einer standörtlichen oder allgemeinen Vorprüfung zu unterziehen sind. Gewerblich sind Tierhalter, wenn sie weniger Anbaufläche haben, als zur Erzeugung von mindestens der Hälfte des für die Tierzahl erforderlichen Futterbedarfs notwendig ist. Und die Tierbestandsgrößen, die eine UVP-Vorprüfung erfordern, liegen bei 1.500 Plätzen für Mast Schweine, 15.000 Legehennen, 30.000 Masthühner, 600 Rinder bzw. Kühe.

Überschreitet ein Bauvorhaben (ggf. auch zusammen mit bestehenden Anlagen auf demselben Betrieb) diese Größenordnungen, dann kann es nun nur noch genehmigt werden, wenn ein entsprechender Bebauungsplan vorliegt. Da die meisten Stallanlagen in bisher unbeplanten Außenbereichen errichtet wurden, wird diese Gesetzesänderung schon erhebliche Auswirkungen haben, auch wenn landwirtschaftliche Anlagen mit überwiegend eigener Futtergrundlage von der Änderung nicht direkt betroffen sind, selbst wenn sie die genannten Größen überschreiten. Strukturell stärkt die Änderung bäuerliche Tierhalter im Verhältnis zu gewerblichen Anlagen. Als nächstes stehen Änderungen in den Vorschriften zur Nutztierhaltung an, damit das regelmäßige Einkürzen von Schnäbeln und Schweineschwänzen aufhört. Die EU-Kommission drängt schon darauf, das entsprechende EU-Recht in Deutschland endlich wirksam umzusetzen.

- Noch größere Möglichkeiten, bäuerliche Wirtschaftsweisen zu stärken, bietet die aktuelle Reform der EU-Agrarpolitik. Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, die Direktzahlungen an die landwirtschaftlichen Betriebe daran zu binden, dass drei übergesetzliche ökologische Mindeststandards eingehalten werden. Diese drei Standards sind eine Mindestfruchtartenvielfalt im Betrieb (mindestens drei verschiedene Kulturen auf den Ackerflächen des Betriebes), der Erhalt des Dauergrünlands (langjährige Wiesen und Weiden) im Betrieb und drittens der Nachweis von Flächennutzungen mit einem besonderem Umweltnutzen auf einem Mindestanteil der betrieblichen Acker- und Dauerkulturflächen. Bei konsequenter Ausgestaltung könnten über dieses Instrument (Greening) erhebliche positive Verbesserungen in der Fläche ausgelöst werden.

Allerdings wollen der EU-Rat der 27 Agrarminister/innen und das Europäische Parlament keine konsequente Ausgestaltung, sondern die Vorschläge der EU-Kommission noch erheblich abschwächen. Das gilt auch für einen weiteren Vorschlag der Kommission, nämlich die Direktzahlungen an die Betriebe nicht mehr unbegrenzt zu gewähren, sondern nach oben hin abzustaffeln und schließlich zu kappen (Obergrenze). Es bleibt noch abzuwarten, was die für Ende Juni zu erwartenden Beschlüsse auf europäischer Ebene ergeben. Wie auch immer, danach steht dann die konkrete Umsetzung in den Mitgliedstaaten an, und es zeichnet sich bereits ab, dass es hier erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten geben wird. Deutschland, das heißt Bund und Länder, werden zu entscheiden haben, wie das Greening konkret umgesetzt wird.

Und sie werden entscheiden müssen, ob Deutschland ein Teil der Direktzahlungen nutzt, um erstens mehr Geld dahin zu geben, wo die meiste Arbeit geleistet wird, nämlich zu den kleineren und mittleren Betrieben, und zweitens um die Budgets für Agrarumweltmaßnahmen oder Tierschutzmaßnahmen der so genannten zweiten Säule der Agrarpolitik (Ländliche Entwicklung) zu erhöhen. Die Entscheidungen hierzu werden erst nach der Bundestagswahl fallen.

Bäuerliche Landwirtschaft zur Wahl

„Wir wollen eine nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft, die zum Erhalt und zur Entwicklung lebenswerter ländlicher Räume und unserer Kulturlandschaft beiträgt.“ SPD-Wahlprogramm 2013

„Wir müssen wegkommen von Agrarfabriken und Massentierhaltung hin zu einer naturverträglichen bäuerlichen Landwirtschaft.“ Grünes Wahlprogramm 2013

„Unser Leitbild ist die bäuerlich unternehmerische Landwirtschaft, getragen von den Landwirten und ihren Familien vor Ort. (...) Eine von außerlandwirtschaftlichen Kapitalinvestoren bestimmte Landwirtschaft lehnen wir ab.“
CDU-Positionspapier vom März 2013

Bäuerlichkeit zu stärken ist möglich

Auch wenn sich viele Verbraucherinnen und Verbraucher an der Kasse noch immer zu selten bewusst für Lebensmittel aus bäuerlicher, ökologischer, regionaler Erzeugung entscheiden; als Bürgerinnen und Bürger fordern sie sehr wohl politische Entscheidungen, die die Industrialisierung der Land- und Ernährungswirtschaft nicht weiter befeuern, sondern ausbremsen und zum Teil auch umkehren. Wobei es nicht um ein Zurück in Zustände alter Zeiten geht. Die Aufgabe besteht vielmehr darin, die mit bäuerlicher Landwirtschaft verbundenen Werte wie aktiven Tier- und Umweltschutz, Vielfalt, Kreislaufwirtschaft, Regionalität und sozialen Zusammenhalt in die heutigen Verhältnisse zu übersetzen. Die neuen Ställe der modernen bäuerlichen Landwirtschaft sehen ganz anders aus als die unserer Großeltern. Aber sie sehen eben auch ganz anders aus als die heute vorherrschenden Stallanlagen. Die bäuerlichen Fruchtfolgen auf dem Acker werden andere sein als die vor sechzig Jahren, aber die heutigen Maismonokulturen sind sicher ebenso wenig zukunftsträchtig wie die heute immer noch zu hohen Nährstoffüberschüsse, die wir uns in Zukunft nicht mehr leisten können.

Einfach wird das nicht. Es werden Milliarden an der heutigen Ausrichtung der Land- und Ernährungswirtschaft verdient. Dahinter steht eine einflussreiche und durchsetzungsstarke Wirtschaftskraft und Lobbymacht. Gerade deshalb ist es entscheidend, die Entwicklungen, Auswirkungen und Hintergründe unserer Lebensmittelerzeugung der öffentlichen, demokratischen Debatte zu-

gänglich zu machen. Nur dann können politische Entscheidungen wachsen und bestehen, die bäuerliche Betriebe nicht länger aus der Erzeugung herausdrängen, sondern bewusst und gezielt stärken.

Nach der Bundestagswahl stehen wichtige agrarpolitische Weichenstellungen in Deutschland auf der Agenda, ganz besonders zur Umsetzung der aktuellen Reform der EU-Agrarpolitik. Dann wird sich zeigen, ob der öffentliche Druck schon ausreicht, damit die Parteien sich tatsächlich für eine bäuerliche Zukunftslandwirtschaft entscheiden.

Kontakt:

Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft (AbL)
Bundesgeschäftsstelle
Ulrich Jasper
Bahnhofstr. 31
D - 59065 Hamm
Tel: 02381-9053-171
Fax: 02381-4922-21
jasper@abl-ev.de
www.abl-ev.de

Autor

Ulrich Jasper

(Jahrgang 1968) stellvertretender Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL). Die AbL ist ein Zusammenschluss von konventionell und ökologisch wirtschaftenden Bauern, die in erster Linie als agrarpolitische Interessenvertretung für bäuerliche Betriebe tätig ist. Gemeinsam mit Lutz Ribbe von der Stiftung EuroNatur koordiniert Jasper seit über

zehn Jahren die Plattform von deutschen Verbänden aus Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft, Tierschutz und Entwicklungspolitik zur EU-Agrarpolitik. Diese Plattform hat zu den verschiedenen Reform-Schritten der europäischen Agrarpolitik gemeinsame Forderungen und Bewertungen veröffentlicht. Veröffentlichungen des Autors dazu finden sich auch in diversen Ausgaben des Jahrbuchs „Der Kritische Agrarbericht“ (www.kritischer-agrarbericht.de).



Wie sich die Agrar-Industrie die Welt zurecht legt

Noch war die Tinte von Barack Obamas Unterschrift gar nicht getrocknet, da hagelte es schon Kritik. Der Präsident hatte gerade ein Gesetz unterzeichnet, mit dem die Finanzierung zahlreicher Behörden für ein halbes Jahr gesichert wird – und damit den Regierungskollaps in der Wirtschafts-Supermacht USA verhindert. Doch ganz nebenbei erfüllte Obama damit auch einen ganz großen Wunsch der Agrar-Konzerne. Im Gesetz verbirgt sich ein Abschnitt, der aus der Rechtsabteilung eines der Unternehmen kommen könnte: in verklausulierter Sprache schützt er ihre gentechnisch veränderten Pflanzen vor der Justiz. Sechs Monate lang können US-Farmer nun Gentech-Soja oder -Mais anbauen, selbst wenn ein Gericht die Pflanze für illegal erklärt. Die Gewaltenteilung, ein Grundprinzip der Demokratie, wird so vorübergehend ausgehebelt, US-Organisationen sprechen von einem „beispiellosen Angriff“ auf die Justiz.¹



Ob Präsident Obama das Gesetz als Ganzes unterschreiben musste, um eine Haushaltskatastrophe zu vermeiden, bleibt dahingestellt. In jedem Fall verdeutlicht dieser Frühjahrs-Aufreger, wie weit der Arm von Monsanto und Co reicht. Wie ihre Pendanten aus der Lebensmittel-Branche geben die Größen des Agri-Business Millionen für die Lobbyarbeit aus – eine durchaus sinnvolle Investition. Denn die laschen Vorschriften in den USA und vielen anderen Ländern ermöglichen erst die satten Gewinne mit Gentechnik-Saatgut, chemischen Pflanzenschutzmitteln und patentierten Gemüse-Sorten. Allein Monsanto, das für Viele zum Symbol für die Übel der industrialisierten Landwirtschaft geworden ist, konnte seine Umsätze im letzten Quartal um 15 Prozent steigern, auf 5,5 Milliarden Dollar.² Die halbe Million, die der Marktführer in den letzten Jahren laut MapLight in die Wahlkampfboxen von Kongressabgeordneten fließen ließ, mutet dagegen bescheiden an.³ Im Senat scheint das Unternehmen jedenfalls genügend Unterstützer zu haben: die Zusatzklausel, die seine Gentechnik-Pflanzen der gerichtlichen Kontrolle entzieht, wurde zunächst im zuständigen Ausschuss und schließlich im Plenum durchgewunken. In den Entwurf für das Haushaltsgesetz eingebracht hatte sie wohl der Republikaner Roy Blunt aus Missouri, dem Bundesstaat, in dem auch Monsanto seinen Sitz hat. Zuvor hatte Blunt Medienberichten zufolge zusammen mit

seinen Wahlkampf-Unterstützern von Monsanto am Gesetzestext gefeilt.⁴

Die Agrar-Industrie übt allerdings nicht nur in Hinterzimmern der Politik ihren Einfluss aus. Als im Herbst 2012 die Bürgerinnen und Bürger Kaliforniens über eine verpflichtende Kennzeichnung von Gentechnik-Zutaten in Lebensmitteln abstimmten, organisierten die Konzerne eine massive Gegenkampagne. Anders als in der Europäischen Union gibt es in den USA bislang keine Hinweise auf den Verpackungen von Produkten aus gentechnisch veränderten Pflanzen. Eine entsprechende Neuerung in Kalifornien, einer der größten Volkswirtschaften der Welt, hätte einen Dominoeffekt auslösen können – mit herben Gewinneinbußen für die Gentechnik-Konzerne, aber auch Lebensmittelriesen wie Nestlé, Kraft, Coca-Cola und Unilever, die ihre Fertigprodukte für den US-Markt beispielsweise mit Gentech-Mais herstellen. In TV- und Radiospots wurden die Konsumenten daher vor Kostenexplosionen gewarnt. Monsanto pumpte über acht Millionen Dollar in die Abschreckungsmaßnahmen, der US-Konkurrent DuPont über fünf, die deutschen Gentechnik- und Pestizidhersteller Bayer CropScience und BASF Plant Science jeweils zwei Millionen Dollar, ebenso wie der Schweizer Saatgut-Multi Syngenta. Am Ende war die 50 Millionen-Dollar-Kampagne von einem knappen Erfolg gekrönt.⁵

USA: Immer mehr Gift auf Gentechnik-Plantagen

Im Mutterland der Agro-Gentechnik wachsen bei den wichtigen Nutzpflanzen Soja, Mais und Baumwolle fast nur noch gentechnisch veränderte Sorten. Nach offiziellen Zahlen lag der Anteil der Gentechnik bei diesen Pflanzen im Anbaujahr 2012 zwischen 88 und 94 Prozent.⁶ Die Folgen dieser Landwirtschaft bekommen Landwirte und die Umwelt immer deutlicher zu spüren. Denn die transgenen High-Tech-Pflanzen, die in den 1990er Jahren auf den Markt gekommen sind, haben bis heute ganz überwiegend zwei Eigenschaften: ihnen wurden entweder Resistenz-Gene eingebaut, so dass sie das Besprühen mit hochgiftigen Pestiziden unbeschadet überstehen. Oder sie sondern aufgrund eines eingefügten Bakterien-Gens selbst Gift ab, um Insekten zu töten. Allen Versprechen zum Trotz, die von Trockenheitsresistenz bis zur Bekämpfung von Vitamin-A-Mangel reichen, ist es im Wesentlichen dabei geblieben. Die Konzerne verdienen gut mit diesem Geschäftsmodell, sie liefern das Saatgut und die zugehörigen Spritzmittel.

Doch während die Farmer anfangs noch Arbeitszeit und Pestizide sparten, haben sich mittlerweile auch Insekten und Unkräuter an die permanente Giftbelastung angepasst. Die Folge: es wird immer mehr gesprüht. Der Agrarökonom Charles Benbrook von der Washington State Universität schätzt den Mehrverbrauch an Pestiziden seit 1996 auf 183 Millionen Kilogramm – einem Plus von sieben Prozent gegenüber einer gentechnikfreien Landwirtschaft.⁷ Und weil die Nummer eins der Ackergifte – Glyphosat, von Monsanto unter dem Namen „Roundup“ vertrieben – langsam seine Wirkung verliert, greifen die Hersteller auf ältere, noch gefährlichere Mittel zurück. Die neuen Gentechnik-Pflanzen sind daher auch gegen Dicamba oder 2,4-D resistent – ähnliche Stoffe wurden bereits im Vietnam-Krieg eingesetzt, als Komponente des berühmten Entlaubungsmittels „Agent Orange“.⁸ Oder die Pflanzen haben gleich beide Eigenschaften, sind gegen verschiedene Herbizide resistent und sondern gleichzeitig mehrere Insektengifte ab.⁹



Imker Bablok entfernt Bienenvölker wegen Genmais-Anbau



Foto: Commons.wikimedia.org

Aufschüttung von Importsoja

.....

Fußnoten

Die Fußnoten zu diesem Artikel finden Sie auf der letzten Seite dieses PDFs (Seite 77).

.....

Während die biologische Vielfalt so ständig bedroht ist, nehmen die Kosten für Landwirte zu. Denn die Konzentration auf die Gentechnik machte die Farmer von den Konzernen abhängig. Die Preise für transgenes Saatgut haben sich in den USA seit 1996 verdoppelt.¹⁰ Monsanto, DuPont und andere Unternehmen verlangen von den Bauern Lizenzgebühren und untersagen ihnen das Zurückhalten von Samen zur erneuten Nutzung – eigentlich eine jahrtausendealte Grundlage der Landwirtschaft. Unangemeldet kontrollieren ehemalige Polizisten im Dienste der Gentechnik-Firmen die Höfe. Monsanto allein soll schon über 400 Bauern verklagt und über 23 Millionen Dollar an Entschädigungen kassiert haben.¹¹ Gleichzeitig ist immer weniger herkömmliches Saatgut verfügbar: zwischen 2005 und 2010 stieg die Anzahl der Gentechnik-Sorten beispielsweise

bei Mais um 6,7 Prozent auf über 6.000. Parallel dazu nahm jedoch die Auswahl an nicht-genmodifiziertem Mais um 67 Prozent ab.¹²

Europa: Insel der Glückseligen?

Die USA geben sicherlich ein Paradebeispiel für kaum gezügelte Marktmacht im Agrar-Bereich ab. Doch auch in Europa gibt es Beispiele für den Einfluss der Konzerne. Zwar wuchsen gentechnisch veränderten Pflanzen im letzten Jahr nur auf 0,12 Prozent der gesamten Ackerfläche – allein der Ökolandbau macht hingegen 4 Prozent aus.¹³ Momentan sind auch nur zwei transgene Pflanzen zum Anbau zugelassen, der Monsanto-Mais MON810 (setzt ein Insektengift frei) und die BASFKartoffel „Amflora“ (veränderte Stärkeproduktion). Mehrere EU-Staaten haben eine oder beide Pflanzen verboten.¹⁴ Doch die Lobbyisten der Industrie drängen hartnäckig auf weitere Genehmigungen. Zahlreiche Anträge laufen, die EU-Kommission könnte theoretisch mehreren Gentech-Pflanzen grünes Licht geben.¹⁵ Der seit letztem Herbst zuständige Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, Tonio Borg aus Malta, hat allerdings zu Beginn des Jahres angekündigt, er wolle zunächst eine Einigung über den Dauerstreitpunkt der nationalen Anbauverbote herbeiführen.¹⁶

Gentechnisch veränderte Pflanzen dürfen jedoch auch als Futtermittel eingesetzt werden. Die industrielle Viehhaltung in Deutschland und Europa basiert zum Großteil auf Kraftfutter, für das jährlich Millionen Tonnen Sojashrot aus Südamerika importiert werden. Dort, insbesondere in Brasilien und Argentinien, wächst überwiegend Gentech-Soja. Die so hergestellten Produkte wie Fleisch, Milch und Eier müssen im konventionellen Bereich aber nicht gekennzeichnet werden. Für den Verbraucher ist also nicht ersichtlich, ob die Tiere Gentechnik-Futter bekommen. Wie auch bei der Diskussion um den Anbau auf hiesigen Feldern erklärt die Kommission, und die für Risikoanalysen zuständige Lebensmittelbehörde EFSA, jegliche Bedenken für unbegründet. Genau diese Behörde ist allerdings umstritten. Kritiker werfen ihr zu enge Kontakte zur Industrie, deren

Produkte sie eigentlich beurteilen soll, vor. So wechselte vor einem Jahr eine hochrangige Mitarbeiterin der EFSA zur Lobby-Organisation „International Life Sciences Institute“ (ILSI), in dem sich die Agrochemie-Konzerne zusammen geschlossen haben, um politische Prozesse zu beeinflussen.¹⁷ Auch mehrere Experten der Gentechnik-Kommission der EFSA waren gleichzeitig für ILSI tätig.¹⁸ Deutschen Behörden wie dem Bundesinstitut für Risikobewertung werden solche Verstrickungen ebenfalls vorgeworfen.¹⁹

Risiken werden industrie-freundlich bewertet

Diese Unterwanderung der Behörde lohnt sich für die Industrie. So hat die EFSA noch keiner gentechnisch veränderten Pflanze die Zulassung verweigert. Die Kriterien sind wachsw weich. Der Risikobewertung liegt beispielsweise ein Konzept zu Grunde, das Gentech-Pflanzen prinzipiell mit Herkömmlichen gleich setzt. Entwickelt wurde es von der besagten Lobby-Organisation ILSI. Der Urheber arbeitete später für die EFSA, einige Zeit nach seinem Antritt wurde die „vergleichende Bewertung“ bzw. „substantielle Äquivalenz“ bei der Behörde eingeführt.²⁰

Die Arbeit der EFSA besteht außerdem darin, Studien zu begutachten, die die Konzerne selbst durchgeführt haben. Viele Daten werden unter Verschluss gehalten und sind so für unabhängige Wissenschaftler nicht überprüfbar. Zwar beschlossen die EU-Staaten im Februar neue Regeln für die Risikobewertung. Doch viele der wesentlichen Schwächen bleiben bestehen, großzügige Ausnahmemöglichkeiten sind vorgesehen.²¹

Auch das Milliarden-geschäft mit chemischen Pflanzenschutzmitteln will sich die Industrie nicht kaputt machen lassen. Als die EU-Kommission – gestützt auf ein Gutachten der sonst so unkritischen EFSA22 – drei Saatgut-Beizmittel verbieten wollte, die als besonders gefährlich für Bienen gelten, schlugen Bayer und Syngenta Alarm. Unter anderem finanzierten sie eine Studie, die den wirtschaftlichen Nutzen der Chemikalien belegen sollte. Bei einem Verbot der Beizmittel drohe der Wegfall von

Tausenden Arbeitsplätzen und Ernte-einbußen, hieß es.²³ Die meisten EU Mitgliedsstaaten stimmten Mitte März zwar trotzdem dafür, die Neonikotinoide aus dem Verkehr zu ziehen. Jedoch zunächst ohne Erfolg, weil Deutschland und Großbritannien die Maßnahme zum Bienenschutz nicht mittrugen. Durch ihre Stimmenthaltung kam vorerst keine ausreichende Mehrheit zustande.²⁴ Dennoch wirbt Bayer weiterhin auf einem eigens dafür eingerichteten Internetportal mit seinem „Engagement“ für die Bienen. Man setze sich aktiv für eine „bienen-verantwortliche“ Landwirtschaft ein, schreibt der Pestizid-Hersteller.²⁵

Laut einem aktuellen Greenpeace-Report starben in manchen Regionen Deutschlands im letzten Winter bis zu 30 Prozent der Bienen – geschwächt durch die Vergiftung mit den Pflanzenschutzmitteln, sind sie besonders anfällig für Krankheiten und Parasiten.²⁶

Ein Saatgut-Kartell kontrolliert Lebensgrundlagen

Die Agrar-Konzerne verdienen ihr Geld jedoch nicht nur mit gentechnisch veränderten Pflanzen und den dazu passenden Chemikalien. Sie kontrollieren auch weite Teile des Markts für konventionelles Saatgut – und dehnen ihre Vormachtstellung über Firmenübernahmen beständig aus. Nur drei Unternehmen – Monsanto und DuPont (USA) sowie Syngenta (Schweiz) – teilten sich im Jahr 2011 über die Hälfte des kommerziellen Markts für Pflanzensaatgut weltweit. Monsanto allein gehört über ein Viertel der für die Landwirtschaft unerlässlichen Samen, DuPont 17 Prozent, Syngenta 9 Prozent. Auch die deutsche KWS AG und Bayer haben sich vier bzw. drei Prozent gesichert.²⁷

In Europa haben die Konzerne ebenfalls ordentlich eingekauft. Von den im letzten Frühjahr registrierten 231 Tomaten-Sorten gehörte Monsanto über ein Drittel, Syngenta ein Viertel. Beim Blumenkohl waren es gar 49 Prozent, die allein der Marktführer für sich veranschlagte.²⁸ Auch dort, wo die Landwirtschaft wesentlich kleinbäuerlicher und der Saatgut informell geprägt ist, versuchen die Agrochemie-Firmen, Fuß zu fassen. So warnen afrikanische Or-

ganisationen vor einem geplanten Abkommen, das es den Landwirten im Süden des Kontinents erschweren würde, ihre Pflanzensaat zu tauschen und wieder zu nutzen.²⁹ Davon wären beispielsweise Bauern im Kongo und in Mosambik betroffen – zwei der ärmsten Länder der Welt. Zu den Befürwortern des neuen Sortenschutz-Rechts gehört unter anderem die Biotechnology Industry Organization (BIO), ein Lobbyverband von Monsanto und Co.³⁰ Gleichzeitig werden immer mehr Pflanzen und sogar Tiere patentiert. In der EU ist dafür das Europäische Patentamt mit Sitz in München zuständig – es ist weder den gewählten Volksvertretern noch dem EU-Gerichtshof verantwortlich. Obwohl sich die Abgeordneten des EU-Parlaments und auch des deutschen Bundestags eindeutig gegen die Patentierung biologischer Zuchtverfahren ausgesprochen haben, hat das Patentamt bereits hunderte Pflanzen als geistiges Eigentum der Privatwirtschaft anerkannt.³¹ Die Grundlagen menschlichen Überlebens geraten so immer mehr unter die Kontrolle der „Global Player“, einer Handvoll kraftstrotzender Agrar-Konzerne.

Autor

Daniel Hertwig

studierte Politikwissenschaft in Berlin und Istanbul. Er ist Redakteur beim Informationsdienst Gentechnik (www.keine-gentechnik.de).



Der Wert der Nahrung aus dem eigenen Garten



Der Wert der Nahrung aus dem eigenen Garten und deren Qualität sind vorrangige Themen bei der Bewirtschaftung der Kleingärten.

Der Kleingarten dient zumindest zum Teil als Grundlage für die Ernährung bzw. zur Selbstversorgung der Menschen. Über den Anteil der in Kleingärten erzeugten Nahrungsmittel an der Nahrungsproduktion in Rheinland-Pfalz bzw. Deutschland gibt es keine konkreten Erhebungen. Ein solcher Anteil wäre auch nur sehr schwer zu ermitteln. Geht man davon aus, dass im Durchschnitt etwa 3 Personen einer Kleingärtner-Familie angehören, können in Rheinland-Pfalz bei rund 11 000 Gartenpächtern etwa 30 000 Personen ihren Speiseplan mit Obst und Gemüse aus dem Kleingarten bereichern. Bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland trifft dies bei rund 1 Million Gartenpächtern auf etwa 3 Millionen Personen zu. Eine Versorgung der ganzen Familie nur mit Nahrungsmitteln aus dem Garten dürfte in der Regel nicht möglich sein, da es allein schon an der Möglichkeit zur Lagerung bzw. Konservierung der Gartenerzeugnisse fehlt. In Notzeiten waren jedoch viele Kleingärtner auf die weitgehende Selbstversorgung aus

ihrem Garten angewiesen. Das Kleingartenwesen bietet Raum für Mensch und Natur. Der Kleingarten ist ein unverzichtbarer Teil der Freizeitkultur Deutschlands. Als besonders beliebte Form der Freizeitgestaltung leistet er mit seiner Kombination aus körperlicher Betätigung an frischer Luft, Erzeugung von gesunden Gartenbauprodukten und der Möglichkeit zur Erholung einen wertvollen Beitrag zur gesunden Lebensweise. Diese Aussage ist enthalten in der Aufzählung der Werte innerhalb des Leitbildes des Bundesverbandes deutscher Gartenfreunde.

In unserer Zeit, in der das soziale Zusammenleben in den Städten zunehmend schwieriger wird, können Gemeinsinn, soziale Verantwortung und hohes soziales Engagement der Kleingärtner in einer Kommune einiges bewirken. Diese gesellschaftliche Bedeutung der Kleingärtner wird von vielen Städten und Gemeinden zunehmend anerkannt und gefördert, um so mehr als sich die Kommunen aus Geld-



mangel von vielen sozialen Aufgaben zurückziehen. Die Kleingartenvereine übernehmen häufig in ihrem Umkreis soziale Aufgaben. Hier sind insbesondere die Einrichtung und Betreuung von Altengärten, oft in Zusammenarbeit mit angrenzenden Altenheimen und von Schulgärten auf dem Vereinsgelände oder in benachbarten Schulen zu nennen. Im Rahmen des Biologieunterrichts erklären engagierte Gartenfreunde den Kindern das Leben der Pflanzen und das behutsame Umgehen mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen.

Eine Studie über die städtebauliche, ökologische und soziale Bedeutung des Kleingartenwesens enthält eine bundesweite Bestandsaufnahme zur aktuellen Situation im Kleingartenwesen. Dort ist als eines der Ergebnisse der Forschungen festgehalten, dass die Möglichkeit, im Kleingarten biologisch einwandfreies Obst und Gemüse erzeugen zu können, in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat. Umfragen bei den Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern haben ergeben, dass bei der Gartenbewirtschaftung der Natur- und Umweltschutz in der Wertigkeit ganz oben steht. Das zeigt, dass ihnen die grundsätzliche Bedeutung dieses Aspekts bewusst ist. Dies ist mit Sicherheit auch auf die umfassende Öffentlichkeitsarbeit und

Schulung durch die Vereine und Verbände zurück zu führen. In fast allen Vereinen nehmen die Vorstände Einfluss auf die Gartengestaltung und auf das Natur- und Umweltbewusstsein der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner. Satzung und Gartenordnung sind dabei wichtige Instrumente.

Die Gartenordnungen der einzelnen Vereine enthalten in der Regel unter anderem Bestimmungen über den Umweltschutz (hier insbesondere Vogelschutz und Bienenschutz), über den Pflanzenschutz und die Schädlingsbekämpfung sowie über Kompost und Dünger.

Eine wesentliche Rolle spielt dabei vor allem die Beratung durch ausgebildete Fachberaterinnen und Fachberater. Die Ausbildung erfolgt in Rheinland-Pfalz durch den Landesverband der Kleingärtner in Zusammenarbeit mit der Gartenakademie Rheinland-Pfalz beim Dienstleistungszentrum (DLR) Rheinland-Pfalz in Neustadt/Weinstraße.

Im Rahmen der zuvor genannten Forschungen wurden die Gärtnerinnen und Gärtner unter anderem auch über das tatsächliche eigene Handeln bei den verschiedenen Aspekten des naturnahen Gärtnerns befragt. Regenwasser zu



Lehrgarten – Kräutergarten



Kinderspielplatz in einer Kleingartenanlage



Lebensart – schöne Blumen

nutzen und im eigenen Garten zu kompostieren ist für fast alle Kleingärtnerinnen und Kleingärtner selbstverständlich. Die anderen Kriterien naturnahen Gärtnerns sind geringer verbreitet. Auffallend sind dabei vor allem auch Unterschiede zwischen jüngeren und älteren Gartenpächtern. So betreiben jüngere Kleingärtnerinnen und Kleingärtner den biologischen Anbau von Obst und Gemüse häufiger als die älteren Pächter. Dies könnte zum Teil damit zusammenhängen, dass den jüngeren Pächterhaushalten Kinder angehören und deshalb Wert gelegt wird auf biologisch einwandfreies Obst und Gemüse. Möglicherweise spielt hier auch das gewachsene Umweltbewusstsein bei der jüngeren Generation eine Rolle.

Kleingartenanlagen als Bestandteile städtischer Grünflächen erfüllen wichtige Ausgleichsfunktionen in Bezug auf Klima, Temperatur, Luftfeuchtigkeit und haben durch den geringeren Grad der Versiegelung positive Auswirkungen auf den Wasser- und Bodenhaushalt. Für einige Großstädte bzw. Städte in Ballungsräumen haben bei der Planung von Kleingartenanlagen stadtoökologische Kriterien einen hohen Stellenwert. Einige Kommunen haben in den vergangenen Jahren Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach dem Bundesnaturschutzgesetz in Kleingartenanlagen vorgenommen oder planen dies. Dabei

werden unter anderem Gemeinschaftsflächen durch Bäume oder Biotope aufgewertet.

Neben ihren stadtoökologischen Ausgleichsfunktionen leisten Kleingartenanlagen einen Beitrag zur Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren, zum Artenschutz und damit insgesamt zum Natur- und Umweltschutz bzw. zur Vielfalt des Lebens (Biodiversität).

Autor

Rüdiger Frank

ist seit über 30 Jahren im Kleingartenwesen tätig und leitet seit 7 Jahren als Vorsitzender den Landesverband Rheinland-Pfalz der Kleingärtner.





Kleingarten als Ziergarten neben Gemüsegarten



Lehrgarten – Kräuterspirale



Ausstellung von Gartenerzeugnissen (auch S. 30-31)



Ertragreiches Hochbeet

Landstriche werden zu Sondermülldeponien und können aufgrund von übermäßigem Düngen 20 Jahre nicht bestellt werden, Überproduktionen gefährden die globale Nahrungssicherheit, die Politik schönredet Zahlen, die Macht von Konzernen ist größer als jene der Politiker und Handelsketten wehren sich mit aller Macht dagegen, dass Zahlen über weggeworfene Lebensmittel ans Tageslicht gelangen. Das sind die erschreckenden Ergebnisse einer jahrelangen Recherche, die Michael Schieferstein in seinem Buch „Projekt: Globaler Wegwerf-Wahnsinn“ veröffentlicht hat.

Sein Resümee: „Ändert sich nichts im ganzen System der Lebensmittelproduktion und unserem Konsum, dann kommt es in spätestens 15 Jahren zum globalen Zusammenbruch“.



Michael Schieferstein im Bundestag, Februar 2013

Warum die Politik Zahlen schönredet, die meisten Lebensmittel bereits auf dem Acker vernichtet werden und was jeder Einzelne tun kann und muss, um die Gefahren, die von mächtigen Konzernen ausgehen und durch den übermäßigen Konsum ausgelöst werden vielleicht noch abzuwenden. Unter www.foodfighters.biz.

Bundesministerin Ilse Aigner stellte vor kurzem eine erschreckende Studie zum Wegwerfverhalten von Lebensmitteln vor. Das Ergebnis, trotz einiger gravierender Mängel schon im Studienaufbau, ist alarmierend.

Das Ergebnis war: Elf Millionen Tonnen Lebensmittel, die noch genießbar und meistens noch nicht abgelaufen sind, landen einfach in der Tonne. Damit könnte man mindestens ein ganzes Jahr den Welthunger stillen! Aber es ist noch viel gravierender, da Ministerin Ilse Aigner einfach mal eine Studie in den Raum geworfen hat, um eine riesige PR-Kampagne – unter anderem mit über 600 Pressemitteilungen – bundesweit loszutreten. Außerdem hat sie im April 2012 eine Studie in Zusammenarbeit mit der Uni Stuttgart veröffentlicht, die gerade mal 9 Monate benötigte, aber nicht ausgereift war.

Ministerin Ilse Aigner macht den Verbraucher alleine verantwortlich für die ermittelten Wegwerfzahlen. Sie hat allerdings weder im Handel noch in der Lebensmittelindustrie recherchiert, sondern einfach die Zahlen, die sie von

der Industrie und Handel zur Verfügung gestellt bekam übernommen. Was für mich letztlich bedeutet, dass die Industrie mehr Macht besitzt als unsere Politiker. Die Lebensmittelindustrie und der Handel, wie zum Beispiel REWE und EDEKA, aber auch viele anderen Handelsketten, verhindern mit aller Macht, dass die richtigen Zahlen in die Öffentlichkeit gelangen. Sie verschließen ihre Biotonnen und setzen einen Sicherheitsdienst für ihre Biotonnen ein, die darauf achten, dass über deren teils makellosem Inhalt nichts an die Öffentlichkeit dringt. Dass dies eine Tatsache ist, habe ich mit mehreren Fernsehsendern wie ZDF, RTL (Spiegel-TV) oder dem SWR-Fernsehen mehrmals recherchiert, nachgeprüft und dokumentiert. Was gar nicht in der Aigner-Studie erfasst wurde: Die Agrarwirtschaft, die große Mengen ihrer Ernte bereits auf dem Acker vernichtet. Das heißt, alles was der Norm nicht entspricht, wie zum Beispiel unförmiges Gemüse oder Farbveränderungen, zu kleines oder sogar zu groß geratenes Gemüse – Alltag bei Kartoffeln, Karotten, Zucchini oder Äpfeln – werden sofort nach der Ernte auf dem Acker vernichtet. Untergepflügt oder liegen gelassen.

Meine eigenen Recherchen und die von Valentin Thurn, dem Filmregisseur von „Taste The Waste“, ein Film, der weltweit Aufsehen erregt hat und die Politik europaweit wachgerüttelt hat, haben ganz andere Zahlen ergeben, als die Aigner-Studie proklamiert.

Foodfighters

Die Foodfighters habe ich im April 2012 gegründet. Wir sind eine Gruppe von hochqualifizierten Kochprofis, die alle so im Schnitt seit ca. 20-30 Jahren in der gehobenen Gastronomie arbeiten und sich mit dem Thema schon immer auseinandersetzen. Die FoodFighters kämpfen gegen die Essensvernichtung, setzen sich gegen den Welthunger und für den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen ein. Außerdem möchten wir dazu beitragen und vermitteln, dass die Bürger wieder mehr Wertschätzung gegenüber Lebensmitteln und den nachhaltigen Umgang mit Lebensmitteln lernen. Schließlich kämpfe ich dafür, dass der Handel und die Lebensmittelindustrie endlich aufhören den Planeten auszubeuten und den Verbraucher zu verunsichern. Ich habe jahrelang über das Thema Lebensmittel im Allgemeinen und über deren Vernichtung im Besonderen recherchiert. Und unter dem Strich ergab sich ein schreckliches Szenario: Es wird einfach zu viel weggeworfen in unserer heutigen Wegwerfgesellschaft. Die nahezu unausweichliche Konsequenz ist: Wenn wir die nächsten Jahre so weiter leben, nicht endlich ein nachhaltigeres Denken an den Tag legen und deutlich wertschätzender mit unseren Nahrungsmitteln und Ressourcen umgehen, werden wir alle in spätestens 15-20 Jahren mit riesigen Probleme konfrontiert werden, da unser Planet nicht mehr viel hergeben wird. Das heißt, es werden uns durch die wachsende Erdbevölkerung nicht mehr genügend Grundnahrungsmittel wie zum Beispiel Getreide zur Verfügung stehen.

So sicher wie das Amen in der Kirche ist, es sind nicht wie laut Ministerin Aigner bundesweit 11 Millionen Tonnen verschwendete Lebensmittel sondern mind. 22-25 Millionen Tonnen. Das habe ich auch vom Bundesumweltministerium bestätigt bekommen. Die vernichteten Lebensmittel sollen sich laut Aigner-Studie auf folgende Verursacher verteilen: 61 Prozent Endverbraucher, 17 Prozent Großverbraucher (Gastronomie) und 22 Prozent Einzelhandel und Industrie. Hierbei wurde wie gesagt die Agrarindustrie überhaupt nicht einkalkuliert.

Meine Recherchen besagen weitaus Schlimmeres, aber der Endverbraucher kommt besser weg. Denn nur etwa 25 - 30 Prozent werden vom Endverbraucher vernichtet, also vom deutschen Konsumenten – weniger als Frau Aigner behauptet, dennoch schlimm genug. Die Lebensmittelindustrie und der Handel indes toppen das Ganze mit 40 Prozent. Meiner Meinung nach das größte Verbrechen des 21. Jahrhunderts. Will man es biblisch ausdrücken: Die vielleicht größte Sünde der Menschheit.

Zu der von Frau Aigner vergessenen Agrarwirtschaft sagen meine recherchierten Zahlen, dass bereits 20 Prozent der erzeugten Lebensmittel direkt auf dem Acker vernichtet werden und somit erst gar nicht den Handel und damit den Verbraucher erreichen.

Auf diesen Missstand ist auch Ministerin Aigner mittlerweile aufmerksam

geworden und lässt hierzu eine dann vielleicht "richtige" Studie durchführen, die weitaus gravierendere Zahlen zum Wegwerfwahnsinn ergeben wird. Denn, geht man davon aus, dass laut Aigners erster Studie bereits 11 Millionen Tonnen alleine in Deutschland vernichtet werden, ist es tatsächlich die doppelte Menge, die weggeworfen wird. Rechnet man dieses Ergebnis auf Europa hoch – laut EU-Zahlen würden die Europäer 90 Millionen Tonnen Lebensmittel wegwerfen -, dann müssen wir davon ausgehen, dass hier mindestens jährlich 150 Millionen Tonnen Lebensmittel vernichtet werden. Damit könnte man mindestens 10-20 Mal den Welthunger stillen.

Da muss sich etwas ändern. Es muss ein Umdenken her und wir müssen uns fragen, warum müssen wir nicht wegwerfen, was wir wegwerfen? Wenn jeder von uns einen kleinen Teil dazu beiträgt und nachhaltiger mit Rohstoffen wie Energie, Trinkwasser und ganz besonders mit unseren Lebensmitteln umgehen würde, könnten wir alle gesünder und vitaler leben, würden ganz nebenbei die Umwelt nicht derart belasten, besser gesagt überbelasten, wie wir es momentan tun. Unsere Politiker sind machtlos gegen die weltweit führende Lebensmittelindustrie und gegen das Elend, das diese letztlich auslöst: Menschen, die wegen unserer verschwenderischen Gesellschaft hungern und menschenunwürdig leben. Nur weil wir alle egoistisch und pervers sind – im besten Fall einfach nur gedankenlos



Mein Aktuelles Buch „Projekt: Globaler Wegwerf-Wahnsinn“.

Mit Vorworten von Elvira Drobinski-Weiß, Verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion; Michael Ebling, Oberbürgermeister der Stadt Mainz; Dr. Alexandra Hildebrandt, Wirtschaftsexpertin und DFB-Nachhaltigkeitsbeauftragte; Valentin Thurn, Autor und Filmemacher von „Taste the Waste“; Norbert Pasternack, Vorstand der BKK adviva.

Ein knallhartes, lange Jahre recherchiertes Buch über den heutigen Umgang mit Lebensmitteln und deren meist sinnlose Verschwendung, die bereits auf dem Acker beginnt. Zudem klärt das Buch schonungslos über das Versagen der Politik und die Allmacht der Lebensmittelkonzerne auf, die alles erst auslöst. Das Buch gibt Auskunft über die erschreckenden, tatsächlichen Zahlen weggeworfener oder vernichteter Lebensmittel, zeigt dringend nötige Gegenmaßnahmen auf und enthält viele praktikable Tipps und einfache wie nachhaltige Lösungen für den Verbraucher, um der globalen Wegwerf-Maschinerie entgegen zu treten.

Lebensmittelverschwendung betrifft uns alle!

<http://www.foodfighters.biz/buecher.html>



–, müssen Millionen von Kindern an Unterernährung, vor Durst und Hunger sterben.

Ich habe bei meinen vielen Recherchen Berge von Bio-Früchten aus der Supermarktonne und ausschließlich aus Übersee entdeckt und dies hat mich immer wieder aufs Neue schockiert. Mein Tipp lautet: Die Regionen wieder mehr stärken.

Das heißt, die Monokulturen so wie Überproduktion von Mais und Raps, welcher für Biosprit und Energie verwendet wird, abzuschaffen und wieder mehr Getreide und Gemüse in Deutschland und regional anzubauen. Das würde die regionale Wirtschaft stärken und nebenbei bedeuten, dass wir nicht mehr so viel aus fernen Ländern importieren müssten.

Gleichsam muss wieder deutlich mehr auf saisonale Produkte gezählt und mehr in kleinen ländlichen Geschäften wie Metzgereien, direkt beim Bauern, in Hofläden oder wie man früher gesagt hat in „Tante Emma Läden“ eingekauft werden. Wir sollten außerdem auf der regionalen Ebene eine bessere Zusammenarbeit anstreben und das Konkurrenzdenken ablegen. Zum Beispiel könnten sich mehrere Bauern gegen eine übermächtige Lebensmittellobby zusammenschließen, die beispielsweise den Preis diktiert. Das würde sich zum einen nachhaltig auswirken und zum anderen dem Lebensmittelhandel zeigen, dass deren Habgier (die auch eine schlimme

Todsünde ist) nicht mehr allmächtig ist. Man muss sich Alternativen einfallen lassen und alle müssten, auch die Verbraucher, zusammenhalten.

Einfache Tipps für Verbraucher.

Des Weiteren sollte man bewusster Einkaufen, was bedeutet, sich erst einmal einen Einkaufszettel schreiben und auch vor dem Einkauf etwas essen, denn mit Hunger kaufen wir sowieso schon mehr ein als wir benötigen. Vor dem Einkauf den Kühlschrank und das Lager kontrollieren, was wir noch haben und verwerten können und sich auch nicht von dem Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD) verunsichern lassen. Denn MHD heißt nicht, dass die Lebensmittel dann auch schon verdorben sind. Wir sollten uns vor allem wieder deutlich mehr auf unsere menschlichen Sinnesorgane wie Geruch und Geschmack verlassen. Wenn wir darauf achten und

wieder nachhaltiger leben, könnten wir Bürger einen kleinen Teil dazu beitragen, unsere Ressourcen für unsere Nachkommen wenigstens wieder zu sichern.

Über Jahre hinweg hat die Menschheit Stück für Stück unseren Planeten Erde ausgebeutet und wir alle haben zugesehen oder bewusst weggeschaut. Jetzt liegt unser aller Heimatplanet im Sterben! Und was tun wir dagegen? Wir trampeln weiter auf der Erde herum, um ihren letzten Atemzug im Keim zu ersticken. Das heißt, wir bringen weltweit Pestizide aus, um noch mehr zu ernten, wollen aber nicht wissen, was die Ausmaße dafür sind. Ich will nur so viel dazu sagen, dass Konzerne wie REWE, EDEKA und die Vertreter der Großindustrie wie Nestle alles verwüsten, indem sie Wasser für die Reinigung von Lebensmittel in Drittländern verschwenden, die für sich selber kein

Wasser zum Trinken haben, und Landflächen so ausbeuten, dass diese für die nächsten 20-30 Jahren nicht mehr brauchbar sind. Das alles sagt genug aus! Deshalb lasst uns alle gemeinsam handeln, nur dann können wir unseren Kindern wenigstens eine gesicherte Nahrungskette in Deutschland sichern. Ein weiteres Beispiel: 2012 haben wir weltweit für ca. 12 Milliarden Menschen Lebensmittel produziert. Aber auf unserem Planeten leben nur 7,3 Milliarden Menschen. Also wurde folglich der Rest einfach sinnlos vernichtet. Richtig deutlich wird es mit dieser Zahl: Alleine in Deutschland wurden 40 Millionen Schweine geschlachtet und 20 Millionen Schweine wurden überhaupt nicht benötigt! Das heißt, erst meist unter Qual gemästet, dann brutal getötet, um dann einfach in der Tonne vernichtet zu werden. Einer der Gründe für die unsinnige Überproduktion: Viele Supermärkte halten Übermengen vor, die sie gar nicht verkaufen können. Aber es könnte ja wider Erwarten zum großen Ansturm kommen...

Kein Tier der Erde ist so pervers wie wir Menschen, wenn es um unseren dekadenten Lebenswandel geht, denn Tiere töten nur dann, wenn sie Hunger haben. Wir Menschen töten, damit wir uns das Beste vom Besten aussuchen können.

Ich habe kürzlich für das ZDF Pur + einen Test in einer durchschnittlichen deutschen Familie gemacht. Diese Sendung hat viel bewegt und auch die Familie mit der wir das Experiment gemacht haben hat ihren Konsum und Lebenswandel komplett umgestellt. Die Familie hatte sich bereit erklärt, ein 4-wöchiges Experiment durchzuführen, in dem sie zwei Wochen wie immer gelebt und konsumiert hat. Danach bin ich in die Familie gekommen und habe Ihnen gezeigt, wie man Lebensmittel lagert, kühlt und erklärt, wie man sie am besten weiterverarbeitet. Danach haben wir eine Einkaufsliste erstellt und besprochen, was man auf Vorrat kaufen kann und wie man bewusster einkaufen geht. Des Weiteren habe ich der Familie Rezepte und Anleitungen gegeben. Auch das Thema MHD haben wir besprochen und ich habe mit den Kindern ein Joghurt gegessen, dessen MHD seit



Kochaktion: Suppenfond ansetzen

zwei Tagen abgelaufen war, um zu zeigen, dass das aufgedruckte Datum nur ein Richtwert ist.

Die Kinder fanden es echt super, dass sie diesen Joghurt noch essen konnten. Das ist eine einfache, aber sehr wichtige Erkenntnis und ein Wissen, das erschreckend wenige Menschen heute noch haben. Und mehr denn je wichtig, vor allem im Hinblick darauf, dass der Handel alles dafür tut, um das MHD immer weiter herabzusetzen, um somit noch mehr Ware in den Handel zu bringen, auch wenn dann fast die Hälfte der Lebensmittel entsorgt werden.

Anschließend haben wir bei dem Experiment den Essensmüll von den letzten zwei Wochen ausgewogen (die Familie

hatte diesen für die Reportage gesammelt). Die Familie war über das Ergebnis entsetzt, welches ergab, dass sie in nur 14 Tagen 11,3 kg Lebensmittel entsorgt hatten. Dabei war dies sogar vergleichsweise wenig, denn der Bundesdurchschnitt liegt bei 20 Kilo in 14 Tagen bei einer vierköpfigen Familie.

Anschließend waren wir in Mainz in einem Biohofladen. Dort habe ich die Familie aufgeklärt, was der Unterschied zum normalen Handel ist, damit sie den Umgang mit Lebensmitteln mehr wertschätzen und wir haben dort zusammen im besten Sinne des Wortes nachhaltig eingekauft. Danach habe ich mich für zwei Wochen verabschiedet und die Familie hat in diesen zwei Wochen versucht nachhaltiger zu leben

und wertschätzend mit Lebensmitteln umzugehen. Nach diesen zwei Wochen war ich wieder bei dieser Familie. Sie berichtete, dass die Tipps von mir echt super und hilfreich waren. Sie sagten, dass es zwar eine große Umstellung sei, bewusster mit Lebensmitteln umzugehen. Aber dadurch, dass sie so leben, haben sie sehr viel Geld eingespart und sich viel gesünder ernährt. Auch alle Reste wurden wirklich weiterverarbeitet, so wie es unsere Großeltern uns auch vermittelt haben. Danach haben sie mir ganz stolz den Essensmüll präsentiert und ich war erstaunt als ich sah, dass sie den Lebensmittel-Müll von ursprünglich 11,3kg auf nur noch 630g reduziert hatten. Das war ein riesiger Erfolg und ich würde mir wünschen, dass wir damit Millionen von Familien erreichen und wir einen kleinen Teil unserer Gesellschaft berühren können, um auch so umzudenken. Die Sendung wurde am 31.03.2013 im ZDF Pur+ ausgestrahlt und ist auf meiner Website www.foodfighters.biz zu finden.

Auflagen und Lösungsansätze die wir bis 2025 erreichen sollten

Die EU hat uns die Auflage gemacht, die Menge der weggeworfenen Lebensmittel um 50 Prozent bis 2025 zu reduzieren. Ministerin Aigner will es sogar bis 2020 schaffen. Ich frage mich nur wie sie das schaffen will. Ich bin mir sicher, dass sie es selbst nicht weiß. Auch wenn wir von 11 Millionen Tonnen ausgehen würden ist das nicht machbar solange nichts Gravierendes geschieht. Die Verringerung der Lebensmittelabfälle um 50% ist ein wichtiger Ansatz, der für die Umwelt alleine jedoch nicht ausreicht. Ohne ergänzende Maßnahmen bringt es genauso viel, wie die Einführung des Katalysators fürs Auto.

Daher empfehle ich die folgenden Ergänzungen:

1. Es ist unbedingt erforderlich die Regionalentwicklung zu fördern und die ortsansässige Lebensmittelproduktion zu fördern. Die Stärkung des regionalen Lebensmittels und deren ökonomischer Verbrauch stärkt die Kaufkraft im Land und schont Sprit. Es entstehen wieder mehr gewachsene Gemeinschaften, die sich untereinander stützen und den Haushalt entlasten. Die Wertschätzung

des Lebensmittels über Qualitätsmerkmale wie Frische und optimale Reife hilft die Geizmentalität zu verdrängen und das Problem Mindestlohn im Lebensmittelsektor aufgrund des Margendrucks der Handelsriesen zu beseitigen.

2. Eine weitere Maßnahme ist die gesetzliche Regelung des MHD. Heute ist nicht das Herstellungsdatum für den Verbraucher entscheidend, sondern das ausgewiesene MDH bestimmt den Kauf. Die Regelung des MHD sollte nicht mehr der Hersteller bestimmen, da das MHD auch immer kürzer gesetzt wird, sondern es sollte von einer staatlichen Stelle nach sinnvollen Kriterien festgesetzt werden. So kann es nicht mehr passieren, dass beispielsweise zwei Joghurts, die am gleichen Tag produziert werden, unterschiedliche MHD ausweisen. Folglich wird weniger entsorgt, weil der Handel längere Zeit zum Abverkauf hat. Das ist jedoch nicht im Sinne der Hersteller, die ihren Absatz maximieren möchten.

Die Neuregelung ist zwingend erforderlich. Hier ist schon eine Wortfindung unausweichlich und eine 2-Daten-Strategie (HD und MHD) sinnvoll. Sie nimmt den Bürger mit in die Verantwortung. Eine freiwillige Verkürzung des MHD durch die Hersteller wird unterbunden, denn der Kunde entscheidet nach Herstellungsdatum und nicht nach MHD-Länge. Das erhöht den Druck des Handels, der erfolgt, wenn in der Praxis der Verbraucher sich anders entscheidet und verantwortungsbewusster handelt.

3. Das landesweite Schulobst-Programm dazu zu nutzen, durch die praktische Anwendung die Ernährungsbildung zu begleiten und das Thema Lebensmittelverschwendung in der Lehrkräftefortbildung zu intensivieren, greift zu kurz. Aus meiner Erfahrung an Schulen und durch meine Kinder weiß ich, dass es nicht ausreicht, den Lehrern nur eine Fortbildung zu geben und das Thema im Unterricht kurz zu streifen. Über die Schulen haben wir die Möglichkeit der nächsten Generation von Konsumenten – unseren Kindern – dafür das nötige Rüstzeug mit auf den Weg zu geben.

4. Die Regionalvermarktung zu stärken ist nicht nur für die Steigerung

der Wertschätzung für Nahrungsmittel wichtig. Vielmehr ist es ein wichtiger Beitrag zur Unabhängigkeit von ausländischen Lebensmittelimporten und zur Schonung der Umwelt durch reduzierten Schadstoffausstoß. Hinzu kommt, dass in Deutschland bereits hohe Auflagen zum Umweltschutz bestehen, die in anderen Ländern nicht zwingend eingehalten werden müssen. Über den Verzehr so produzierter Lebensmittel nehmen Verbraucher Schadstoffe zu sich, die über Krankheitsbilder (z.B. Allergien) zu erhöhten Kosten im Gesundheitsbereich führen.

Eine vollständige Nutzung aller Erträge (inklusive unförmiger und fleckiger Produkte) bzw. aller Teile einer Pflanze (z.B. Kohlrabiblätter) hilft den Bauern mehr Einnahmen zu generieren und dem Staat die Subventionen zu senken. Hier kommt wieder die regionale Vermarktung zum Tragen, die mit kreativen Rezepten alternative Verwendungszwecke ermöglicht.

5. Darauf einzuwirken, dass das routinemäßige Aussortieren auf das unbedingt notwendige Maß begrenzt wird und noch verzehrbare Nahrungsmittel anderen Verwendungszwecken zugeführt werden können ist unbedingt notwendig. Dazu gehört eine Lockerung der Richtlinien für die Abgabe von Lebensmitteln an die Tafeln ebenso, wie die Nutzung der „ungenormten“ Ernteprodukte über die regionale Vermarktung. Dass diese Richtlinien seit kurzem schon gelockert wurden und wir wieder – den Klassiker, den wohl jeder kennt – krumme Gurken im Handel finden. Die Ursachen und Formen der Verschwendung von Lebensmitteln in allen Stufen der Produktion und des Verbrauchs zu kennen ist die Grundlage zur Entwicklung von alternativen Programmen und Verwendungsmöglichkeiten.

6. Informations- und Aufklärungskampagnen helfen das Thema Lebensmittelverschwendung bewusst zu machen. Geeignete Maßnahmen zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung zu entwickeln ist der wichtigste Schritt für eine nachhaltige Sicherstellung einer gesunden und unabhängigen Versorgung der Bürger. Dazu gehören rechtliche Rahmenbedingungen, die einen sparsamen Umgang belohnen und die

Zu meiner Person

Alles begann vor etwa 28 Jahren, als ich mich dazu entschlossen hatte, eine Ausbildung zum Koch zu absolvieren. Dort habe ich im Laufe meiner Karriere in der Gastronomie gesehen was alleine in der Gastronomie an Nahrungsmitteln entsorgt wird. Ich selbst kämpfe schon seit mehr als 20 Jahren gegen diese Wegwerf-Gesellschaft. Ich habe außerdem viele Schulprojekte durchgeführt.

Es hat sich gelohnt, denn im September 2011 lernte ich Valentin Thurn, Filmregisseur und Buchautor von „Taste The Waste“ kennen. Wir bestritten zusammen einige Kochevents und dadurch bekam ich im April 2012 eine Einladung von Frau Drobinski-Weiß, MdB-Mitglied der SPD Fraktion als Sachverständiger im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Bundestags in Berlin zum Thema Lebensmittelverschwendung, die ich dankend annahm. Jetzt hatte ich endlich die Möglichkeit, das Thema Lebensmittelverschwendung nach ganz oben weiterzugeben und bin mit dem, was mich Jahrzehnte lang schwer belastet hat, auf offene Ohren gestoßen. Und seit diesem Tag weiß ich, dass der „Globale Wegwerf-Wahnsinn“ für mich zur Berufung wurde und ich nicht ruhen werde, diesen an die Öffentlichkeit zu bringen.

Ich habe mit meinen 45 Jahren schon viele Schicksalsschläge hinter mir, aber den Glauben an Gott habe ich niemals verloren! Denn seit ich weiß, was in unserer Gesellschaft passiert, bekommen die Todsünden (Sprüche 6:16-19) für mich eine ganz andere Bedeutung. „Völlerei“, die sechste Todsünde, ist für mich mittlerweile die schlimmste der 7 Todsünden des einundzwanzigsten Jahrhunderts.

Auch der Satz „Unser tägliches Brot gib uns heute“ aus dem bekanntesten Gebet des Christentums, dem „Vater unser“ (Mt 6,9-13 und Lk 11,2-4), den ich bereits als Kind auswendig lernen musste, entfaltet vor diesem Hintergrund seine volle Wirkung. Dieser kleine Satz, der täglich millionenfach gebetet wird, ist für mich ein Zeichen dafür, dass Gott uns alle darauf aufmerksam machen möchte, dass wir mit unseren Gütern wie Brot, Getreide, Obst, Gemüse usw. gewissenhaft und mit Liebe umgehen.

angefallenen Müll in allen Produktionsstufen sanktionieren ebenso, wie preislich angepasste Mengenangebote des Handels. Es darf nicht toleriert werden, dass es günstiger ist eine halbe Packung wegzuwerfen, als gleich eine kleine Packung zu kaufen (vgl. Lorient „Papa ante Portas“).

7. Gesundheits- und Haushaltsmanagement als Bildungs- und Erziehungsaufgabe muss zwingend umgesetzt werden. Nur über die frühzeitige Vermittlung von Wissen über die Wichtigkeit vom richtigen Umgang mit Lebensmitteln und den Wert einer gesunden Ernährung kann ein nachhaltiges Umdenken im Verbraucherverhalten erreicht werden.

Wenn jeder von uns einen kleinen Teil dazu beiträgt und nachhaltiger mit Rohstoffen wie Energie, Trinkwasser und ganz besonders mit unseren Lebensmitteln umgehen würde, könnten wir alle gesünder und vitaler leben. Wir leben aber leider noch in der Generation, die sich Wegwerfgesellschaft nennt. Unsere Politiker sind machtlos gegen die weltweit führende Lebensmittel-

dustrie und gegen das Elend, welches die Menschen, die wegen unserer verschwenderischen Gesellschaft hungern und menschenunwürdig leben, erleiden. Und nur weil wir alle egoistisch und pervers sind, müssen Millionen von Kindern durch Unterernährung und Hunger sterben.“

Autor

Michael Schieferstein
FoodFighter



Nachhaltigkeit – ein inflationärer Begriff

„Nachhaltigkeit“ ist weit verbreitet. Wer das Wort in eine Suchmaschine eingibt, erhält rund 14 Millionen Treffer. Kaum ein Verb lässt sich nicht mit dem Adverb nachhaltig, kaum ein Substantiv nicht mit dem entsprechenden Adjektiv kombinieren. Wir bauen, denken, investieren, publizieren, kommunizieren, reisen, predigen oder heiraten nachhaltig. Wir sprechen von nachhaltigem Design, nachhaltigem Investment, nachhaltigem Urlaub oder Konsum, nachhaltigem Kaffee oder Wein, von nachhaltigem Mittelstand oder nachhaltiger Wirtschaft. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Der Begriff scheint abgegriffen und missbraucht. Seine inflationäre und teilweise sinnentstellende Verwendung entwertet ihn einerseits, ist auf der anderen Seite aber auch Zeichen dafür, dass sich dem dahinter stehenden Anspruch niemand völlig entziehen kann. Bezeichnet er doch nichts weniger als das Leitprinzip einer auf Zukunftsfähigkeit ausgerichteten, menschlichen und gesellschaftlichen Entwicklung auf unserem Planeten.



Nachhaltigkeit – ein politischer Begriff

Erst 1968 begann die Epoche der Erdpolitik, in der Nachhaltigkeit zum Leitbild wurde. Pflanzenschutzmittel, die im Fettpolster antarktischer Pinguine gefunden wurden, Ölteppiche an weißen Stränden und aufrüttelnde Bücher wie Rachel Carsons „Der stumme Frühling“ brachten die Welt zum Umdenken.

Zugleich löste das berühmte Foto der Apollo 8 Mission der über dem Mond aufgehenden Erde („Earthrise“) eine völlig neue Wahrnehmung für den blauen Planeten als empfindliches und geschlossenes System aus. Das Bild vom „Raumschiff Erde“ entstand.

1972 erschien die im Auftrag des Club of Rome erstellte Studie „Die Grenzen des Wachstums“, die die begrenzte Tragfähigkeit unserer Erde mit Hilfe von Simulationen nachwies und den Kollaps bei unverändertem Verhalten prognostizierte.

Im gleichen Jahr wurde in Schweden die erste internationale Konferenz über die menschliche Umwelt einberufen. Think globally, act locally – das Motto verdanken wir dieser ersten Weltkonferenz.

1980 war die Geburtsstunde des Begriffs „sustainable development“. Als eine Folge der Stockholmer Konferenz wurde die Weltnaturschutzstrategie und mit ihr die bewusst gewählte Wortverbindung vorgestellt.

1987 brachte die Brundtlandformel den Nachhaltigkeitsgedanken auf einen globalen Punkt: „Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, welche den Bedürfnissen der gegenwärtigen Generationen entspricht, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.“

1989 beschloss die UN Vollversammlung die Einberufung einer Weltkonferenz über Umwelt und Entwicklung. 20 Jahre Erdpolitik sollten umgesetzt werden. Schauplatz sollte das „Grüne Herz“ des blauen Planeten sein: Brasilien.

Schnell war klar, dass die Kluft zwischen den einzelnen Ländern der Erde seit Stockholm noch nicht ausreichend klein geworden ist. Dennoch, sustainable development – Nachhaltigkeit – wird mit der Rio-Konferenz 1992 endgültig zum globalen Leitbild.

Entstehung des Begriffs in der Forstwirtschaft

Aber woher stammt dieser Begriff, wo wurde dieses Prinzip eigentlich entwickelt?

Nachhaltigkeit ist ein Kind der Katastrophe. Holz ist zu Beginn des 18. Jahrhunderts Hauptbaustoff und Energieträger. Es wird benötigt, um Schmelzöfen und Hammerwerke zu betreiben oder Gruben abzustützen, es ist Grundlage für Staatseinkommen und Wohlstand. Die extreme Übernutzung der Wälder hat zu kahlen Landschaften geführt. Die Preise für Holz steigen ins Astronomische. Kälte und Hunger bedrohen die Menschen. Der fehlende Rohstoff Holz gerät zur existenziellen Bedrohung. Holznot wird zum zentralen Problem.

Ein Problem, dessen sich in Sachsen der für die Wälder verantwortliche oberste Bergmann, Hans Carl von Carlowitz annimmt.

1713 – also vor genau 300 Jahren – präsentiert er seine Lösung auf der Ostermesse (Vorgängerin der heutigen Buchmesse) in Leipzig: ein 450 Seiten starkes Buch, die „Sylvicultura oeconomica“ oder „Naturgemäße Anweisung zur Wilden Baum-Zucht.“

Erstmals stellt er darin die Forderung nach einer nachhaltenden Nutzung auf und schöpft hierfür einen eigenen Begriff – „nachhaltend“.

Continuität und Pfléglichkeit sind die Schlüsselwörter des Werkes und doch scheinen diese Begriffe von Carlowitz nicht ausreichend. So sucht er weiter und formuliert in seinem Buch das neue Wort:

„Wird derhalb die größte Kunst, Wissenschaft, Fleiß, und Einrichtung hiesiger Lande darinnen beruhen, wie eine sothane Conservation und Anbau des Holzes anzustellen, daß es eine kontinuierliche beständige und nachhaltige Nutzung gebe, weiln es eine unentbehrliche Sache ist, ohnewelche das Land in seinem Esse nicht bleiben mag.“

Der Autor hat mit diesen Zeilen erstmals den Begriff nachhaltig oder nachhaltigend in der deutschen Sprache ge-



**Sie finden
Nachhaltigkeit
modern?**

**Wir auch –
seit 300 Jahren.**

**FORSTWIRTSCHAFT
IN DEUTSCHLAND**
Vorausschauend aus Tradition



prägt und damit den Grundstein für dessen Karriere gelegt. Sein Buch gilt als erste geschlossene Darstellung der Forstwirtschaft in Deutschland, es ist Ausgangspunkt und Grundstein einer auf wissenschaftlichen Grundlagen basierenden, nachhaltigen Waldbewirtschaftung. Es markiert die Geburtsstunde einer geregelten Forstwirtschaft.

Carlowitz ist ein Vordenker. Wenn seine Anweisungen auch häufig auf die einfache Formel reduziert werden, dass maximal so viel Holz geschlagen werden dürfe, wie nachwachsen könne, reicht sein Werk weit darüber hinaus - bis hin zur Kritik an einem auf kurzfristigen Gewinn ausgerichteten Denken.

Auch vor dem Hintergrund der heutigen Energiewende lesen sich seine damaligen Erkenntnisse erstaunlich aktuell.

„Die grossen Stuben und Zimmer so wohl bey Reichen als armen fressen auch viel Brenn-Holtz weg, sonderlich wenn solche bey den Armen Bauers-Leuten nicht wohl verwahret, daß keine Wärme drinnen bleibet, sondern der Windt bey denen übelvermachtten Decken, Thüren, Fenstern und Rissen der Wände aller Orten durchdringet ein und ausgehet ..“

„Nicht weniger contribuieret zu diesem Holtzmangel auch das viele an manchen Orten auf dem Heerde unnöthigerweise brennende Küchen-Holtz, da oftmahls dasselbe mehr kostet als die dabei bereitete Speise werth ist.“

Nachhaltigkeit in Rheinland-Pfalz

Seit 13 Jahren gibt es eine Nachhaltigkeitsstrategie in Rheinland-Pfalz. Die Nachhaltige Entwicklung ist zum Leitbild einer zukunftsfähigen Politikgestaltung geworden. Klimawandel, Energie, Rohstoffe, Biodiversität und Demografie zählen heute zu den zentralen Herausforderungen - allesamt wichtige Dimensionen nachhaltiger Entwicklung. Nachhaltigkeit wird in den rheinland-pfälzischen Wäldern durch das Konzept der multifunktionalen und naturnahen Forstwirtschaft sichergestellt.

Dieses Konzept erlaubt es, auf die sich verändernden Ansprüche der Gesell-

schaft flexibel zu reagieren. Das Oberziel besteht folgerichtig darin, den höchst möglichen gesellschaftlichen Gesamtnutzen aus allen Leistungen der Wälder zu erzeugen.

Das ökologische Niveau der rheinland-pfälzischen Wälder ist hoch. Die Ziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie werden im Staatswald konsequent umgesetzt. Zu den konkreten Schritten zählt aktuell die landesweite Umsetzung eines Biotopbaumkonzeptes oder auch die Einrichtung des ersten Nationalparks im Land.

Der Wald als Erholungsraum genießt bei Einheimischen und Gästen hohe Wertschätzung. Die Tourismusstrategie des Landes setzt auf unsere walddgeprägten Landschaften.

Holz ist der Nachhaltigkeitsrohstoff Nr. 1. Er steht am Anfang einer volkswirtschaftlich bedeutsamen Wertschöpfungskette. Die Nutzung und Verwendung von Holz aus naturnaher Waldbewirtschaftung sichert die Wirtschafts- und Arbeitsplatzfunktion unserer Wälder vor allem in ländlich geprägten Räumen.

Die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder wird durch europäische und internationale Zertifizierungssysteme überprüft und dokumentiert. Im Staatswald ist auch die stufenweise FSC-Zertifizierung inzwischen mit Erfolg umgesetzt.

Jubiläumsjahr der Forstwirtschaft

Das Jahr 2013 ist besonders geeignet, der Ideengeschichte von Nachhaltigkeit einmal auf den Grund zu gehen. Das Erscheinen der *Sylvicultura oeconomica* vor 300 Jahren ist Anlass für ein Jubiläumsjahr, das in der Forstwirtschaft deutschlandweit begangen wird, aber auch darüber hinaus Aufmerksamkeit erfährt. Pünktlich zur diesjährigen Buchmesse in Leipzig ist eine wissenschaftlich kommentierte Neuauflage des Werkes - in moderner, gut lesbarer Typographie - erschienen.

In Rheinland-Pfalz hat Forstministerin Ulrike Höfken am 20. März im Haus der Nachhaltigkeit in Johanniskreuz den of-

fiziellen Startschuss für das Jubiläumsjahr gegeben. Eine Fülle von Angeboten im Land soll den Menschen das Prinzip der Nachhaltigkeit näher bringen.

Über 300 Veranstaltungen der Forstämter werden unter das Motto des Jubiläumsjahres gestellt. Darunter eine Reihe von Waldtagen in allen Landesteilen, aber auch das zweite Trierer Waldforum Ende Oktober sowie eine Fachtagung Ende September im Haus der Nachhaltigkeit.

„Nachhaltigkeit“ ist durchgängiges Jahresthema und roter Faden der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in den Forstämtern. Auch die Angebote der waldbezogenen Umweltbildung, angefangen bei den Wald-Jugendspielen orientieren sich hieran.

Unmittelbar im Wald sind zum ersten Mal großformatige, einfache „Bilderrahmen“ geplant, die den Blick auf Zeichen nachhaltiger Forstwirtschaft (vom Voranbau junger Buchenpflanzen bis zum greisen Biotopbaum) lenken.

Die Hochschulen sind eingeladen, sich in Ringvorlesungen mit Fragen der Nachhaltigkeit auseinanderzusetzen. Der Deutsche Forstwirtschaftsrat lobt einen Nachhaltigkeitspreis für entsprechend profilierte Bachelor- und Masterarbeiten sowie für Gesellen- und Meisterstücke in Handwerksberufen aus.

In Zusammenarbeit mit dem pädagogischen Landesinstitut ist ein Schuldiskurs Nachhaltigkeit geplant, bei dem auch die Diskussion mit Politikern und Politikerinnen der Region geführt werden soll.

Ein bundesweiter Ideenwettbewerb für eine Nachhaltigkeits-App soll vor allem die jüngere Generation und deren Lebenswirklichkeit ansprechen.

Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald macht sich auf die Suche nach Zeitzeugen - in Form 300 jähriger Bäume.

Verbindendes Element aller Aktivitäten und Angebote ist ein eigener Slogan. Er knüpft in der Wahrnehmung der Menschen zu dem vermeintlich „modernen“ Begriff der Nachhaltigkeit an. Mit einem

Augenzwinkern führt er zu dessen Ursprung in der jungen Forstwirtschaft Deutschlands vor 300 Jahren. Die inflationäre Anwendung der Vokabel wird angedeutet. Gleichzeitig wird zum Ausdruck gebracht, dass Nachhaltigkeit seit 300 Jahren ein zentrales und unabdingbares Leitbild forstlichen Handelns ist.

Informationen

Informationen und Termine - auch zu den Wettbewerben - finden sich im Internet unter www.forstwirtschaft-in-deutschland.de.

Für Infos zum Wald in Rheinland-Pfalz und zu den hiesigen Aktivitäten im Jubiläumsjahr werden die Waldseiten von Landesforsten unter www.wald-rlp.de empfohlen.

Autor

Ralf Laux

Referent öffentliche Kommunikation und Umweltbildung, Umweltministerium Rheinland-Pfalz



Bürgerenergiegenossenschaften sind eine wichtige Säule der Energiewende. Bundesweit sind über 80.000 Bürger in ca. 600 Energiegenossenschaften organisiert. Sie haben mehr als 800.000.000,- Euro in Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien investiert.



Ministerpräsidentin Malu Dreyer mit Jutta Thierfelder, Christoph Würzburger, Dr. Verena Ruppert, Dietmar von Blittersdorff und Dr. Michael Coridaß bei der Einweihung der Geschäftsstelle des Landesnetzwerks Bürgerenergiegenossenschaften

Genossenschaften stellen die Form der Bürgerbeteiligung dar, die das meiste Mitspracherecht für die Beteiligten gewährleistet. Zudem bieten sie durch die Verpflichtung zur regelmäßigen Prüfung durch einen Prüfungsverband eine größtmögliche Insolvenzsicherheit.

Durch die sehr demokratische Struktur - ein Kopf, eine Stimme - können Bürgerinnen und Bürger großen Einfluss auf die Aktivitäten ihrer Energiegenossenschaft ausüben. Dabei kann sich jede/r schon mit einem vergleichsweise geringen Betrag beteiligen und so von der Stromerzeugung profitieren. Diese Teilhabe trägt erheblich zur Akzeptanz der Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien bei. Die Genossenschaften sind in ihrer Region verankert, das

bedeutet dass die Region direkt und indirekt von den Investitionen ihrer Bürgerinnen und Bürger profitiert. Nicht Investoren von außerhalb schöpfen den Gewinn ab, die Wertschöpfung bleibt in der Region. Da vor Ort in Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien investiert wird, tragen Energiegenossenschaften wesentlich zur Dezentralisierung und Demokratisierung der Energieerzeugung bei. Die Energie wird da erzeugt, wo sie verbraucht wird.

Jede Energiegenossenschaft in Rheinland-Pfalz hat bislang mehr oder weniger für sich gearbeitet, mit immer wieder ähnlichen Problemen und Fragestellungen. Auch ist es für eine einzelne Energiegenossenschaft schwer, ein großes Projekt wie beispielsweise den

Bau einer oder mehrerer Windkraftanlagen oder gar eines ganzen Windparks zu stemmen. Sie kann mit den professionellen Akteuren auf diesem Markt praktisch nicht konkurrieren. Aus diesen Gründen wurde im März 2012 der Verein Landesnetzwerk BürgerEnergieGenossenschaften Rheinland-Pfalz e.V. (LaNEG e.V.) von 12 Gründungsmitgliedern ins Leben gerufen. Seit November 2012 ist der Verein eingetragen und als gemeinnützig anerkannt. Inzwischen ist die Mitgliederzahl auf 20 gewachsen. Mitglieder sind außer Energiegenossenschaften das Netzwerk „Energiewende jetzt“ und der Genossenschaftsverband Neu-Isenburg.

Ziele und Aufgaben des Landesnetzwerks sind insbesondere:



Dr. Petra Gruner-Bauer, Dietmar von Blittersdorff, Dr. Verena Ruppert

- Bündelung und Stärkung der Interessen der Energiegenossenschaften
- Den Erfahrungsaustausch unter den Energiegenossenschaften
- Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit
- Erschließung neuer Geschäftsfelder für die Genossenschaften.
- Professionalisierung und Fortbildung der Vorstände und Aufsichtsräte
- Unterstützung von Neugründungen, Beratung
- Vernetzung mit anderen Akteuren der Energiewende

Einige Zahlen:

Die Mitgliedsgenossenschaften hatten zum 31.12.2012 2344 Mitglieder (natürliche Personen) und 130 juristische Mitglieder (hpts. Kommunen, auch Unternehmen). Die installierte Leistung betrug knapp 12 MW, davon ca. 5,3 MW in drei Freiflächenanlagen, d.h. aber auch, dass 6,7 MW in Form von Dachanlagen installiert sind. Das Gesamtinvestitionsvolumen betrug rd. 27,4 Mio Euro, davon knapp 8 Mio Euro Eigenmittel und 19,4 Mio Euro Fremdkapital.

Bereits 2010/2011 hatte durch das Pilotprojekt der Ausbildung von Projektentwickler/innen für Energiegenossenschaften, das durch die Landeszentrale für Umweltaufklärung gefördert

wurde, die Entwicklung der Energiegenossenschaften im Land einen deutlichen Schub erhalten (nähere Informationen unter: www.energiegenossenschaften-gruenden.de). Die finanzielle und ideelle Förderung beim Aufbau des LaNEG e.V. durch das Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz setzt die Unterstützung der Energiegenossenschaften im Land verstärkt fort. Auch Ministerpräsidentin Malu Dreyer ließ sich anlässlich eines Besuchs in der Geschäftsstelle ausführlich über das Landesnetzwerk und die Energiegenossenschaften informieren.

Das Landesnetzwerk Bürgerenergiegenossenschaften Rheinland-Pfalz e.V. ist Vorreiter für die Vernetzung von Energiegenossenschaften. In keinem anderen Bundesland gibt es einen in dieser Form institutionell eingerichteten Ansprechpartner sowohl für die Energiegenossenschaften als auch als Vertretung der Energiegenossenschaften. Das Interesse aus anderen Bundesländern ist groß. Auch gibt es Bestrebungen, ein bundesweites Netzwerk zu gründen, bei dem das rheinland-pfälzische Modell mit einem Zusammenschluss von „unten“ und dessen Unterstützung und Förderung durch die Landesregierung, als Vorbild dienen könnte.

Kontakt:

Landesnetzwerk
Bürgerenergiegenossenschaften
Rheinland-Pfalz e.V. (LaNEG e.V.)
Diether-von-Isenburg-Str. 9-11
55116 Mainz
06131-6939558
ruppert@laneg.de
www.laneg.de

Autor

Dr. Verena Ruppert
Vorstand und Geschäftsführung
Landesnetzwerk
Bürgerenergiegenossenschaften



FÜR EINE ENERGIEWENDE IN BÜRGERHAND: 100%. DEZENTRAL. GERECHT. Dies fordert die Kommunikationskampagne „Die Wende – Energie in Bürgerhand“. Die Initiatoren wollen herausstellen, dass der Erfolg der Energiewende auf bürgerschaftlichem Engagement beruht.



Die Kampagne will die wahren Träger der Energiewende zeigen. „Wir wollen dem ‚heimlichen Riesen‘ Bürgerenergie eine starke Stimme geben, den Tausenden von Bürgerinnen und Bürgern, die gemeinsam die lokale und regionale Energiezukunft gestalten und dezentral in erneuerbare Energien investieren“, sagt Dietmar von Blittersdorff vom Netzwerk „Energiewende Jetzt“.

Getragen wird die Kampagne vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der GLS Bank Stiftung, dem Netzwerk „Energiewende Jetzt“, der Bürgerenergie Berlin, der 100 Prozent erneuerbar stiftung und der Haleakala Stiftung. Bundesweit unterstützen über 40 Partner die Aktionen für die Energiewende in Bürgerhand, darunter sind die Deutsche Umwelthilfe und der Deutsche Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V. Die Initiatoren wollen erreichen, dass bei den Verhandlungen über die Zukunft der Energiewende in Berlin die Interessen der Akteure vor Ort gebührend berücksichtigt werden.

Die Bürger tragen die Energiewende

Bürgerinnen und Bürger produzieren mehr als die Hälfte der Erneuerbaren Energien und investieren in nachhaltige Wärme und Energieeffizienz. Überall dort, wo sie mitentscheiden und auch mitverdienen, gibt es die größte Akzeptanz und die größte Dynamik beim Umbau des Energiesystems.

„Die aktuelle Politik der Bundesregierung – Stichworte Strompreisbremse und sogenannte Reformvorschläge für das Erneuerbare-Energien-Gesetz – droht die Energiewende in Deutschland abzuwürgen“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger zum Start der Kampagne. „Negative Auswirkungen gibt es nicht nur für konkrete Projekte, sondern auch für die Akzeptanz der Energiewende.“ In der öffentlichen Diskussion werde das Großprojekt eindimensional auf Kosten reduziert, anstatt den Gewinn zu betonen: Eine sichere, klimafreundliche und ökologische Energieversorgung. „Die Energiewende belebt zudem gesellschaftliche Werte wie den einer Gemeinwohlorientierung, die stärker ins öffentliche Bewusstsein gehören, ergänzt Lukas Beckmann, Vorstand der GLS Bank Stiftung.

Vorfahrt für Energie in Bürgerhand

Mit einer gemeinsamen Energiewende-Charta sollen sich möglichst viele Menschen, Gruppen und Organisationen zur Energiewende in Bürgerhand bekennen. Die Charta kann man bequem online auf www.die-buergerenergie.de/ unterzeichnen. Bis Mitte Mai waren es schon über 11.000 Personen. Die Kampagne fordert auch alle Direktkandidaten für den Bundestag auf, die Charta zu unterzeichnen. Vor der Bundestagswahl werden die Unterschriften den Spitzenkandidatinnen der Parteien übergeben.



Dr. Verena Ruppert, Dietmar von Blittersdorff, Prof. Dr. Hubert Weiger, Fabian Zuber, Dr. René Mono, Lukas Beckmann, Luise Neumann-Cosel bei der Eröffnung der Kampagne „Energie in Bürgerhand“

Sich als Energiebürger zeigen

In vielen dezentralen Aktionen sollen die Energiebürger zeigen, dass sie sich für eine Energiewende in Bürgerhand engagieren. Die Webauftritt bietet die Plattform, den eigenen Beitrag zur Energiewende vorzustellen: die eigene Genossenschaft, das Solardach, den Ökostromvertrag usw.

Bis zur Bundestagswahl werden MdB-Kandidaten sowie politische Entscheider mit den Forderungen der Energie in Bürgerhand konfrontiert: Mit Briefen, der Übergabe der Energiewende-Charta, mit Gesprächen, Veranstaltungen usw. Den Abschluss bildet eine zentrale Aktion zu den Koalitionsverhandlungen in Berlin mit Energiebürgerinnen und -bürgern aus ganz Deutschland.

Für die Aktionen stellt die Kampagne kostenfrei vielfältige Informations- und Aktionsmaterialien bereit: Plakate, Banner, Flyer, Charta, Buttons usw., Vorlagen für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, einen Aktionsleitfaden sowie Tipps zu den Aktionen. Wer sich auf dem Laufenden halten will über Aktivitäten der Kampagne, kann online einen Newsletter abonnieren

Kontakt

„Die Wende – Energie in Bürgerhand“
Kampagnenbüro
Wrangelstr. 100 10997 Berlin
Telefon: 030/814 526-4444 E-Mail:
info@die-buergerenergiegewende.de



Autor

Rainer Lange
macht die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für das Netzwerk „Energiewende jetzt“, das die Gründung, Entwicklung und Vernetzung von Energiegenossenschaften unterstützt. www.energiegenossenschaften-gruenden.de



Vegetarische Ernährungsformen werden in den westlichen Industrienationen immer beliebter. Auch etwa acht Prozent der deutschen Bevölkerung ernähren sich fleischlos. Viele Vegetarier oder Personen, die vermehrt auf Fleisch verzichten, setzen sich sehr stark mit ihrer Ernährung auseinander. Sie ernähren sich ökologisch bewusst, oftmals wird dabei auch der Kauf von Bio-Produkten bevorzugt und auf Regionalität und Saisonalität der Produkte geachtet.



Uta Voigt, Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz e.V.

Dabei gibt es sehr unterschiedliche Gründe Vegetarier zu sein oder auf Fleisch an einem Tag in der Woche zu verzichten. Oftmals geschieht dies aus Rücksicht auf Tiere, aus Gesundheitsgründen oder auch zum Schutz der Umwelt.

Im Allgemeinen werden mindestens drei verschiedene Formen des Vegetarismus unterschieden:

Vegan: Der Fokus liegt bei ausschließlich pflanzlicher Kost. Auf den Verzehr von tierischen Stoffen oder tierischen Produkten in der Nahrung wird verzichtet. Hierbei gilt auch Honig als tierisches Produkt.

Lakto-vegetabil: Pflanzenkost ergänzt durch Milch und Milchprodukte

Ovo-lakto-vegetabil: Pflanzenkost mit Milch, Milchprodukten und Eiern

Die ersten Berichte des antiken Vegetarismus liefert eine religiöse Gemeinschaft bereits im 6. Jh. v. Chr., genannt die Orphiker. Durch ihren Wunsch der „Befreiung der Seele“ traten sie für Askese und Enthaltsamkeit ein und vermieden auch Fleisch, Eier und Wolle.¹

Die Anhänger des Pythagoras (Philosoph und Mathematiker ca. 570 - 500 v. Chr.) fanden durch religiöse Motive zur fleischfreien Ernährung. Ob Pythagoras selbst allerdings konsequent vegetarisch gelebt hat, geht aus den historischen Quellen nicht eindeutig hervor.²

Wie dem auch sei, es wurde von Pythagoras das Zitat überliefert: „Alles, was der Mensch den Tieren antut, kommt wieder auf den Menschen zurück“.

Die vegetarische Lebensweise wurde unabhängig von der ungeklärten Befolgung durch den großen Philosophen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts als Pythagoräismus bekannt.¹

Der heutige Begriff Vegetarismus stammt aus dem lateinischen „vegetare“ und bedeutet „leben“ oder „wachsen“.

VeggieDay- Nachhaltige Ernährung in Rheinland-Pfalz

Die VeggieDay-Initiative gibt es nun auch in Rheinland-Pfalz! Gemeinsam mit Partnern soll das Angebot vegetarischer Gerichte in der Gemeinschaftsverpflegung gesteigert werden.

Das Kooperationsprojekt vom Naturschutzbund -Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. (NABU), dem Entwicklungspolitischen Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz e.V. (ELAN) sowie der Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz regt zu einem gesunden, nachhaltigen, umweltverträglichen und global gerechten Ernährungsverhalten an und baut für interessierte Einrichtungen und Einzelpersonen Angebote auf.

Maßnahmen zur Einführung eines vegetarischen Tages in Gemeinschaftsverpflegungen und Gastronomie sowie Bildungsarbeit zur nachhaltigen Ernährung werden entwickelt und Kenntnisse zum Themenschwerpunkt nachhaltige Ernährung vermittelt.

Der „VeggieDay“ ist ein Angebot, an einem Tag in der Woche auf Fleisch zu verzichten und verstärkt Obst und Gemüse anzubieten. Der VeggieDay soll insbesondere in Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung (Schulen, Kin-

dertagesstätten, Mensen, Kantinen, Seniorenheime, Kliniken, Restaurants etc.) etabliert werden. Somit kann eine große Anzahl an Konsumenten beim Außer-Haus-Verzehr erreicht werden. Mit dem Aufbau eines neuen wöchentlichen Rituals für mehr vegetarische Ernährung aus regionalem und ökologischem Anbau soll eine Sensibilisierung für die Folgen des hohen Fleischkonsums aufgebaut werden.

Der derzeitige Fleischkonsum unserer Gesellschaft hat negative Auswirkungen auf: Klima, Gesundheit, globale Ernährung, Tier- und Artenschutz, Wasserhaushalt, Regenwälder und die Fruchtbarkeit der Böden.

Die Gesundheitsvorsorge und eine bewusste Esskultur sollen gefördert, Kenntnissen über nachhaltige und ökologische Landwirtschaft sowie über artgerechte Tierhaltung vertieft werden. Neben erweiterten Kenntnissen über Klima-, Natur- und Umweltschutz sollen in Rheinland-Pfalz nach dem Projektende vertiefte Kenntnisse über die globalen Auswirkungen des Fleischkonsums vorhanden sein. Begleitend zu den Aktionen in der Gemeinschaftsverpflegung werden Bildungsmaterialien zur Verfügung gestellt.

Die Mitarbeiterinnen des Projektes stehen für Rückfragen zur Verfügung.

Bio-Produkte

Lebensmittel aus ökologischem Anbau, also Bioprodukte, werden mit höheren Anforderungen als konventionelle Produkte hergestellt. Dabei wird auf Mineraldünger und synthetische Pflanzenschutzmittel verzichtet, eine artgerechte Tierhaltung durchgeführt, die Tiere mit ökologischen Futtermitteln ernährt und keine Gentechnik angewendet. Zusätzlich verzichtet der ökologische Anbau auf naturidentische oder künstliche Aromen und setzt keine ionisierenden Strahlen zur Haltbarmachung ein.

Die Ziele des ökologischen Landbaus sind geschlossene Kreisläufe zwischen Pflanze, Tier und Mensch. Dazu sollen möglichst wenige Nährstoffe von außen zugeführt und die Bodenfruchtbarkeit erhalten bleiben.

Projektmitarbeiterinnen

Julia Burkei

studierte Diplom Umweltwissenschaften an der Universität Koblenz-Landau, Abteilung Landau mit dem Hauptfach Biodiversität und Naturschutz. Sie arbeitet seit mehreren Jahren in der Öffentlichkeitsarbeit für den Naturschutz in Rheinland-Pfalz und konnte bereits Erfahrungen in der Bildung für nachhaltige Entwicklung sammeln. Nun betreut sie als Referentin Veggieday den Kampagnenaufbau für das Projekt und in der Gemeinschaftsverpflegung sowie die Vernetzung möglicher weiterer Kooperationspartner beim NABU Rheinland-Pfalz.

NABU Rheinland-Pfalz e.V.
Frauenlobstr. 15-19
55118 Mainz
Telefon: 06131-14039-24
Email: Julia.Burkei@nabu-rlp.de

Uta Voigt

M.A., Kommunikations- und Erziehungswissenschaftlerin, entwickelt und gestaltet seit vielen Jahren Bildungskonzepte, Veranstaltungen sowie Printprodukte und Filme zu unterschiedlichen Themen. Für das Entwicklungspolitische Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz (ELAN e.V.) ist sie als Referentin für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt ‚Veggieday‘ zuständig.

Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz e.V.
Frauenlobstr. 15-19
55118 Mainz
Email: Voigt@elan-rlp.de

Aufgrund der umweltschonenden Bewirtschaftung und des geringen Einsatzes an leicht löslichen Mineraldüngern können im Ökolandbau CO₂-Emissionen stark reduziert werden und zudem O₂ durch Humusaufbau im Boden gebunden werden. Dies schlägt sich auch in geringeren CO₂-Emissionen pro Kilogramm Produkt nieder. Bei Milch führt der im Ökolandbau praktizierte (weitgehende) Verzicht auf Soja aus Südamerika (v.a. aus Brasilien) zu geringeren CO₂-Emissionen pro kg Bio-Milch. Somit werden auch bei der Milch die geringeren Leistungen in Biobetrieben mehr als wettgemacht. Die Ergebnisse zeigen, dass durch den Kauf von Bio-Produkten die CO₂-Emissionen pro Kopf wesentlich gesenkt werden können.³



Julia Burkei
NABU Rheinland-Pfalz e.V.

Stiftung Natur und Umwelt
Rheinland-Pfalz



ENTWICKLUNGSPOLITISCHES
LANDESNETZWERK
RHEINLAND-PFALZ



Bio-Siegel

Seit dem 1. Juli 2010 müssen Bioprodukte in der Europäischen Union das europäische Bio-Logo tragen, eine Verbindung der europäischen Fahne mit einem Blatt. Nur Hersteller und Erzeuger, die die Bestimmungen der EG-Öko-Verordnung (Verordnung (EG) 834/2007) einhalten, dürfen ihre Produkte mit diesem Siegel kennzeichnen.

Verarbeitete Lebensmittel dürfen nur mit den Begriffen „bio“ oder „öko“ werben, wenn mindestens 95 Prozent der Zutaten aus ökologischer Erzeugung stammen. Welche Anteile den Ursprung „bio“ haben, muss eindeutig gekennzeichnet sein. In der Regel geschieht dies durch Fußnoten zur Zutatenliste.

Anbauverbände

Neben dem europäischen Siegel findet der Verbraucher weitere Logos auf Bioprodukten- über 100 Siegel und Zeichen kennzeichnen eine biologische Produktion. Bekannt sind dabei die Anbauverbände Bioland, Demeter und Naturland. Die darunter vereinigten landwirtschaftlichen Betriebe verpflichten sich freiwillig zu höheren ökologischen Standards als das EU-Bio-Siegel fordert.

Regional und saisonal einkaufen

Beim Wareneinkauf zusätzlich auf die Herkunft zu achten, nutzt der Gesund-

heit, schont Ressourcen und hilft beim Klimaschutz. Regionale Produkte sind in der Regel frischer, da sie nicht weit transportiert werden müssen.

Weite Transportwege per LKW oder Flugzeug verbrauchen viel Energie und fördern den Klimawandel. So benötigt zum Beispiel der Transport von Äpfeln per Schiff aus Chile 12-mal mehr Energie als heimische Ware, entscheidend sind die unterschiedlich langen Transportwege. Extrem schädlich ist der Transport per Flugzeug: Bei der Luftfracht liegt der Energieverbrauch 520-mal höher. Selbst gekühlt eingelagerte Äpfel aus der Region sind Überseeimporten eindeutig vorzuziehen. Zudem werden lokale Anbieter unterstützt und Arbeitsplätze in der Region erhalten. ⁴

Der Einkauf von saisonalen Produkten bedeutet, bei frischem Obst und Gemüse solche Arten auszuwählen, die in unserer Klimazone während der aktuellen Saison ausreifen können.

In dieser Zeit sind sie nährstoffreicher und in der Regel eine bessere Wahl für das Haushaltsbudget als Flugware aus dem Ausland. Wenn Obst und Gemüse in der Hochsaison gekauft werden, ist dies aufgrund des großen Angebots preisgünstiger.

Of ist vor Ort auch die Schadstoffbelastung geringer als bei Waren aus dem Ausland.⁴

Zahlreiche Initiativen und Programme machen es Verbrauchern inzwischen einfacher, sich mit regionalen und saisonalen Lebensmitteln zu versorgen. In Rheinland-Pfalz sind bereits etliche Herkunftsmarken ins Leben gerufen worden.

Weitere Informationen bietet die Informationsseite zum Regionalmarkt des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz: <http://regionalmarkt.rlp.de/>

Viele Organisationen bieten zudem Saisonkalender zum Download an. Dort finden sich Obst- und Gemüsesorten, die nach Jahreszeit sortiert vor Ort zu erwerben sind.

Einige beliebte Obstsorten wie zum Beispiel Orangen und Mangos müssen allerdings zwangsläufig aus dem Ausland importiert werden. Beim Kauf solcher Produkte sollten auf biologischen Anbau und fair gehandelte Ware geachtet werden.

Fair gehandelte Produkte leisten einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung.

Sie streben nach mehr Gerechtigkeit im internationalen Handel und wollen den benachteiligten ProduzentInnen und ArbeiterInnen – insbesondere in den südlichen Ländern- eine Sicherung sozialer Rechte ermöglichen.

Bekannter Anbieter fairer Produkte ist die Organisation fairtrade.

Auswirkungen von Fleischkonsum

An mindestens einem Tag die Woche auch Fleisch zu verzichten, ist nicht nur gesund, es spart viel klimaschädliche Treibhausgase ein und schont die Ressourcen Land, Wasser, Energie und Nahrungsmittel wie Soja und Getreide.

Die Bevorzugung einer pflanzlichen Ernährung schützt vor der Entstehung zahlreicher chronischer Erkrankungen wie Herz-Kreislauf-Beschwerden, Bluthochdruck, Diabetes Typ 2 und verschiedener Krebsarten. Experten der deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) empfehlen nicht mehr als 300-600 g Fleisch pro Woche zu verzehren.⁵

Eine ausgewogene und vollwertige vegetarische Ernährung enthält alle notwendigen Nährstoffe (Eiweiße, Fette, Kohlenhydrate, Vitamine und Mineralstoffe) in ausreichender Menge. Dies gilt insbesondere auch für alle Aminosäuren, Vitamin B12, Eisen und Kalzium.⁶

Bei einem Verzicht auf Fleisch handelt es sich um die größte Möglichkeit im gesamten Ernährungssystem ökologische Belastungen zu verringern. Bis ein Tier als Steak oder Wurst auf unseren Tellern liegt, wurden enorme Mengen von Ressourcen verbraucht.

Ein Viertel der Erde dient heute allein als Weideland für Nutztiere. Dazu zählen riesige Gebiete in Südamerika, die eigens für die Nutztierhaltung und -ernährung abgeholzt wurden – und immer noch werden. Die Rodung solcher Wälder stellt auch eine große Bedrohung für die Artenvielfalt dar. Entstandene Monokulturen führen zu Bodenerosion und die Bodenfruchtbarkeit verarmt.

16 Kilo Getreide und bis zu 16.000 Liter Wasser werden für die Herstellung eines Kilogramms Fleisch benötigt.

Die gestiegene Nachfrage nach Futtermitteln hat dabei schon jetzt für erhöhte Preise bei Grundnahrungsmitteln gesorgt. Wasserknappheit und verstärkter Hunger in vielen Teilen der Erde sind die Folgen des gestiegenen Ressourcenverbrauchs.

Die „Food and Agriculture Organization“ der Vereinten Nationen schätzte 2006, dass 18 Prozent der CO₂-Emissionen auf die Fleischproduktion entfallen – und lediglich 13 Prozent auf den weltweiten Transportverkehr. Auch der Aspekt des Tierschutzes im Zusammenhang mit der Massentierhaltung ist nicht zu vernachlässigen. Über eine Milliarde Tiere werden jedes Jahr in Deutschland zu Ernährungszwecken getötet.⁷

Links zum Thema

www.tk.de/centaurus/servlet/contentblob/48666/Datei/63510/TK-Broschue-re-Ernaehrung.pdf
www.bfeoe.de/eif_0507_130_137_1U.pdf
www.welt.de/wissenschaft/article/13587870/Ein-Drittel-aller-Nahrungsmittel-vergammelt.html
www.eupopp.net/documents.html
www.oeko.de/presse/pressemitteilungen/dok/1178.php
www.bmu.de/themen/wirtschaft-produkte-ressourcen/produkte-und-umwelt/produktbereiche/lebensmittel/

Autorin

Julia Burkei
NABU Rheinland-Pfalz e.V.

1] Leitzmann, Claus (2007): Vegetarismus. Grundlagen, Vorteile, Risiken. 2. akt. Aufl. München: Beck.

2] Dierauer, Urs (2001): Vegetarismus und Tierschonung in der griechisch-römischen Antike. In: Vegetarismus. Zur Geschichte und Zukunft einer Lebensweise.

Hg. v. Linnemann, Manuela und Schorcht, Claudia. Erlangen: Fischer S. 9 - 72. (Tierrechte-Menschenpflichten, Bd. 4)

3] http://www.fibl.org/fileadmin/documents/de/oesterreich/arbeitschwerpunkte/Klima/Klimabilanz_bio_konv_Vergleich_0912.pdf

4] <http://www.dlr.rlp.de/Internet/global/themen.nsf/0/D58A32E6A3826437C1257727004728C8?OpenDocument>

5] 10 Regeln der DGE <http://www.dge.de/pdf/10-Regeln-der-DGE.pdf>

6] ADA-Studie: Position of the American Dietetic Association: Vegetarian Diets. J Am DietAssoc. 2009;109:1266-1282

7] <http://www.nabu.de/oekologischleben/essenundtrinken/fleischkonsum/13310.html>

Essen – was wir essen, wie wir essen, wo wir essen, mit wem und warum – scheint unsere ganz persönliche und rein private Angelegenheit zu sein. Wie politisch das Private in Bezug auf das Essen ist, ist uns zumeist nicht bewusst. Doch unsere Ernährungsstile sind nicht voraussetzungslos. Sie sind – neben einigen biologischen Einflüssen – wesentlich vom gesellschaftlichen Umfeld bestimmt, in dem wir aufwachsen und leben.



Im 20. Jahrhundert hat sich in den westlichen Ländern ein System der industriellen Erzeugung, Verteilung und Konsumtion von Nahrungsmitteln entwickelt, das selbstzerstörerisch ist. Ein System des Zuviel: Wir produzieren zu viele Lebensmittel, werfen zu viel davon weg. Wir essen Lebensmittel, die uns nicht gut tun, und davon zu viel. Die „western diet“ verbraucht ein Zuviel an Ressourcen: Boden, Wasser, fossile Energie. Und hinterlässt ein Zuviel an Belastungen: für die Umwelt, das Klima und unsere Gesundheit. Nicht nur bei uns, sondern weltweit. Und unser Übermaß baut auf dem Hunger und der Armut des globalen Südens auf.

Eigentlich ist uns all dies bewusst und doch gelingt es nicht, das Ernährungssystem nachhaltiger auszurichten. Staatliche Regulierungen beschränken sich auf einzelne Auswüchse. Empfehlungen und Appelle stoßen auf verhaltene Resonanz. Ernährungspolitik gerät leicht in den Verdacht der Moralisierung und Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger und gilt als politisch brisant.

Woran liegt das? Schließlich haben wir doch immerhin gelernt, öfter das Rad statt das Auto zu nutzen. Und wir geben uns Mühe, die Umwelt und das Klima nicht durch sinnlosen Energieverbrauch zu belasten. Essen funktioniert anders: Ernährungsstile sind tief in unserer Lebenserfahrung verwurzelt. Essen bereitet uns Freude und Lust, Gewohnheiten geben uns Halt im Alltag, verschaffen Trost, Befriedigung und Kompensation. Das macht eine Veränderung der Esskultur so schwierig.

Um so interessanter sind gesellschaftliche Bewegungen, in denen sich Bürgerinnen und Bürger selbstbestimmt auf nachhaltigere Lebensstile hin orientie-

ren. So können wir aktuell beobachten, dass in vielen Industrieländern mehr und mehr Menschen den Fleischkonsum ablehnen, darunter besonders viele Jüngere. Als Gründe werden neben der Massentierhaltung vor allem die Umwelt- und Klimafolgen der Fleischproduktion ebenso wie gesundheitliche Gründe genannt.

Auch bei Slow Food geht es im Kern um den Zusammenhang von selbstbestimmten Ernährungsstilen und den Auswirkungen auf das Ernährungssystem. Eine bewusstere Praxis des Essens, die die Bedingungen und Folgen der Lebensmittelproduktion nicht ausblendet, demonstriert ganz praktisch, dass ein „Anders-Essen“ möglich ist. Slow Food sieht die Beschäftigung mit Lebensmitteln nicht als Luxus – ein Vorwurf, den gerade politisch engagierte Menschen oft erheben – sondern besteht auf der Überzeugung, dass diese ein entscheidender Faktor für eine nachhaltige Veränderung der Esskultur ist. Erst durch Ausprobieren und Schmecken, durch Geschmackserfahrungen, durch Freude am Kochen und an guten Lebensmitteln und den damit verbundenen Wissenszuwachs entwickeln sich jene kulturellen Kompetenzen, die Menschen befähigen, sich in unserer komplizierten Ernährungswelt zu orientieren – bis hin zum kulinarischen Widerstand.

Von Beginn an geht es der Slow-Food-Bewegung daher um eine Ausweitung persönlicher und gemeinschaftlicher Erfahrungen beim Essen und Trinken. Bewusster und freudvoller Genuss befähigt uns, den allgegenwärtigen Imperativen der Nahrungsmittelindustrie zu entgehen. Industrieller Gleichmacherei wird die Wertschätzung von Vielfalt entgegengesetzt, wie sie nur im

Zusammenspiel von Naturgrundlagen, bäuerlicher Landwirtschaft, Lebensmittelhandwerk und regionalen Koch- und Esstraditionen entsteht. Damit verbunden ist die Idee, gezielt jene Produzenten, Herstellungsweisen und Produkte zu fördern – und auch ökonomisch zu stärken –, die handwerklich erzeugte, umweltverträgliche und faire Alternativen zur Industrienahrung bieten.

Bereits die Ursprünge der Slow-Food-Bewegung Mitte der 1980er Jahre im norditalienischen Piemont waren von dieser Philosophie bestimmt. Die „Freunde des Barolo“, eine der Keimzellen von Slow Food, hatten sich das Ziel gesetzt, den piemontesischen Rotwein vor dem Untergang im größten Weinpanzerskandal Italiens zu retten, indem sie gezielt den Konsum von Weinen kleiner, traditionell arbeitender Winzer propagierten. Als wirksame Maßnahme erwies sich das regelmäßige Feiern von öffentlichen Festen mit viel Gesang – und gutem Wein.

Mit der Gründung von Slow Food als „Internationale des guten Geschmacks“ im Dezember 1989 in der Komischen Oper von Paris breitete sich die Idee des kulinarischen Widerstandes durch Genuss rasch aus. Heute ist Slow Food in über 150 Ländern auf allen Kontinenten präsent. Der Wertschätzung von Vielfalt und Regionalität entspricht es, dass die Organisation ihren Hauptsitz nicht in New York, Rom oder London hat, sondern in dem kleinen piemontesischen Städtchen Bra, und auch über keine straffe, zentralistische Struktur verfügt. Maßgeblich sind vor allem die regionalen Slow-Food-Gruppen vor Ort, die über ihre thematischen Schwerpunkte und Aktionsformen selbst bestimmen.

In den USA beispielsweise, wo in vielen Gegenden eine Versorgung mit unverarbeiteten, frischen und gentechnikfreien Lebensmitteln schwierig ist, unterstützt Slow Food Bauernmärkte, auf denen zumeist biologisch arbeitende Landwirte ihre Produkte im Direktverkauf anbieten. In Deutschland rettet die Slow-Food-Bewegung im Rahmen der internationalen „Arche des Geschmacks“ traditionelle Nutzpflanzensorten und alte Nutztierassen,



Verkostungsaktion mit Wein und Käse



Slow Food Mitglieder helfen auf dem Acker

aber auch regionale Spezialitäten und ihre Herstellungsweisen vor dem Verschwinden. Mit „1000 Gärten in Afrika“ in Schulen und urbanen Communities wird in verschiedenen Regionen des Kontinents eine Grundlage für die Bewahrung und Weiterentwicklung traditionellen Wissens über den Anbau und die Verarbeitung regional verbreiteter Nutzpflanzen geschaffen; indem dieses Wissen neue Wertschätzung erfährt, wird es für die jüngere Generation wieder attraktiv und letztendlich auch wirtschaftlich nutzbar. In einem Netzwerk von Bauern, Saatgutbanken und NGOs aus über fünfzehn asiatischen Ländern werden autochthone Reissorten gepflegt, angebaut und vermarktet. Die Jugendorganisation Slow Food Youth Network erprobt im weltweit digital vernetzten Erfahrungsaustausch neue Formen des kulinarischen Widerstands – in Regensburg und Amsterdam ebenso wie in Sydney oder Jakarta. Über Mit-Koch- und Mit-Ess-Aktionen auf öffentlichen Plätzen werden junge Menschen einbezogen, die sich bislang noch kaum Gedanken über die Ernährung gemacht haben.

All diese verschiedenen Formen der Slow-Food-Bewegung verbindet das gemeinsame Ziel, die biologische, geschmackliche und kulturelle Vielfalt des Essens zu erhalten oder neu zu entwickeln. Slow-Food-Mitglieder verstehen sich nicht als passive Konsumenten, sondern als Ko-Produzenten, die durch ihre Art des Einkaufens, Kochens und Essens mitentscheiden, wie Lebensmittel produziert werden. Sie suchen den direkten Kontakt zu den Erzeugern oder helfen mitunter auf dem Acker oder im Weinberg mit, lernen die Herstellungsprozesse kennen und sind bereit, den Produzenten einen angemessenen Preis zu zahlen.

Slow Food hat im Laufe der Jahre eine Reihe von Publikationen und Institutionen geschaffen, die den kulinarischen Widerstand fördern. Es sind nicht nur die bekannten Restaurant- und Weinführer, die vielen Menschen eine verlässliche Orientierungshilfe bieten. Mit der Stiftung für Biodiversität und der Universität der gastronomischen Wissenschaften hat Slow Food zwei international anerkannte Einrichtungen

aufgebaut, in denen Kulturgüter, Wissen und Fertigkeiten erhalten und weitergegeben werden. Mit einer Vielzahl an regionalen wie internationalen Märkten und Messen bietet Slow Food bäuerlichen und handwerklichen Produzenten eine Plattform und macht zugleich ganz praktisch auf die Probleme in der globalen Nahrungsmittelproduktion aufmerksam. Mit dem Terra-Madre-Netzwerk fördert die Slow-Food-Bewegung seit 2004 die Selbstorganisation von Bauern, Hirten, Lebensmittelhandwerkern, Händlern, Wissenschaftlern und Multiplikatoren in regionalen Lebensmittelbündnissen.

In wachsendem Maße sucht Slow Food die Kooperation mit anderen NGOs oder Institutionen und bringt sich lokal und international direkt in politische Entscheidungsprozesse ein, in kommunalen Ernährungsräten ebenso wie in die Reform der EU-Agrarpolitik.

Die Slow-Food-Bewegung hat sich seit ihrer Gründung vor fast 25 Jahren immer wieder verändert. Damals waren die Fehlentwicklungen des Ernährungs-



Slow Food-Demonstration „Wir haben es satt“ am 19.01.2013 in Berlin

systems, die Folgen für Umwelt und Klima, das ganze Ausmaß des Verlusts an Biodiversität und Kulturgütern, die Zerstörung sozialer Gemeinschaften und ganzer Landstriche durch die industrialisierte Landwirtschaft und global agierende Nahrungsmittelkonzerne, erst im Umrissen erkennbar. Slow Food hat die Entwicklung gewissermaßen mit dem Bauch antizipiert und begonnen, nach praktikablen, im Alltag lebbaren Alternativen jenseits des Systems zu suchen. Die Slow-Food-Bewegung ist sich bewusst, dass sie sich auch künftig verändern muss, um mit den Herausforderungen Schritt zu halten und neue Chancen für kulinarischen Widerstand zu nutzen.

Slow Food 2.0 wird bunter, jünger, transparenter, lauter und aktiver sein. Anders essen, um die Welt zu verändern – die Idee ist aktueller denn je.

Links

www.slowfood.de
www.slowfood.com
www.slowfoodfoundation.com

Autorin

Pamela Dorsch

Dipl.-Sozialwissenschaftlerin, ist beratend als selbständige Food-Expertin tätig und leitet seit 2010 ehrenamtlich das Slow Food Berlin (Mitarbeit: Udo Tremmel)



Warum ist es so schwer, etwas zu ändern?

Das Ansehen von Fleisch auf unseren Esstischen war schon einmal besser. Kaum eine Woche vergeht ohne neue Meldungen über Produktionsmängel, falsch deklarierte Sorten oder skandalöse Haltungsbedingungen. Die Sinne der Verbraucher für „gute“ Ernährung scheinen geschärft, das Bedürfnis nach Transparenz und Ernährungsethik gestiegen. Tatsächlich deuten verschiedene Studien einen Perspektivenwandel der Bevölkerung auf das Lebensmittel Fleisch an. So stellte das Statistische Bundesamt in seiner breit angelegten Fleischstudie 2008 fest: „Das Verbraucherverhalten im Hinblick auf den Genuss von Fleisch hat sich in den letzten Jahren nachhaltig verändert“¹. Ausschlaggebend für diese Entwicklung sei ein breiter Wertewandel, nämlich „dass Fleisch früher als ‚gesund‘ und ‚lebenswichtig‘ galt, während heute für viele Menschen der Verzehr von Fleisch mit negativen Assoziationen wie ‚Gammelfleisch‘ verknüpft ist.“



Fleisch in der Krise? Was sein Image betrifft zweifellos. Die Ernährungsskandale der letzten Jahrzehnte hallen nach: BSE-Rinder (1996 & 2000), Umetikettiertes Gammelfleisch (2005), Dioxin im irischen Schweinefleisch (2008), durch Medikamente verunreinigtes Pferdefleisch in der Discounter-Lasagne (2013). Die Liste ist lang und wird länger.

Umso verblüffender ist ein Blick in die tatsächlichen Konsumzahlen. Das miserable Image von Fleisch in der Öffentlichkeit resultiert offenbar keineswegs auch in einem Rückgang des Verbrauchs. Von Imageschäden kann angesichts des anhaltend hohen Fleischkonsums der Europäer kaum eine Rede sein: Rund 93,1 kg Fleisch inklusive Abfällen verbrauchen wir Europäer im Durchschnitt pro Kopf und Jahr. Das ist rund doppelt soviel wie noch vor 100 Jahren. Auch der reine Fleischverzehr ohne Abfälle pendelt sich hierzulande seit einem Jahrzehnt auf einem konstant hohen Niveau ein. Die 26 kg Fleisch, die in Deutschland noch 1950 verzehrt wurden, haben sich bis 2000 auf rund 64 Kilogramm mehr als verdoppelt.²

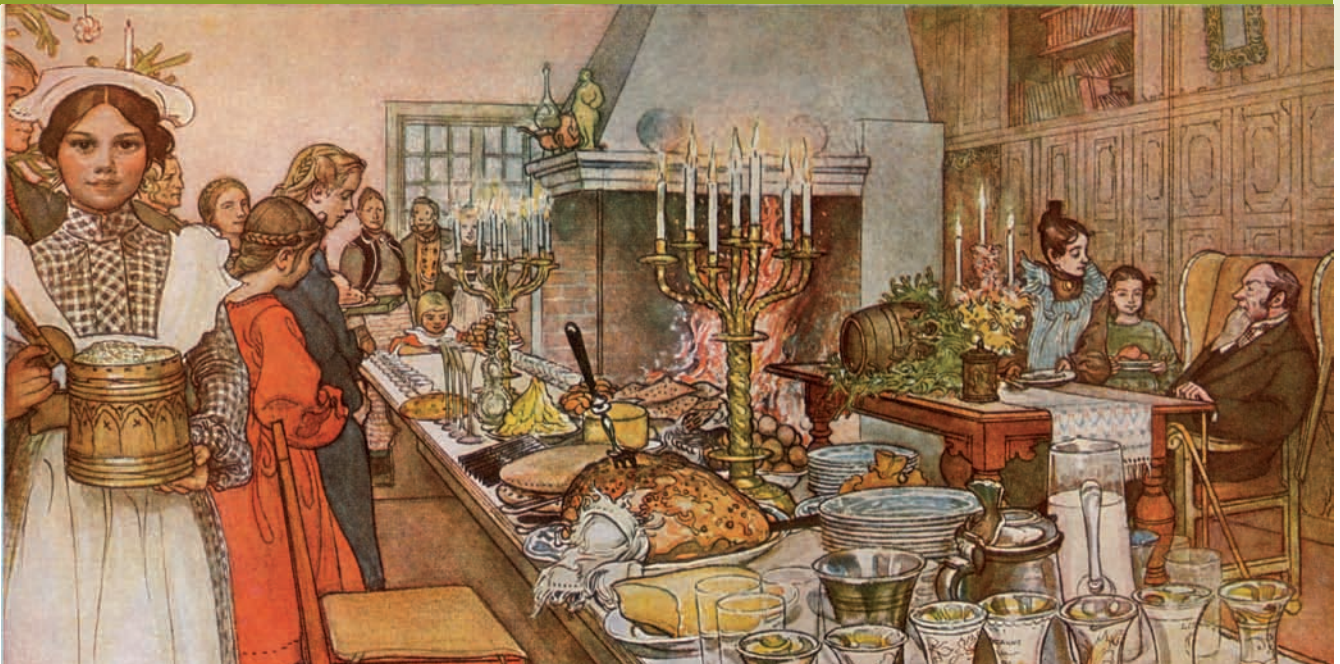
Zweifellos: Dem schlechten Image von Fleisch steht ein anhaltend hoher Konsum gegenüber. Obwohl wir durch Le-

bensmittelskandale gewarnt und über ethische wie negative ökologische Konsequenzen des exzessiven Fleischverbrauchs informiert sind, fällt es uns schwer, vom Fleisch zu lassen. Doch wieso ist es so schwierig, trotz besseren (Ge-)Wissens, unser Ernährungsverhalten zu ändern?

Fleischkonsum als kulturelle Tatsache

Zunächst, weil Fleisch per se kein schlechtes Nahrungsmittel ist. Als wichtiger Eiweiß- und Energielieferant genießt Fleisch in den Küchen Europas bereits seit den frühesten Tagen eine hohe Wertschätzung. Anthropologen vermuten im Fleischkonsum der ersten Hominiden sogar ein wesentliches Moment der Evolution und zivilisatorischen Entwicklung des Menschen.³

Doch Ernährung ist weit mehr als bloße Befriedigung biologischer Bedürfnisse. Die Entscheidung, was wir essen und wie wir uns im unüberschaubaren Angebot der essbaren Dinge orientieren sollen, folgt einem unsichtbaren Regelsystem, das in unterschiedlichen Zeiten, Ländern und sozialen Gruppen höchst unterschiedlich interpretiert wird. Dieses unsichtbare Regelsystem ist unsere Kultur. Die Tatsache, dass wir in Mitteleuropa Hundefleisch gemeinhin



Fleischkonsum als soziales Handeln. Der weihnachtliche Braten als gemeinschaftlicher Mittelpunkt der Familie.
(Carl Larsson: Julaftonen. Aquarell 1904–1905. Nationalmuseum Stockholm.)

verschmähen, während es in einzelnen ostasiatischen Kulturen als Delikatesse gilt, ist ebenso eine kulturelle Tatsache wie etwa der Verzicht auf Schweinefleisch in verschiedenen Religionen. In den unterschiedlichen Ernährungskulturen der Welt manifestieren sich Geschichte, geographische Begebenheiten und Handelsbeziehungen ebenso wie Religion, Bildungsstandards oder sozialpolitische Faktoren. Diese Eigenheiten führen zu einer divergierenden Bewertung einzelner Speisen. Was für den einen verabscheuungswürdig ist, mag in einem anderen Kulturkreis eine Festspeise sein. Das Feld der Ernährung präsentiert sich so zugleich als Schauplatz kulturell kommunizierter Symbolik, die wir uns zusammen mit den Nährstoffen einverleiben. Diese „geheimen Botschaften unserer Speisen“⁴ erlauben es uns, uns über die Ernährung in unserer Identität zu versichern. Ganz besonders greift diese kulturell tradierte Symbolik der Lebensmittel, wenn wir uns ein anderes Lebewesen einverleiben – wenn wir Fleisch essen.⁵

Fleischkonsum als Statuskonsum

Die kulturelle Bewertung und symbolische Aufladung von Lebensmitteln ist ein langfristiger Prozess, der teilweise auf Jahrhunderte alten Traditionen gründet. So gilt auch Fleisch schon in

antiken Kochbüchern als hochwertiges, prestigereiches Nahrungsmittel, und spätestens seit der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung im hochmittelalterlichen Städtewesen markiert sein Verzehr bestimmte gesellschaftliche Vorrechte. Doch vor allem mit seiner Verknappung in Folge des frühneuzeitlichen Bevölkerungswachstums gerät der Konsum von Fleisch zum Statussymbol. Während Fleisch – meist in eingekochter Form – für die breite Bevölkerung, wie wir aus Haushaltsrechnungen und Speiseordnungen wissen, lediglich an Feiertagen eine Abwechslung in der stark brei- und suppenbasierten Küche bedeutete, zählte es gebraten stets zu den demonstrativen Mahlzeiten der herrschaftlichen Küche.

Der hohe kulturelle Wert von Fleisch gründete in der vorindustriellen Zeit auch auf seiner zeitlich begrenzten Verfügbarkeit. Dank der Entwicklung des künstlichen Futteranbaus, der Konservenindustrie und der modernen Kühlverfahren im 19. Jahrhundert stellt frisches Fleisch heute ein nahezu allverfügbares Lebensmittel dar. Doch noch vor 200 Jahren beschränkte sich in Mitteleuropa die Schlachtzeit im Wesentlichen auf die kalten Wochen vor Weihnachten. Wer sich Salz leisten konnte, pökelte die Fleischstücke oder machte es kleinzerteilt als Wurst haltbar. Auch



Räuchern stellte eine Konservierungsmethode dar. Oder man versuchte, den „Haut goût“ der teils Monate alten Schlachtwaren mit Gewürzen kurzerhand zu übertünchen.⁶ Die Fleischsuppe bildete so die Sonntagsspeise der ländlichen und städtischen Unterschichten, das frische, gebratene Fleisch hingegen die Statusspeise derer, die es sich leisten konnten. Von diesen kulturellen Wertzuschreibungen profitieren die modernen Fleischimages noch immer – trotz Dumpingpreisen und Allverfügbarkeit. Vor allem der rasant steigende Fleischkonsum in den asiatischen Schwellenländern spiegelt dieses Bedürfnis nach rotem Fleisch und prestigereichen westlichen Ernährungsstilen wieder. Die Folgen des neuen fernöstlichen Hungers auf Rindfleisch zählen zu den großen ökologischen Herausforderungen für die Nahrungsindustrie des 21. Jahrhunderts.

Fleisch zwischen kulturellen, religiösen und geschlechtsspezifischen Identitäten

Nicht zuletzt wegen seiner Bedeutung als Herrschaftsspeise zielten die meisten kirchlichen Fastengebote vor allem auf das Fleisch ab. Das adlige Genusideal der ausdifferenzierten Fleischküche musste sich so zumindest für einige Wochen im Jahr dem klösterlichen Ideal des Verzichts beugen.⁷ Eng damit verbunden äußert sich die besondere Bedeutung von Fleisch auch in der Verzehrssituation selbst. Dabei geht es weniger um antike Götterkulte, in denen gerade das Opfertier gegenüber anderen Speiseopfern eine wichtige Rolle im Ritus einnahm, sondern vor allem um die Speiseregeln des Christentums, die Europa über Jahrhunderte prägten. Noch immer ist die Martinsgans

fest unter den Kalenderspeisen verankert, ebenso wie der Sonntagsbraten und diverse andere Fleischspeisen, die herausgehobene Termine im Jahres- und Lebenslauf kulinarisch gegenüber dem Alltag und seiner gewohnten Kost überhöhen. Fleischkonsum ist so auch sozialer Genuss und wirkt gemeinschaftsstiftend. Das gilt nicht nur für den Weihnachtsbraten, um den sich einmal im Jahr die ganze Familie zur Tafel trifft, sondern auch für die sommerlichen Grillrunden, die sich ums Fleisch auf dem offenen Feuer scharen.

Der Fleischkonsum der Europäer ist nicht nur durch kulturelle Traditionen geprägt, er formt auch selbst kulturelle Identitäten und Rollenbilder. Besonders deutlich wird dies am Ernährungsverhalten von Migranten, die in der Fremde an den fleischlastigen Küchen ihrer Herkunftskulturen festhalten und sich so in Übergangssituationen und biographischen Brüchen mittels der Ernährung ihrer kulturellen Identität versichern. Die deutsche Restaurantlandschaft verdankt nicht zuletzt diesem hartnäckigen Festhalten an den heimischen Speisen und Ritualen seitens der frühen Gastarbeiter seine ausgeprägte internationale Gaststättenvielfalt.⁸ Und aus den gleichen Gründen brachten die deutschen Touristen zur gleichen Zeit Bratwürste und Schnitzel in die italienischen Urlaubsorte. Fleisch kann so auch Heimat bedeuten. Die kulturwissenschaftliche Nahrungsfor-schung um Ulrich Tolksdorf prägte für diese Beharrung auf bekannten Speisen über Krisen und Zeiten raschen sozialen Wandels hinweg den Begriff „Geschmackskonservatismus“⁹.

Doch auch Geschlechteridentitäten realisieren sich im Fleischkonsum. Als

Energielieferant begegnet uns Fleisch dabei vor allem männlich konnotiert. So warb jüngst eine internationale Burgerkette mit dem Schlagwort „Mancademy“ für Burger-Kreationen mit besonders viel Fleisch. Denn offensichtlich gilt nur als echter Mann, wer viel gegrilltes Fleisch vertilgen kann. Auch die Traditionslinien dieser männlich besetzten Fleischmythe reichen dabei zurück ins Mittelalter. Das Dogma „Männer brauchen Fleisch“ gilt dabei allerdings vor allem für die germanisch geprägten Landstriche nördlich der Alpen. Spätantike Chronisten, geprägt von antik-mediterranen Idealen der Mäßigung, berichten irritiert von gewaltigen Portionen Fleisch auf den Tischen der germanischen Nachbarn, wohingegen in der Lebensweise des frühmittelalterlichen fränkischen Adels ein gesunder Appetit auf Fleisch als Attribut eines guten Kriegers und tüchtigen Fürsten galt. „Er aß wie ein Löwe, der die Beute verschlingt“, bemerkte Karl der Große während eines Festmahles anerkennend über einen guten Soldaten¹⁰. Den alten Ernährungsmythos „Männer brauchen Fleisch“ hält noch in der Gegenwart die Produktwerbung mit Bildern exzessiven, erlebnisorientierten Konsums am Leben. Eine aktuelle Studie der Fachhochschule Frankfurt stellt ein massives Gendering der Fleischbilder in der TV-Werbung fest¹¹. So inszeniert die Lebensmittelindustrie Spots für Fleisch und Wurst nahezu ausschließlich mit männlichen Hauptdarstellern: von Rügenwalder Mühlenwurst bis zum Bruzzler („Mann, ist das ne Wurst!“) mit Torwart Oliver Kahn. Es handelt sich deshalb sicher nicht um Zufall, wenn deutsche Männer im Vergleich zu den Frauen im Schnitt die zweifache Menge Fleisch verzehren, und es doppelt so viele weibliche Vegetarier wie männliche gibt. Denn derartige mediale Schablonen von Geschlecht und kulinarischer Praxis wirken ebenso mächtig wie religiöse und regional-traditionale Esskulturen auf unsere Alltags-tage zurück. Ernährungsmythen und Geschlechterstereotype werden auf diese Weise zementiert. Überdies hält die mediale Überhöhung von Fleisch als Lifestyle-Produkt mit Werbefiguren wie Heidi Klum oder dem Spitzensportler Michael Ballack die Vorstellung am Leben, Fleisch sei ein zentraler Faktor für Fitness und Gesundheit¹².

Die moderne Werbung und Warenästhetik trägt zuletzt auch ihren Teil dazu bei, uns unangenehme Blicke auf das Tier und die Realität des Tötens zu ersparen. Nur allzu bereitwillig glauben wir den Bildern glücklicher Tiere auf den Verpackungen, um unbequemen umwelt- und tierethischen Nebenfolgen des Fleischkonsums aus dem Weg zu gehen und uns nicht den Appetit auf das unseren modernen, flexiblen Lebensstilen angepasste Minutensteak verderben zu lassen.

Die kulturellen Schranken überwinden. Ernährungserziehung und kulinarische Vernunft

Es wird deutlich: das menschliche Ernährungsverhalten gestaltet sich aufgrund seiner starken Verankerung in kulturhistorischen Kontexten und aggressiven Medienbildern – trotz Moden und Trends – als äußerst stabil. Die Werbung, aber vor allem unsere kulturellen Traditionen erschweren dauerhafte Veränderungen unseres Essverhaltens.

Besonders die Prägung der familiären Essgewohnheiten im Kindheits- und Jugendalter bildet die späteren individuellen Geschmacksstrukturen entscheidend. Das gilt auch für unseren Fleischkonsum, dessen starke kulturelle Prägung kurzfristige Ernährungsinterventionen oft scheitern lässt. Es muss daher ein Ansatz sein, die unreflektierte Selbstverständlichkeit des permanenten Konsums möglichst früh zu hinter-

fragen und bereits durch eine präventive, nachhaltige Ernährungserziehung im Schulalter die Weichen für einen ökologisch wie ethisch ausbalancierten Fleischkonsum bei kommenden Generationen zu stellen.

Gleichzeitig dürfen Ernährungsinterventionen nicht in Restriktionen oder Bevormundung durch Experten und Politiker münden. Es geht um die Sensibilität, die kulturellen Bedürfnisse der Menschen – auch nach Fleisch – zu respektieren.

Der Weg zu einer eigenverantwortlichen „kulinarischen Vernunft“ führt zum einen über attraktive, für breite Bevölkerungsteile kulturell anschlussfähige und bezahlbare Alternativen. Zum anderen muss diesen sanften Wandel eine transparente und verlässliche Informationspolitik flankieren, die gleichzeitig Ernährungsmythen entlarvt und Verbraucherverunsicherung entgegenwirkt.

Doch ohne ein verantwortungsvolles Zusammenspiel von Politik, Medien und Fleischindustrie hin zu einer neuen Kultur des Fleischkonsums werden wir unsere alte kulturelle Prägung nicht abstreifen können. Dann wird auch weiter gelten, was der aktuelle Fleischatlas der Heinrich-Böll-Stiftung dokumentiert: „52 Prozent aller Deutschen versuchen, so zumindest die Selbstauskunft bei Meinungsforschungsinstitut Forsa, ihren Fleischhunger zu zähmen. Allerdings: Besonders erfolgreich sind sie dabei noch nicht.“

Autor

Dr. phil. Manuel Trummer

lehrt Vergleichende Kulturwissenschaft am Institut für Information und Medien, Sprache und Kultur (I:IMSK) der Universität Regensburg. Im Rahmen seiner Forschung zu Ernährungskulturen in Europa beschäftigt er sich intensiv mit den kulturhistorischen Prämissen, Konflikten und Folgen unseres Fleischkonsums. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Themen aus dem Bereich der Ernährungskultur.



1 Statistisches Bundesamt in seiner Fleischstudie „Vom Erzeuger zum Verbraucher“ von 2008.

2 Mellinger, Nan: Fleisch. Ursprung und Wandel einer Lust. Eine kulturanthropologische Studie. Frankfurt/New York 2003 (2000), S. 10.

3 Vgl. Hirschfelder, Gunther: Europäische Esskultur. Geschichte der Ernährung von der Steinzeit bis heute. Frankfurt/New York Studienausgabe 2005 (2001), S. 23–27.

4 Karmasin, Helene: Die geheimen Botschaften unserer Speisen. Was Essen über uns aussagt. Köln 2001.

5 Vgl. Hirschfelder, Gunther/Lahoda, Karin: Wenn Menschen Tiere essen. Bemerkungen zu Geschichte, Struktur und Kultur der Mensch-Tier-Beziehungen und des Fleischkonsums. In: Buchner-Fuhs, Jutta/Rose, Lotte (Hg.): Tierische Sozialarbeit. Ein Lesebuch für die Profession zum Leben und Arbeiten mit Tieren. Wiesbaden 2012, S. 147–166.

6 Vgl. Mellinger, Nan: Fleisch – Von der göttlichen Gabe zur Fertigware. In: Thimm, Utz/Wellmann, Karl-Heinz: Essen ist menschlich. Zur Nahrungskultur der Gegenwart. Frankfurt am Main 2003, S. 105–121.

7 Vgl. Montanari, Massimo: Der Hunger und der Überfluß. Kulturgeschichte der Ernährung in Europa. München 1999, S. 96–100.

8 Vgl. Trummer, Manuel: Pizza, Döner, McKropolis. Entwicklungen, Erscheinungsformen und Wertewandel internationaler Gastronomie. Münster/New York/München/Berlin 2009.

9 Vgl. Tolksdorf, Ulrich: Nahrungsforschung. In: Brednich, Rolf-Wilhelm (Hg.): Grundriß der Volkskunde. Berlin 1994, S. 229–242.

10 Vgl. Montanari, Massimo: Der Hunger und der Überfluß. Kulturgeschichte der Ernährung in Europa. München 1999, S. 34–35.

11 Flick, Sabine/Rose, Lotte: Bilder zur Vergeschlechtlichung des Essens. Ergebnisse einer Untersuchung zur Nahrungsmittelwerbung im Fernsehen. In: Gender 2/2012, S. 48–65.

12 Vgl. Weggemann, Sigrid: Entwicklung des Ernährungsverhaltens der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland von 1950–1990. In: Kutsch, Thomas/Weggemann, Sigrid (Hg.): Ernährung in Deutschland nach der Wende. Witterschlick/Bonn 1996, S. 21–47.

13 Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Fleischatlas 2013. Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel. Berlin 2013, S. 21.

Wohl kaum ein Thema verbindet auf so komplexe Weise die ökologische, ökonomische und soziale Dimension der Nachhaltigkeit wie die Ernährung! Gesunde oder eher krank machende Ernährung, der Welthandel mit Nahrungsmitteln, Hunger, konkurrierende Flächennutzung für Biosprit und Nahrungsmittel bis hin zur EU-Agrarpolitik– die Facetten sind ebenso vielseitig wie komplex. Dies war auch der Grund für das ökumenische Kooperationsprojekt „nachhaltig predigen“, im Kirchenjahr 2012/13 die „Ernährung“ als Schwerpunktthema aufzugreifen. Zur gesellschaftlichen bzw. politischen Verantwortung kommt im kirchlichen Umfeld (außerdem) die christliche Verantwortung hinzu.



Verlust der Lebensgrundlage:
Bulldozer planieren Reisfelder,
Bananenplantagen und Gemeindewälder in Kanbodscha
Provinz Kampong Speu
Bild: Roman Herre (FIAN)

Das 2005 von der Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz ins Leben gerufene Projekt „Nachhaltig predigen“ betrachtet die Beziehungen zwischen der Bibel und damit dem christlich-kulturellen Hintergrund unserer Gesellschaft und dem Thema Nachhaltigkeit. Viele Bezüge zu den aktuellen Themen lösen Impulse für die Predigt aus und regen zum kritischen Nachdenken an. Folgerichtig haben sich die Herausgeber von „www.nachhaltig-predigen.de“ gefragt, was eigentlich die Bibel bzw. das christliche Weltbild oder Werteschema zum Thema „Ernährung“ zu sagen hat: Sicher greift es zu kurz, sich hier auf die Frage des Fleischverzehr oder das Fasten zu beschränken. Das christliche Weltbild hat mit seiner globalen Dimension auch die soziale Seite der Schöpfung – Gerechtigkeit gegenüber dem Nächsten, auch wenn er geografisch fern ist – im Blick.

Kirchliche Institutionen wie das Bischöfliche Hilfswerk „Misereor“ oder „Brot für die Welt“ befassen sich traditionell mit dem Hunger in der Welt, also sozusagen mit der Kehrseite der Ernährung – dem Fehlen von Nahrungsmitteln in globaler Dimension. Der Blick ist dabei auf Verteilungsgerechtigkeiten und Machtstrukturen, die den Status quo zementieren und eine global nachhaltige Entwicklung blockieren, gerichtet.

Allein hieraus ergeben sich zahllose Appelle und globale politische Handlungsempfehlungen aus christlicher Perspektive, die zum Teil gehört werden

oder seit Jahren ungehört verhallen. Die aktuellen Aktionen „Wir haben den Hunger satt!“ (Misereor) und „Niemand is(s)t für sich allein“ (Brot für die Welt) bedrücken, wollen gehört und von der Welt verstanden werden. Sie machen – wenn man sie versteht – Mut zur Veränderung, denn die Zusammenhänge sind klar und weitgehend durchschaubar:

www.niemandisstfuer sichallein.de

<http://www.misereor.de/aktionen>

Aber die biblische bzw. christliche Dimension des Themas Ernährung reicht über den Hunger weit hinaus. Vom Hunger kommt man zum Biosprit: Der Energiehunger der Industriestaaten, Preisanstiege bei so genannter Energiepflanzen (z.B. Mais) und ihr vermehrter Anbau führen weltweit zum Kauf von Anbauflächen durch Konzerne und zur Verdrängung von Ackerbau in Entwicklungsländern. Die bis dahin funktionierenden Ernährungsgrundlagen werden zerstört. Klimawandel rechtfertigt scheinbar diesen globalen Flächenzugriff im Interesse der Nutzung regenerativer Energien, an der Nachfrage als der Wurzel des Übels wird aber zu wenig getan.

Das Motto des Deutschen Evangelischen Kirchentags in Hamburg vom 1.-5. Mai 2013 lautete „Soviel du brauchst“, aus dem 2. Buch Mose. Wenn wir die Energie nun einmal „brauchen“!? Dass der Knackpunkt hier in dem Wort „brauchen“ liegt, erkennt man auch ohne die Bibel. In diesem

Sinne lenkt das Motto die Aufmerksamkeit auf unser Verständnis: Brauchen – Wofür? Um am gewohnten Lebensstil möglichst nichts verändern zu müssen? Sollen doch die Bauern in den Entwicklungsländern endlich die Regeln der globalen Marktwirtschaft anerkennen! Es bleibt ihnen letztlich nichts anderes übrig, jedoch für die menschenwürdige Umgestaltung der Ernährungsgrundlagen fehlt einfach die Zeit: Der Hunger kommt gleich, sobald das Land weg ist oder die Pacht zu teuer geworden ist. Wir brauchen die Energie und diese Bauern brauchen das Land, um Getreide anzubauen: „Soviel du brauchst“...

Das Thema „Ernährung“ zeigt eindringlich auf, was Nachhaltigkeit in ihren drei Dimensionen bedeutet, und wie komplex die Zusammenhänge sind. Die Herausgeber der Internetplattform zeigen jedoch mit ihrem Schwerpunktthema 2012, dass durch die christliche Perspektive diese Komplexität des Themas nicht zusätzlich vergrößert, sondern eher verkleinert wird. Das liegt zum einen an der christlich-ethischen Perspektive als ausreichender Legitimation, um aktiv zu werden und ungerechte, teilweise menschenunwürdige Zustände nicht hinzunehmen. Es liegt aber auch an einfachen Handlungsansätzen, die auf regionaler Ebene bereits möglich sind. Ein Beispiel dafür ist die bayerische Kampagne „Gscheit essen - mit Genuss und Verantwortung“. Wenn Sie mehr wissen oder sich über die christliche Perspektive in Bezug auf die Ernährung orientieren möchten, besuchen sie die Internetseite www.nachhaltig-predigen.de, die auch auf die oben genannten Kampagnen verlinkt.

Skeptiker/-innen werfen gerne die Frage auf, ob die/der Einzelne tatsächlich etwas verändert, wenn sie oder er verantwortlich handelt und andere nicht. Nun – so lange die Frage nicht dazu führt, dass man selbst den Klischees entsprechend zu handeln beginnt, ist sie berechtigt. Dass koordiniertes Handeln trotzdem strategisch wichtig ist, zeigt das Projekt „Zukunft einkaufen“. Es beleuchtet seit 2008 das Einkaufsverhalten und die Marktmitgestaltung durch Kirchen und kirchliche Einrichtungen kritisch und bietet konkrete Hil-



Gewaltsam zerstörte Lebensgrundlage in Kambodscha durch Bulldozer. Bild: Roman Herre (FIAN)

fen zur nachhaltigen Entwicklung an. Was für die Beschaffung von Büromaterialien, Energie und Geräten gilt, gilt natürlich ebenso für Lebensmittel und Ernährung:

www.umwelt-evangelisch.de
Jahresthema 2012/13 „Gscheit essen“

www.zukunft-einkaufen.de

Eine weitere Überlegung zur Ernährung mit biblischem Hintergrund betrifft den Umgang mit Tieren und Nahrungsmitteln aus marktwirtschaftlichen Kalkülen der Überflusgesellschaften heraus. Ob es nun die Tomaten aus Spanien sind, deren bloße Existenz den Binnenmarkt und die Preise bedroht, oder skandalöse Mengen an Brot, die am Montag unseren anspruchsvollen Konsumbedürfnissen nicht mehr genügen, weil wir knuspriges Brot wollen – die Gesetze der Marktwirtschaft stellen hier eine ethische Herausforderung für Intelligenz und Verantwortung dar, die ein breites Betätigungsfeld für Querdenker/-innen böten.

Fazit:

Für interessante Denkansätze ist die Bibel noch nicht zu alt!

Autor

Michael Rentz

Projektleiter „nachhaltig predigen“



Hungerbekämpfung ein Kampf gegen Diskriminierung!

In den letzten sechs Jahren erreichten die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel zweimal Rekordhöhen. In den Jahren 2007 und 2008 erregten „Hungeraufstände“ in über 60 Ländern große mediale Aufmerksamkeit.¹ Arme Menschen konnten sich die Nahrung zum täglichen Überleben nicht mehr leisten. Die Zahl der Hungernden stieg erstmals auf über eine Milliarde Menschen². Der Skandal des Hungers in einer reichen Welt wurde kurzfristig laut und wahrgenommen. Aber eben nur kurzfristig. Die erneute Preisspitze auf den Weltagarmärkten in den Jahren 2010 und 2011 wurde dagegen von der Öffentlichkeit kaum noch wahrgenommen. Weitgehend unbekannt ist auch, dass die hohen Preise für Grundnahrungsmittel ein wichtiger Auslöser des Arabischen Frühlings waren. Hunger hat oft nur kurz „Konjunktur“ in den Medien.



Im Folgenden wird die öffentliche Debatte zur Hungerbekämpfung kritisch bewertet und eine Alternative, eine auf dem Recht auf Nahrung basierende Hungerbekämpfung, umrissen.

Wer hungert und warum?

Dies ist eine einfache und dennoch gerne vergessene Frage. Denn deren Beantwortung muss Grundlage für eine effektive Hungerbekämpfung sein.

Wer? Hunger kann besonders ganz bestimmten gesellschaftlichen Gruppen zugeordnet werden. Dies haben die Vereinten Nationen 2004 erstmals auf globaler Ebene festgehalten. Demzufolge sind die Hälfte aller Hungernden KleinbäuerInnen, 22 Prozent Landlose (Saisonarbeiter, Pächter...) und acht Prozent Indigene, Nomaden und Fischer (siehe Abbildung). 80 Prozent der Hungernden leben auf dem Land, 20 Prozent in urbanen Gebieten.³ Paradoxerweise ist das Gros der Hungernden in jener gesellschaftlichen Gruppe zu finden, welche selbst Nahrungsmittel produzieren und in den meisten Ländern des Globalen Südens die zentrale Säule der nationalen Ernährungssicherung sind.

Warum? Hunger ist fast immer das Resultat von Marginalisierung und Diskriminierung – von Politikentscheidungen,

von Handeln oder Unterlassen. Im Kontext der Hungernden wird auch von einer multiplen Diskriminierung gesprochen – einer politischen, ökonomischen und geografischen. Die oben identifizierten Gruppen haben kaum Möglichkeiten, Einfluss auf Politikentscheidungen zu nehmen, werden wirtschaftlich benachteiligt und wurden oft in Gebiete abgedrängt, in denen es besonders schwierig ist, von der Landwirtschaft zu leben (schlechte Böden, Trockenheit, Hanglagen, schlechter Zugang zu Märkten, kaum lokale Infrastruktur...). Das KleinbäuerInnen-Netzwerke La Via Campesina, bringt diese Benachteiligungen deutlich zum Ausdruck:

„Heute können wir kein Einkommen mehr erwirtschaften, das uns ermöglicht, in Würde zu leben. Eine Mischung aus nationalen Politiken und internationalen Rahmenbedingungen ist verantwortlich dafür, dass wir ausgelöscht werden.“⁴

Die weit verbreitete Vorstellung, Hunger hängt insbesondere mit Naturkatastrophen und Kriegen zusammen, haben die Vereinten Nationen mit der oben genannten Studie auch entkräftet. Etwa zehn Prozent der Hungernden leiden aus diesen Gründen an Unterernährung. Der Großteil der Hungernden sind chronisch Hungernde. Ihr dringendstes Problem ist der mangelnde Zugang zu

produktiven Ressourcen, insbesondere Land, Wasser, Saatgut, aber auch günstigen Krediten und Bildung bzw. Schulungen. Hunger ist also kein Schicksal, sondern von Menschen gemacht.

Vom „Überfluss“ zur „Knappheit“ – ein historisches Schlaglicht

Über die letzten 40 Jahre wurde die Entwicklung des globalen Ernährungssystems von einer Weltmarkt-fixierten Politik dominiert, in deren Logik beispielsweise eine Kleinbäuerin im Senegal in direkte Konkurrenz mit einem global aufgestellten Nahrungsmittelkonzern wie Metro treten muss.⁵ Nahrungsmittel wurden immer billiger – ein wichtiger Grund für die Verarmung der BäuerInnen weltweit, die heute die Hälfte der Hungernden ausmachen.

Nun wendet sich das Blatt. Die Preise steigen und werden langfristig auf einem hohen Niveau bleiben. Aber anstatt diese Gelegenheit zu nutzen und aktiv NahrungsmittelproduzentInnen zu fördern, damit sie von der Entwicklung profitieren können, wird die „Ernährungskrise“ genutzt, um BäuerInnen, NomadInnen, Indigene und FischerInnen weltweit im Namen der „Hungerkrisenbewältigung“ und Produktivitätssteigerung von ihrem Land zu vertreiben.⁶ Konzerne, Banken und Investmentfonds sichern sich überall auf der Welt riesige Landflächen (auch Land Grabbing ge-



Familie nach der Landenteignung für Zuckerrohrplantagen in Oddur Meanchey

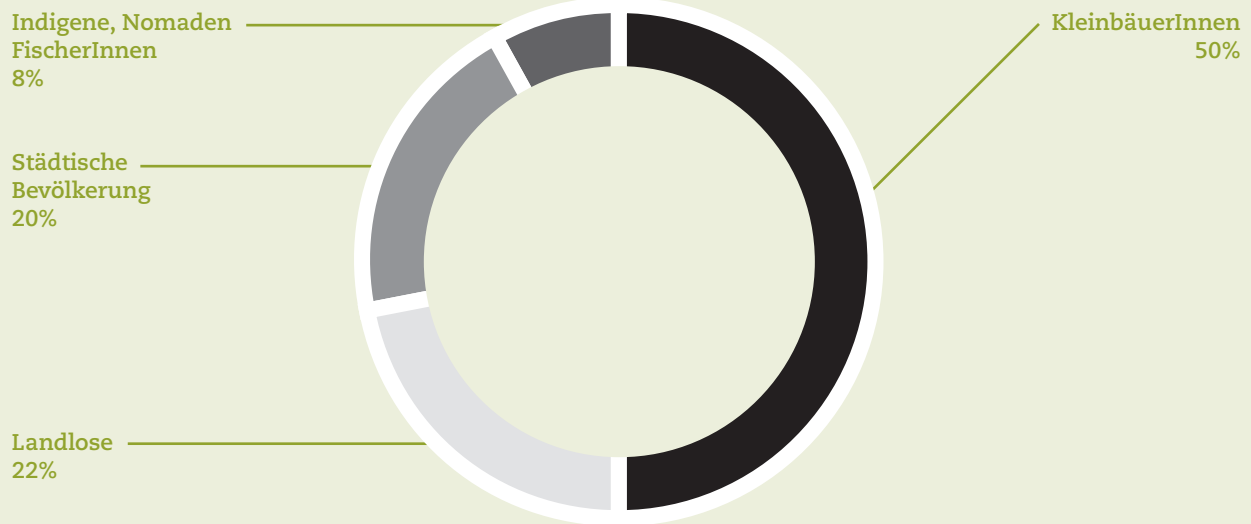
Box 1 „Land Grabbing“

Land Grabbing oder Landnahme bezeichnet eine Entwicklung der letzten Jahre, in der sich internationale Investoren (von Agrarkonzernen bis Banken und Pensionskassen) oder nationale Eliten (oft auch im Tandem) Landflächen von tausenden bis über 1 Millionen Hektar Land sichern. Globale Schätzungen sprechen von etwa 50 Millionen bis 220 Millionen Hektar Land, das in kürzester Zeit der lokalen Bevölkerung entzogen wurde.⁷ Zum Vergleich: Die gesamte EU 27 hat etwa 180 Millionen Hektar Ackerland. In hunderten Fallstudien wurden negative Auswirkungen und Menschenrechtsverletzungen im Zuge dieser Landnahmen dokumentiert.⁸

Kambodscha ist ein trauriger Hot Spot des Land Grabblings. Über 2 Millionen Hektar Land wurden in wenigen Jahren als sogenannte Economic Land Concessions an Investoren vergeben.⁹ Das entspricht über der Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche Kambodschas. Laut Menschenrechtsorganisationen vor Ort sind mindestens 600.000 Menschen negativ von Landkonflikten betroffen.

Wie auch auf internationaler Ebene werden von Regierung und Investoren diese Landnahmen als Strategien der Armutsbekämpfung und Entwicklung des ländlichen Raums dargestellt. Fakt ist jedoch, dass neben massiven Menschenrechtsverletzungen wie gewaltsamen Vertreibungen oder Zerstörungen von Reisfeldern auf den neuen Megaplantagen sehr viel weniger Menschen Arbeit finden als vorher in den bäuerlichen Strukturen. Viele Betroffene sind gezwungen in den Slums der Städten abzuwandern und dort tagtäglich ums Überleben zu kämpfen.

Wer hungert?



Eigene Darstellung, Daten: Vereinte Nationen 2004 Millenium Project: Interim Report of Task Force on Hunger

nannt), um von den gestiegenen Nahrungsmittelpreisen zu profitieren (Vgl. Box 1).

Hunger im Überfluss – eine scheinheilige Debatte der Produktivitätssteigerung Der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte stellt in seinem Rechtskommentar zum Recht auf Nahrung klar:

*„Im Grunde liegt die Wurzel des Problems von Hunger und Mangelernährung nicht in einem Mangel an Nahrungsmitteln, sondern im mangelnden Zugang großer Teile der Weltbevölkerung zu den verfügbaren Nahrungsmitteln“.*¹⁰

Dies unterstreichen auch die globalen Zahlen. Zwar wächst die Weltbevölkerung, was gerne als Kernursache für Hunger vorgeschoben wird, jedoch wird verschwiegen, dass die Menge der verfügbaren Nahrungsmittel schneller wächst. In Zahlen: Von 1960 bis heute ist die Bevölkerung um das 2,3-fache angestiegen. Im gleichen Zeitraum ist

die Nahrungsmittelproduktion um das 3,1-fache angestiegen. Rein rechnerisch hätte damit jeder Mensch auf der Welt heute 30 Prozent mehr zu Essen als noch vor 50 Jahren.¹¹ Wäre Produktivitätssteigerung¹², wie sie von den Agribusiness-Konzernen aggressiv propagiert und von der Politik gerne aufgriffen wird, wirklich die silberne Kugel der Hungerbekämpfung, dürfte heute niemand mehr den Hungertod sterben. Hunger ist demnach auch eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit oder menschenrechtlich gesprochen, eine Frage des Zugangs. Dabei unterstreicht das Recht auf Nahrung die große Bedeutung des direkten Zugangs zu produktiven Ressourcen um sich selbst ernähren zu können.

Regierungen fördern das Agribusiness statt die Hungernden

Entgegen diesen Fakten scheinen die Lobbybemühungen der Agrarkonzerne von BASF bis Monsanto bei den Regierungen Gehör zu finden. „Aigner und Annan: Landwirtschaftliche Produkti-

vität erhöhen“ hieß es beispielsweise im Dezember 2012 bei einer medienwirksamen Veranstaltung in Berlin zur globalen Ernährungssicherung. 2012 haben die G8-Staaten die so genannte New Alliance for Food Security and Nutrition in Africa ins Leben gerufen. In Berlin wie auch bei der G8-Initiative und ihrer kleinen Schwester, dem German Food Partnership zwischen deutschen Agrarunternehmen und Entwicklungsministerium ist neben dem einseitigen Fokus aus Produktivitätssteigerung eines auffällig: Anstatt die Betroffenen vor Ort anzuhören und deren Vorschläge zur Hungerbekämpfung ernst zu nehmen, sitzen bei diesen Initiativen die Agrarkonzerne mit knallharten Geschäftsinteressen am Tisch und gestalten die Politik mit. So wird der andauernden Diskriminierung der Hungernden sicherlich nicht entgegen gewirkt.

Durch die bei der G8-Initiative vereinbarten Politiken werden dann auch erwartungsgemäß jene Politikfelder abgewertet, die von zentraler Bedeutung

für die ländliche Bevölkerung sind. So soll in Mosambik die freie Vergabe von Saatgut gestrichen werden und in Äthiopien Investoren einfacher Land erwerben können. All dies begünstigt einseitig die Agrarindustrie. Was sich auf dem Papier nett anhört – „Verbesserung des Investitionsklimas“ – ist ein Angriff auf die Bevölkerung im ländlichen Raum, auf ihre Wirtschafts- und Lebensweise. Eine solche Politik baut nicht auf den existierenden ländlichen Strukturen und vorhandenen Potentialen auf. Sie will sie im Gegenteil ersetzen durch eine agrarindustrielle Landwirtschaft mit wenigen, schlecht bezahlten und prekären Arbeitsplätzen.

Das Menschenrecht auf Nahrung: völkerrechtlich verbrieftes Recht jedes Menschen

Das Menschenrecht auf Nahrung (RaN) ist in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte völkerrechtlich verankert. Wie bei jedem anderen Menschenrecht müssen Staaten dieses Recht respektieren (Unterlassen von Handlungen, die sich negativ auf die Realisierung des RaN auswirken), schützen (vor Dritten, wie beispielsweise privaten Firmen) und gewährleisten (aktiv durch Politikmaßnahmen die Durchsetzung des RaN befördern). Für die Durchsetzung des



Blutige Bauernvertreibung, Paraguai

Box 2 Agrarindustrielle Landwirtschaft: Die grüne Hölle Paraguays

Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation WHO sterben jährlich etwa 355.000 Menschen durch Vergiftungen verursacht durch den Kontakt mit Pestiziden. Zwei Drittel im Globalen Süden. Bis heute weigern sich die herstellenden Konzerne Verantwortung zu übernehmen. Deutschland ist mit einem jährlichen Export von Pestiziden im Wert von 3,7 Milliarden USD trauriger Weltmeister.¹³

In Paraguay wurden in den letzten Jahrzehnten Bauern und Bäuerinnen systematisch von ihrem Land vertrieben um auf mittlerweile über 3 Millionen Hektar Ackerland Soja in riesigen Monokulturen anzubauen. Jährlich werden dort unvorstellbare 24 Millionen Liter Pestizide auf die Äcker gekippt. Wissenschaftliche Studien haben die Umweltschäden und Vergiftungen der Landbevölkerung vielfach dokumentiert. Das Geschäft mit den Agrargiften machen in Paraguay vor allem Monsanto, Syngenta und Bayer. Aber auch BASF mischt mit. Sie bieten über 24 verschiedene Agrargifte auf dem dortigen Markt an.¹⁴

Auch hier diskriminieren nationale Politiken einseitig die bäuerliche Bevölkerung. So wurden beispielsweise die Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft seit 2005 von 12 Prozent auf 5 Prozent der öffentlichen Ausgaben gestrichen und eine Erhöhung der minimalen Exportsteuern von 2,5 Prozent auf 6 Prozent vom Kongress, der von Großagrariern dominiert ist, verhindert.¹⁵ Die Bevölkerung Paraguays spricht mittlerweile von der grünen Hölle, von völlig menschenleeren Agrarwüsten.



„Sicherheitskräfte“ bei der Landräumung, Kambodscha

RaN müssen Staaten das Maximum der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen einsetzen. Andere Staaten und die internationale Gemeinschaft müssen diese Bemühungen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit aktiv unterstützen.

Mehrwert eines rechtsbasierten Ansatzes bei der Hungerbekämpfung

Der rechtsbasierte Ansatz hilft, die betroffenen gesellschaftlichen Gruppen und deren Probleme klar zu identifizieren. Er kann also als Analyseinstrument genutzt werden, welches weit über eine enge, technik- und industriedominierte Debatte hinaus geht. Wichtiger noch, er stellt die so identifizierten Gruppen ins Zentrum der Strategien zur Hungerbekämpfung und zielt direkt auf deren Selbstbefähigung ab.

Ein einfaches Beispiel: Die von den meisten Akteuren – inklusive deutscher Agrar- und Ernährungsindustrie – gestellte Frage zur Hungerbekämpfung lautet: „Wie können wir die Welt ernähren?“. Diese Frage führt schnell und gewollt zu einer globalen Mengendebatte, in der mehr Produktion von Nahrungsmitteln im Zentrum steht.

Eine menschenrechtsbasierte Frage würde präziser sein und könnte lau-

ten: „Wie können sich die Hungernden selbst ernähren?“. So kommt man zu völlig anderen Schlüssen, wie beispielsweise, dass beim Thema Produktivitätssteigerung KleinbäuerInnen selbst durch verbesserte Rahmenbedingungen und direkte Förderung in die Lage versetzt werden, mehr Nahrung für sich selbst und den lokalen Markt anzubauen.

In der Menschenrechtssprache wird oft auch der etwas hölprige Begriff „positive Diskriminierung“ verwendet. Dieser hebt hervor, dass unter Bedingungen struktureller Ungleichheit (beispielsweise extreme Armut besonders unter KleinbäuerInnen, Frauen...), Gleichheit nicht mittels Gleichbehandlung erzielt werden kann. Hungerbekämpfung muss daher explizit an den Bedürfnissen diskriminierter Gruppen ausgerichtet werden.

Weiterhin hilft ein Menschenrechtsansatz, neben den Strukturen (bspw. Landverteilung/Landkonzentration), den Blick auf Prozesse zu schärfen, welche oft der Diskriminierung zu Grunde liegende Ursachen sind. Bei Politikentscheidungen, die diese Gruppen direkt betreffen, sind sie fast nie in die Entscheidungsprozesse eingebunden. Sie dürfen nicht mitreden, wenn es beispielsweise um die Ausgestaltung der Landwirtschaft- oder Agrarhandelspo-

litik geht. Die Menschenrechte fordern aber eine Partizipation dieser Gruppen.

Fazit: Eine Frage des politischen Willens

Hunger ist in erster Linie eine Frage von Diskriminierung und der Verletzung von Rechten. Hunger ist damit im Kern ein politisches Problem und menschengemacht. Er kann daher nicht – so verlockend einfach es auch manchmal klingt – technisch gelöst werden. Lösungsansätze müssen zu allererst eine angemessene Beteiligung der diskriminierten Gruppen an der Erarbeitung von Lösungsansätzen und Strategien beinhalten.

Das positive Vorab: Auf globaler Ebene gibt es eine erstaunliche Entwicklung. Nach der Reform des UN-Ausschusses für Welternährungssicherheit (CFS), der Fragen zur Ernährungssicherung global koordinieren soll, können dort mittlerweile Kleinbauernorganisationen, Vertreter von Hirtenvölkern und anderen diskriminierte Gruppen selbstorganisiert mitreden. Solche Mechanismen würden im 21ten Jahrhundert auch der deutschen und europäischen Politik gut zu Gesicht stehen.

Die Bundesregierung verweist zudem gerne und meist zu recht auf den fehlenden politischen Willen von Regierungen vor Ort, Probleme aktiv anzugehen.¹⁶ Richtig. Problematisch ist jedoch, dass damit immer die eigenen Handlungsoptionen relativiert oder ganz ausgeblendet werden. Auf EU-Ebene bedeutet das beispielsweise, die Förderung einer globalen Agrartriebstoff-Produktion, die wegen des Landhungers insbesondere das Recht auf Nahrung der armen ländlichen Gruppen gefährdet, einzustellen und wirksame Maßnahmen zur Regulierung der Finanzbranche im Bereich Agrarrohstoffe (Stichwort Nahrungsmittelspekulation) zu ergreifen. Politischer Unwille der Bundesregierung lässt sich auch am Beispiel Land Grabbing aufzeigen. Aktuell wird im Rahmen der G8 ein „Landtransparenzinitiative“ vorbereitet, die auf freiwilliger Basis mehr Datentransparenz von Staaten und der Privatwirtschaft bei Landtransfers schaffen will. Die fragliche Legitimität



Vertreibung von Bauern, Paraquei

der G8 eine solche Initiative ohne Einbindung des globalen Koordinierungsgremiums des oben genannten CFS zu machen, begründen sie mit der Tatsache, dass ein „Großteil der Investoren aus den G8-Ländern stammt“.¹⁷ FIAN und andere Nichtregierungsorganisationen haben mehrfach eingefordert, dass aus eben dieser Kausalität heraus eine effektive Regulierung dieser Investoren in den G8-Heimatländern zwingend notwendig ist. Es wurde eine ganze Palette von Handlungsoptionen in diese Richtung vorgeschlagen.¹⁸ Sie wurden allerdings nicht weiter verfolgt. Die bedeutende eigene menschenrechtliche Verantwortung bei so zentralen Themen zur Hungerbekämpfung wird damit ein-

zig auf ohnehin schlecht ausgestattete Regierungen im globalen Süden abgewälzt. Das ist ungenügend.

.....

Autor

Roman Herre

Agrarreferent bei der deutschen Sektion der internationalen Menschenrechtsorganisation FIAN (FoodFirst Informations- & Aktionsnetzwerk). Roman Herre ist Diplomgeograph und arbeitet seit 2007 bei FIAN. Inhaltliche Schwerpunkte seiner Arbeit sind Landkonflikte, Agrarreformen und Ländliche Entwicklung.



1 Holt-Gimenez et al. (2009) Food rebellions: Crisis and the hunger for justice

2 Laut FAO ist die Zahl der Hungernden in 2011 um über 100 Millionen Menschen gefallen. Es ist jedoch unklar in wieweit dies mit einer neuen Methodologie in Zusammenhang steht, die letztes Jahr neu zur Anwendung kam.

3 Andere Quellen sprechen von 70 und 75 Prozent Hungernden auf dem Land.

4 La Via Campesina (2008) Abschlusserklärung der internationalen Konferenz zu den Rechten von Bauern und Bäuerinnen, Jakarta

5 Besonders hervorzuheben sind die Politik der Strukturanpassungsmaßnahmen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds sowie die Politik der Welthandelsorganisation WTO. Siehe etwa Bello (2008) Manufacturing a Global Food Crisis. In: Global Asia, Vol.3

6 McMichael (2012) The land grab and the corporate food regime restructuring

7 Weltbank (2010) Rising Global Interest in Farmland sowie Oxfam (2011) Land and Power

8 Allein auf den akademischen Konferenzen Global Land Grabbing (www.future-agricultures.org/landgrab) und Global Land Grabbing II (www.cornell-landproject.org) wurden über hundert Studien präsentiert.

9 Cambodia Daily WEEKEND (March 10-11, 2012) Carving Up Cambodia

10 CESCR (1999) Allgemeiner Rechtskommentar 12 zum Recht auf Nahrung

11 FAOStat 2012

12 Zudem wird gerne unterschlagen, dass sich Produktivität auf viel Variablen Beziehen kann. Bei der Flächenproduktivität, also dem Ertrag pro Flächeneinheit legen beispielsweise viele Studien nahe, dass dort eine Kleinbäuerliche Landwirtschaft mit hohem Arbeitskräfteeinsatz sehr viel Produktiver ist als eine „moderne“, großflächige Monokultur.

13 FAOStat 2013. Exportwerte für 2011 - dies beinhaltet Pestizide im engeren Sinne. Andere Agrargifte wie Insektizide, Herbizide und Fungizide sind dabei wegen nicht vorhandener Daten ab 2007 nicht enthalten.

14 Anhörung im Bundestag/ Agrarausschuss, Gäste aus Paraguay zur Agrarwirtschaft, April 2011

15 Elgert (2012) Can 'responsible' soy production justify the concentration of land in Paraguay? A critical analysis of five claims about environmental, economic, and social sustainability

16 BMZ beim Gespräch im IASS zu G8 Land Transparenz Initiative, 23. April 2013

17 Arbeitspapier der G8 zu Land vom April 2013

18 FIAN, Misereor, Oxfam, Welthungerhilfe, Brot für die Welt (2013) Transparenz alleine Reicht nicht

Immer häufiger schildern uns Eltern ihre Probleme beim Essverhalten ihres Kindes. Wir Erzieher beobachteten eine große Unsicherheit bei vielen Eltern und sahen von was sich viele Kinder beim mitgebrachten Frühstück ernähren, oder was sie zu unserer Obstpause mitbringen.

Wichtig ist uns, dass Eltern über Nahrungsmittel/ Essverhalten und deren Wirkung informiert werden und sich nicht belehrt fühlen. Dass den Kindern das Thema Spaß macht, steht für uns von vorn herein fest.

Zunächst traf sich das Erzieherteam mit einer Ernährungsberaterin, um sich für das Thema fit zu machen und um nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen vermitteln zu können. Finanzielle Unterstützung fanden wir bei der Barmer/ GEK Ersatzkasse. Sie übernahm die Kosten für den Einsatz der Ernährungsberaterin, die bei der Erzieherbegleitung und eines Informationsabends für Eltern zum Einsatz kam.

Die Rückmeldungen aus der Elternschaft nach dem Elternabend waren: „Sehr anschaulich und informativ, locker und ohne Druck, gut und abwechslungsreich gemacht, leckere Kostproben, das Ein-oder Andere kann-

te ich - aber doch so einige Aha-Erlebnisse“. Weiter hörten wir an diesem Abend von den Eltern, dass ihre Kinder viel und begeistert von unseren Aktionen erzählten und schon eine Menge gelernt hätten.

Mit den Kindern wurde ein großer Gemüsegarten einer Oma besucht. Die Kinder konnten direkt aus dem Garten Tomaten, Möhren, Kohlrabi u.v.m. probieren. Sie sahen wo welches Gemüse/ Obst wächst (über/ unter der Erde, am Strauch). Von einer Kita Gruppe wurde in diesem Jahr ein Gemüsegarten angelegt. Die Kinder beobachteten immer wieder den Wachstumsprozess einzelner Pflanzen. Mit den Kindern konnte stets aus dem Garten geerntet und das geerntete zu Speisen verarbeitet werden. In den letzten Monaten wurde viel in Kleingruppen gekocht, gebacken oder etwas zubereitet.

Zum Beispiel: Eine Tomatensuppe/ Gemüsesuppe/ Kürbissuppe/ Gemüsepizza/ Brokkoli-Nuggets/ Obstsalate und Vollkornbrote mit selbstgemachten Kräuter- und Gemüseaufstrichen und v. m. genossen die Kinder. Die Kindergartengruppen luden sich gegenseitig zum Essen ein, hörten Bilderbücher und Geschichten zum Thema Ernährung. Turnstunden wurden zum Thema gestaltet, Spiele (Riech- und Geschmacksübungen) veranstaltet. Die älteren Kinder machten sich auf Spurensuche nach ihrem warmen Mittagstisch (Besichtigung einer Großküche-von der wir das Mittagessen beziehen). Es wurde dem Bauern bei der Kartoffelernte geholfen, im Herbst die Nüsse aufgesammelt und geknackt und einiges mehr erlebt.

Das „Ampelessen“ (täglich etwas rotes-gelbes-grünes) und die Gestaltung und Bedeutung der Ernährungspyramide hatte bei allen Kindern eine lehrreiche und auffordernde Wirkung sich gesund zu ernähren. Jetzt „kontrollieren“ sich

die Kinder untereinander oder erinnern sich ans mehrmalige Trinken von Wasser.

Eine schriftlich erstellte Wunschliste, für ein gesundes und abwechslungsreiches Frühstück, wird von den Kindern und Eltern akzeptiert und umgesetzt.

Autorin:

M. Wester-Mahler
Kita Leiterin Kita „Rappelkiste“ in 53547 Dattenberg



Die Wiese lebt

Dagmar Rüdiger-Triebel hat für kleine und große musikbegeisterte Menschen zwölf Lieder rund um das Thema „Die Wiese lebt“ komponiert.

Jedes einzelne Lied basiert auf einem Arbeitsblatt aus dem roten Ordner „Leben-gestalten-lernen – Werte leben“.

Die Wiese als faszinierender Lebensraum steht für eine bunte, wertvolle Gemeinschaft, mit der wir achtsam umgehen sollten und zu der wir bereits Kindern einen positiven Zugang ermöglichen können.

Die Lieder haben alle einen Bezug zu Werten wie Achtung, Offenheit oder Verantwortungsbewusstsein und verbinden Bewohner der Wiese mit konkreten Aktionen im Kindergarten: Manu, der Maulwurf, lädt uns ebenso in seine Welt ein wie Emmi, die Biene. Gehen Sie mit Pflanzen auf Reisen und wünschen Sie sich am Weltbüffet in vielen Sprachen guten Appetit.

Zur Musik-CD gibt es das entsprechende Text- und Notenheft, die an alle Kitas in Rheinland-Pfalz verschickt wurden. Kitas können im Einzelfall diese Materialien bei der LZU nachbestellen.

Neben dem hier erhältlichen kostenlosen Download bietet die LZU eine App für Smartphones mit der Bezeichnung „Die Wiese lebt“ an, die kostenlos geladen werden kann.



Schwerpunktthema „Ernährung“

Predigtanregungen zur Nachhaltigkeit: zum Kirchenjahr 2012/13 im neuen Design.

Das Internetportal „nachhaltig predigen“ geht in die zweite Runde. Was im Jahr 2005 regional mit den Bistümern und Landeskirchen in Rheinland-Pfalz begann, wird nun schon im zweiten Jahr auf Bundesebene als Internetportal fortgesetzt - Predigtanregungen zur „Nachhaltigkeit“: Pfarnerinnen und Pfarrer, die das Thema nachhaltige christliche Lebensstile in ihren Predigten aufgreifen möchten, erhalten auf der Projektseite „www.nachhaltig-predigen.de“ Anregungen für jeden Sonntag. Die Predigtanregungen zur Nachhaltigkeit beziehen sich jeweils auf die in der katholischen Lese- bzw. evangelischen Perikopenordnung vorgegeben Bibelstellen dieses Sonntags.



Das Erscheinungsbild des Internetportals wurde zum neuen Kirchenjahr aktualisiert und lädt so auch andere Interessierte dazu ein, sich einmal mit den vielschichtigen Zusammenhängen zwischen Nachhaltigkeit und Christentum zu befassen - zum Beispiel im Religionsunterricht oder in der Erwachsenenbildung in den Gemeinden.

Eine „Neuheit“ im Kirchenjahr 2012/13 ist das Schwerpunktthema „Ernährung“. Beispielhaft sollen hier die Facetten beleuchtet werden, die das Thema „Ernährung“ aus dem Blickwinkel des Christseins und der nachhaltigen Entwicklung darbietet. Neben dem, was die Bibel selbst zur Ernährung und zu unserem Ernährungsverhalten sagt, werden u.a. die Aspekte Gesundheit und die Einflüsse des lokalen Handelns auf globale Zusammenhänge angesprochen. Auch der Hunger - in der Welt, aber auch bei uns - hat mit dem Schwerpunktthema ganz direkt zu tun! Die Schwerpunktseite „Ernährung“ wird zu Beginn des neuen Kirchenjahres im Internetportal freigeschaltet.

Auch in diesem Jahr wurde das von den beteiligten Bistümern und Landeskirchen sowie der Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz (LZU) gemeinsam finanzierte Projekt außerdem durch den Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) gefördert.

Michael Rentz
(Projektleitung)
Am Rimmelsberg 2
78315 Radolfzell
Tel (07732) 9458-63



Das Projekt KinderGartenpaten startet mit 47 Kitas in zweite Runde.

Was wächst im eigenen Garten? Und wie kann die noch vorhandene Erfahrung mit eigenen Nutzgärten an möglichst viele Kinder weiter gegeben werden? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des Projekts „KinderGartenpaten“ der Landeszentrale für Umweltaufklärung (LZU) und des NABU-Rheinland-Pfalz, das Anfang des Jahres in 47 Kindergärten in Rheinland-Pfalz in die zweite Runde ging.

Grundidee ist es, dass Kinder mit gärtnerisch erfahrenen Seniorinnen oder Senioren ein Hochbeet betreuen und nutzen. „Dies ist ein generationsübergreifendes Projekt, wo Jung und Alt gemeinsam pflanzen, pflegen, ernten und kochen. Die Mädchen und Jungen werden so spielerisch an den Wert von Gartenarbeit und gesunder Ernährung herangeführt“, sagte Umweltministerin Ulrike Höfken und bedankte sich bei den ehrenamtlich engagierten Seniorinnen und Senioren, den Verantwortlichen in den Kitas und den

Kindern, die sich landesweit an der Aktion beteiligen. Das Projekt sei ein weiterer konkreter Beitrag, um das Thema Ernährung in Kitas voran zu bringen. Im Rahmen der Kampagne „Rheinland-Pfalz isst besser“ habe die Landesregierung bereits Modell-Kitas für Ernährung ins Leben gerufen und das Beratungsangebot der Vernetzungsstelle Schulverpflegung sowie das europäische Schulobstprogramm auf Kitas ausgeweitet.

Das Projekt „KinderGartenpaten“ unterstützt die LZU mit 20.000 Euro. „Dies ist gut angelegtes Geld, denn das Wissen über Gartenarbeit und die Produktion eigener und gesunder Lebensmittel ist ein hoher Wert für unsere Gesellschaft“, betonte die Ministerin. In Nutzgärten, im Wissen und in den Erfahrungen hierzu stecken große Potentiale zur regionalen Wertschöpfung, die es zu nutzen gelte.

Zusätzliche Information im Internet unter www.kindergartenpaten.de

Autofasten 2013 (Jeûne automobile 2013) Vom 25. Februar bis 24. März Klima schützen. Anders unterwegs sein.

Die Bistümer Trier, Mainz und Speyer, der Diözesanrat der Katholiken im Bistum Aachen, die Evangelischen Kirchen im Rheinland, in Hessen-Nassau und in der Pfalz luden für die Fastenzeit gemeinsam mit der katholischen Kirche im Großherzogtum Luxemburg zum AUTOFASTEN ein. Unterstützt wurde die Aktion durch die Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland Pfalz, das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr des Saarlandes, das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, die Ministerien für Verkehr und Umwelt des Großherzogtums Luxemburg sowie Verkehrsverbünde, Verkehrsunternehmen, Fahrradverleiher, Car-Sharing Unternehmen, dem Bund Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND), dem NABU, dem Mouvement écologique, Greenpeace Luxembourg, dem Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC), VELO mobil, dem Verkehrsclub Deutschland (VCD) und vielen mehr.

Wir Menschen sind dabei, unsere Erde zu einem riesigen Treibhaus zu machen. Mit den bekannten katastrophalen Konsequenzen für die ganze Schöpfung. Gott sei dank sind viele dabei aufzuwachen, haben gemerkt, dass es nicht weitergehen kann mit immer mehr Konsum, immer mehr Verbrauch, immer mehr... Das ist gut so. Jede und jeder von uns kann versuchen, seinen persönlichen Lebensstil umweltbewusster zu gestalten. Eine mögliche Veränderung betrifft unsere Mobilität. Das Auto ist das wichtigste Beförderungsmittel hierzulande. Und das bei den immer noch riesigen Mengen Kohlendioxid, die durch den Autoverkehr erzeugt werden. Und bei dem großen Landverbrauch für immer mehr Straßen.

NaturErlebnis- Woche 2013

Autofasten.

Die beteiligten Kirchen rufen dazu auf, in der Fastenzeit das Auto möglichst oft stehen zu lassen. Stattdessen sind Sie eingeladen, das Auto für vier Wochen zu ersetzen: durch Radfahren, Busse und Bahnen oder einfach zu Fuß gehen. Und wenn das Auto nicht zu ersetzen ist, dann: spritsparend zu fahren, Elektromobile auszuprobieren oder sogar anzuschaffen, Fahrgemeinschaften zu bilden oder das Auto mit anderen zu teilen (car-sharing)... Der Fantasie sind da keine Grenzen gesetzt.

Gerechtigkeit.

Der auch durch das Autofahren bewirkte Klimawandel betrifft die armen Länder des Südens und die Menschen dort schon jetzt besonders hart. Obwohl sie nichts dazu können. Wir empfehlen allen Autofastern, sich über die Auswirkungen des Klimawandels in den verschiedenen Regionen der Erde zu informieren.

Überprüfen.

Verschaffen Sie sich einen Überblick über die Produktion von CO₂ durch Ihre Mobilität. Dazu steht hier ein CO₂-Rechner zur Verfügung.

Mitmachen.

Gute Idee. Aber besonders gut wird sie, wenn viele mitmachen. Dazu sind Sie herzlich eingeladen. Versuchen Sie in der Fastenzeit einfach mal einen anderen Weg. Für Sie selbst und ihren Lebensstil und dann ganz wörtlich durch die andere Gestaltung der täglichen Wege. Was Sie davon haben? Einen Zugewinn an Gesundheit durch mehr Bewegung? Das Gefühl, doch etwas tun zu können? Ein besseres Gewissen? Kontakt zu Menschen in Bussen und Bahnen...

Egal, was immer. Es kann doch nicht so bleiben wie es immer war. Es muss sich etwas ändern. Wir müssen uns ändern. Und das ist exakt das, was Christen meinen, wenn sie vom "Fasten" sprechen. Sie sind dazu herzlich eingeladen.

Warum AUTOFASTEN?

Vom Verkehr geht eine starke Gefährdung des Klimas aus, in erster Linie vom Pkw- und Lkw-Verkehr und dann auch vom besonders stark wachsenden Flugverkehr (geschätzte Zunahme bis 2020: 108 Prozent). Von 1990 bis 2004 stiegen die Emissionen aus dem Verkehr der Industriestaaten um 23,9 Prozent. Ein Auto fügt der Erdatmosphäre pro 100 Kilometer rund 14,7 Kilogramm des klimaschädlichen Treibhausgases Kohlendioxid hinzu. Grund genug, nach Alternativen Ausschau zu halten. Denn die gibt es längst. Und sie sind nicht nur umweltfreundlicher, sondern machen auch Spaß. Denn zu Fuß gehen oder die Benutzung von Bus, Bahn oder Fahrrad ermöglichen auch Begegnung und Kommunikation – jenseits des Rundum-Auto-Blechpanzers. Das jedenfalls ist die Erfahrung vieler Autofasterinnen und Autofaster aus den letzten Jahren.

Mehr dazu und zu den Ergebnissen der Untersuchung von Autofasten durch das Saarbrücker Institut für Sozialforschung, Praxisberatung und Organisationsentwicklung GmbH (iSPO) auf dieser Seite.

Zum Mitmachen und zur Information:
blog.bistum-trier.de/autofasten.de



Vom 04. bis zum 12. Mai 2013 fand wieder die bundesweite NaturErlebnisWoche statt.

Der Themenschwerpunkt war „300 Jahre Nachhaltigkeit“.

Auch im Jahr 2013 waren wieder mehr als 100 Veranstaltungen zur Naturerlebniswoche in Rheinland-Pfalz gemeldet worden. Dafür dankt die LZU allen Veranstaltern, Mitwirkenden und Teilnehmenden. Die LZU organisiert die „NaturErlebnisWoche“ in Rheinland-Pfalz als Mitgliedsorganisation des Bundesarbeitskreises der staatlich getragenen Umweltbildungseinrichtungen BANU und unterstützt die Veranstaltenden bei der Öffentlichkeitsarbeit, deren Aktionen zur NaturErlebnisWoche auf der LZU-Homepage www.umdenken.de veröffentlicht sowie mit der bundesweiten Kampagne unter www.naturerlebniswoche.de verlinkt wird. Natürlich wird auch landesweite Pressearbeit geleistet.

Weitere Informationen:

Landeszentrale für Umweltaufklärung
Dr. Ralph Plugge

Telefon: 06131 162527
Mail: plugge@umdenken.de
Web: www.umdenken.de

Headline

Aktion Bien

Subheadline



Aktion Bien ist ein neues Projekt der Landeszentrale für Umweltaufklärung (LZU). Die Wildbienen und Honigbienen sollen Rückenwind bekommen. Außerdem soll es einen ökologisch und ethisch einwandfreien Umgang mit diesen faszinierenden Wesen fördern.

Über Schulen in Rheinland-Pfalz soll mit Unterstützung des Pädagogischen Landesinstituts (PL) Umweltaufklärung ein Umdenken in der Bienenhaltung und der Landwirtschaft bewirkt werden. Bienen und insbesondere der Bien sind auch aus biologischer Sicht (Körperbau, Entwicklung, Arbeitsteilung, Kommunikation, Temperaturregulation etc) faszinierende Lebewesen, bei denen es vom Kindergarten über Grundschul- und Orientierungsstufenunterricht bis in die Sekundarstufen der Realschulen(+) und Gymnasien viel zu entdecken gibt. Darauf verweisen schon die Rahmen- und Lehrpläne für den Schulunterricht.

Zum schnellen Einstieg (seit Februar/März 2013) in das Projekt haben wir uns für die Einführung in Grundschulen entschieden, weil sie die meisten Familien ansprechen und von der Unterrichtsorganisation optimal für einen praktischen Unterricht im Schulgarten und am Bienenstock geeignet sind. Für die Einstiegsarbeit werden Lehrer-Imker-Tandems gebildet. Auf dem

Schulgelände oder in erreichbarer Nähe wird zunächst eine Bienenbeute – wie sie der Imker wünscht – aufgestellt. Die Schulen können unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte und Arbeitsformen (Arbeit in der betreuenden Schule, in der Arbeitsgemeinschaft, im Klassenunterricht) setzen. Alle Schüler der Schule sollen sich aber mit dem neuen Haustier identifizieren und im Laufe des Schuljahres ihren „Bien“ besuchen, kennen lernen und sich möglichst über die Arbeitsergebnisse der Spezialistengruppen informieren können. Die geförderten Schulen müssen sich für ein Langzeitprojekt „Bienen und Imkerei“ entscheiden und sollen „Aktion-Bien“ möglichst in ihr Qualitätsprogramm übernehmen. Dazu fördert die LZU die Anschaffung notwendiger Mittel.

Für die Aktion haben wir folgendes Logo entwickelt, das unsere didaktischen und methodischen Ziele enthält und neugierig machen soll.

Bien ist für viele Leser zunächst ein unvollständiger Schriftzug oder unbekannter Begriff und weckt dadurch schon erste Fragen. Bien ist die Bezeichnung für das Honigbienenvolk mit seinen Wachswaben, das beim Imker in einem Bau (Beute) lebt. In unserem Logo ist die beim Imker meist benutzte Magazinbeute als Rechteck mit Einflugschlitz und aus- oder

einschwirrenden Bienen dargestellt. Seit 60 Millionen Jahren hat sich aus Solitärbienen in Koevolution mit den Blütenpflanzen der Superorganismus Bien entwickelt. Jedes Einzelwesen – Königin, jede der bis zu 50000 Arbeiterinnen und der ca. 200-300 Drohnen – verkörpert nur einen Bruchteil der Eigenschaften, die für den Artbegriff und zur Erhaltung der Art zusammen gehören. Die Einzelwesen sind sozusagen freibewegliche „Körper-Zellen“ des Superorganismus. Durch flexible Aufgabenteilung bilden Arbeiterinnen unterschiedliche „Superorgane“, wobei immer noch neue entdeckt werden – zuletzt die Heiz- und Tankstellenbienen von Prof. Dr. Tautz. Die Königin ist nur Eierleger. Drohnen sind die Überträger der männlichen Spermien. Einzigartig sind die lebenswichtige, in zehntel Grad Schritten zwischen 33° und 36°C differenzierte Klimatisierung des Brutnestes und die Kommunikation zwischen den Bienen eines Volkes durch Tänze, Trommeln auf dem Wabennetzwerk und durch Düfte. Letztlich ist dieser Superorganismus sogar unsterblich. Die Lernenden sollen auch im Vergleich zu menschlichen Staaten erkennen, dass die Bezeichnung „Bienenstaat“ falsch ist.

Aktion bedeutet „Handeln“ in zweierlei Sicht. Mit Kopf, Herz, Hand, optischen Hilfsmitteln (Lupe, Fernglas, Mikroskop) und modernen digitalen Medien, wie z.B. Digitalkamera, Handy, Fernseher, Computer, Whiteboard etc. sollen die Lernenden den Bien, seine Haltung und Bedeutung für unser Ökosystem durch eigene Beobachtungen entdecken. Mit möglichst im Werkraum selbst erstellten Bienenbeuten sollen die Lernenden experimentieren und dadurch neue Einstellungen – wie zum Beispiel Übergänge zur extensiven, ökologischen Imkerei – gewinnen, diese praktizieren und vertreten können! Die Schüler sollen ihre Beobachtungen sichern, diskutieren, mit selbst gebastelten Modellen veranschaulichen, in Arbeitsmappen dokumentieren oder in Schaukästen in



Prof. Dr. Dr. h.c. Randolph Menzel bei der Tagung am 25. Juni 2013 in Mayen



Lehrer u. Imkerinnen beim Besuch des Fachzentrums Bienen und Imkereien in Mayen



Hansjörg Groenert

der Schule oder auf der Schulhomepage präsentieren. Sie sollen schließlich selbst Imkertätigkeiten durchführen und können dann auch über eine Schülerfirma ihre Imkereiprodukte verkaufen.

Handlungsbedarf besteht andererseits, weil die Bienen leiden. Offensichtlich sind es die Monokulturen und Pestizide der „Agrarindustrien“, der Elektrosmog sowie die Viren, Bakterien, Einzeller und Milben verursachten Krankheiten die unseren Honigbienenvölkern so zu schaffen machen, dass sie jährlich massenweise zu Grunde gehen. Die europäische Art *Mellifera* wurde als einzige domestiziert und weltweit zur Imkerei exportiert. Nach Rind und Schwein ist sie unser wichtigstes Nutztier. Ihre Bedeutung liegt aber nicht alleine in der Honigproduktion, sondern viel mehr in der Bestäubung der Blütenpflanzen. Durch die Blütenstetigkeit ist der Bien unverzichtbar für die Ernährung der immer noch wachsenden Weltbevölkerung. Rund 85 Prozent aller landwirtschaftlichen Erträge hängen von der Bestäubung ab! »Wenn die Biene von der Erde verschwindet, dann hat der Mensch nur noch vier Jahre zu leben.«! Diese Worte hat man Einstein in den Mund gelegt, um Menschen zum Umdenken und einem globalen, naturbezogenem, nachhaltigen, ethischem Handeln in der Imkerei und Agrarwirtschaft zu bewegen. Naturausbeutung und Naturzerstörung gefährdet unsere Folgegenerationen. Alle Menschen sollen sich als gleichwertiges Element der Natur in Wechselwirkung mit Tier, Pflanze, Luft, Wasser und Boden sehen. Deshalb stellt die Grafik

auf der Beutenfront in unserem Logo einerseits einen Teil (Varroa - Biene – Kirschblüte – Kirsche – Mensch) des riesigen ökologischen Netzwerkes dar. Andererseits kann sie eine Orientierungshilfe für die rückkehrenden Sammelbienen bedeuten, wie sie der Imker gerne über dem Flugloch anbringt.

Die Aktion Bien stellt sich im Internet unter der folgenden Internetadresse dar und will Ideen für praktische Arbeiten und Experimente geben.

www.groenert.bildung-rp.de/Bien.htm

Am 25. Juni 2013 führten wir eine ganztägige Landesveranstaltung mit der LZU und dem PL Rhld.-Pfalz an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und am Fachzentrum für Bienen und Imkerei in Mayen durch. Vor vollbesetztem Auditorium sprach unter anderem Prof. Menzel. Die Veranstaltung diente der Findung von Lehrer-Imkerin-Tandems zur Bildung von Imkerei-AGs an Schulen.

Zum Autor:

Nach und während meinem Studium der Pädagogik, Philosophie, Biologie, Chemie, Mathematik und Informatik in Koblenz, Bonn und Tübingen habe ich an einer einklassigen Volksschule, Volkshochschulen, Realschulen, Fachoberschulen und Gymnasien unterrichtet. Immer versuchte ich, meine Schüler im selbständigen Umgang mit modernsten Mess- und Experimentiergeräten fachlich optimal zu schulen und bemühte mich, sie in der Entwicklung zu aktiven Bürgern, die Zukunft durch nachhaltiges Verhalten und

ökologisches Handeln gestalten und Mut haben, etwas zu bewegen, zu fördern. In den letzten 30 Beamtenjahren führte ich dann als Studiendirektor und Fachleiter für Biologie am Staatl. Studienseminar für das Lehramt an Gymnasien in Koblenz Biologie-Referendare zum 2. Staatsexamen. Dabei entwickelte ich auch didaktische und methodische Unterrichtskonzepte für die Lehrerfort- und -weiterbildung. Seit meiner Pension bin ich selbständiger Dozent für Biologiedidaktik, führe an der Waldökostation Remstücken in Koblenz noch bioakustische Experimente mit den Gehegetieren durch und entwickle für verschiedene Auftraggeber Umweltprojekte wie Aktion-Blau oder jetzt Aktion-Bien. In den frühen 60-er Jahren arbeitete ich selbst mit Bienen, fertigte dabei auch eine Staatsexamensarbeit zum Organismus Bien an, wechselte dann aber bei Prof. Dr. Bick (Institut für Bienenkunde der Uni Bonn) zu Untersuchungen an aquatilen Insektenlarven und später zur Bioakustik.

Hansjörg Groenert

—
 „Unsere Arbeit soll fürs
 Leben sein; daher gilt:
 kein totes Wissen, sondern
 lebendiges Handeln!“
 (Cotta)
 —

Headline

Bienen auf dem Dach

Subheadline

Ministerin Höfken begrüßt Bienen auf dem Dach des Umweltministeriums und stellt Projekt „Bienen machen Schule“ vor

Umwelt- und Landwirtschaftsministerin Ulrike Höfken hat am Montag, dem 8. Juli 2013 die vier Bienenvölker präsentiert, die seit wenigen Wochen auf dem Dach des Mainzer Umweltministeriums ein Zuhause gefunden haben. Zudem stellte sie das Projekt „Bienen machen Schule“ der Landeszentrale für Umweltaufklärung (LZU) vor: Bereits 13 Schulen und zwei SchUR-Stationen (schulnahe Umwelterziehung in Rheinland-Pfalz) im Land sind in die Imkerei eingestiegen. „Bienen tragen durch ihre Bestäubungsleistung zum Erhalt unserer Artenvielfalt bei. Dass wir Bienen in die Stadt holen, soll zeigen, dass sie überall hingehören“, sagte Höfken. Angesichts des weltweiten Bienensterbens will das Ministerium, das zugleich oberste Imkereibehörde des Landes ist, mit seinem Engagement in der Imkerei ein Zeichen setzen. Höfken bedankte sich bei Ralph Plugge von der LZU, der die MULEWF-Bienen betreuen wird sowie bei Thomas Radetzki vom ökologischen Imkerverband Mellifera, der das Projekt wie die Stiftung Ökologie und Landbau unterstützt.

„Bienen sind mehr als Honigproduzenten. Ihre Bestäubungsleistung liegt jährlich weltweit bei 150 Milliarden Euro, in Deutschland bei zwei Milliarden Euro“, betonte Höfken. Darauf hat der Deutsche Imkerverband am Wochenende anlässlich des „Tags der Imkerei“ hingewiesen.

Imkerei in der Stadt liegt im Trend. Mit seinem Bienenprojekt schließt sich das Umweltministerium dem benachbarten Mainzer Abgeordnetenhaus sowie dem Hyatt-Hotel an, auf deren Dächern ebenfalls Honigbienen wohnen. Die Bienen auf dem Umweltministerium werden nach ökologischen Kriterien gehalten – zum Beispiel wird



Umweltministerin Ulrike Höfken und Imkermeister Thomas Radetzki vor „Bienenkiste“ auf dem Dach des Umweltministeriums Rheinland-Pfalz.

den Bienen nur der Honig-Überschuss genommen und die Vermehrung findet durch natürliches Schwärmen statt. „Erfreulich ist, dass die Imkerei in Deutschland wie auch in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren eine Renaissance erlebt hat“, stellte die Ministerin fest. Aktuell gibt es in Rheinland-Pfalz rund 4.200 Imkerinnen und Imker mit rund 28.000 Bienenvölkern. Bemerkenswert ist, dass sich immer mehr junge Leute und immer mehr Frauen der Bienenzucht widmen.

Die Arbeit mit den Bienen ist ein hervorragender Anlass, um Kinder und Jugendliche für die Belange der Umwelt zu sensibilisieren, hob Höfken hervor. „Ein ganz wunderbares Projekt ist deshalb die Initiative ‚Bienen machen Schule‘. Die LZU hat sich damit zum Ziel gesetzt, Imker und Schulen zusammenzubringen“, sagte Höfken. Im Jahr 2010 sind, unterstützt von der Landeszentrale, bereits das Nordpfalz-Gymnasium in Kirchheimbolanden sowie die Gesamtschule Landau unter die Imker gegangen. Inzwischen gebe es an 13 Schulen in Rheinland-Pfalz Imkerei-AGs, die von der LZU unterstützt werden, etwa noch einmal so viele sind in den Startlöchern. „Die gewonnenen Erfahrungen wollen wir nun an alle Schulen im Land weitergeben“, sagte Höfken. Jährlich sind dafür 50.000 Euro bereitgestellt.

Schulen, die an dem Bienen-Projekt teilnehmen:

- IGS Landau
- Nordringschule Landau
- Bertrada Grundschule Prüm
- Gebrüder-Grimm-Schule, Grundschule Rheinbreitbach
- Erich-Kästner-Grundschule Windhagen
- Grundschule Moselweiß
- Astrid-Lindgren-Schule Ransbach-Baumbach
- Kastanienschule-Grundschule Welschneudorf
- GS Gäuschule, Böbingen-Gommersheim
- GS und GTS St. Martin, Ochtendung
- GS Dammheim, Dammheim
- Augtschule Neuhäusel
- Realschule plus Gau Odernheim
- SchUR-Station Remstecken
- SchUR-Station Zoo Neuwied

Verantwortlich (i.S.d.P)

Stefanie Lotz
Pressesprecherin
Stefanie.Lotz@mulewf.rlp.de

Heike Spannagel
Pressesprecherin
heike.spannagel@mulewf.rlp.de

Buch- und Filmtipps

Nachhaltig genießen.

Sehenswert

More Than Honey

Bester Dokumentarfilm
Deutscher Filmpreis 2013.

Thomas Kufus, Helmut Grasser,
Pierre-Alain Meier
zero one film GmbH, Allegro Film,
Thelma Film
Regie: Markus Imhoof

Der Film More Than Honey wurde von
der LZU in begrenzter Stückzahl zur
Verteilung an interessierte Schulen be-
schafft.



Nachfrage bei:

Dr. Ralph Plugge

Landeszentrale für
Umweltaufklärung
Rheinland-Pfalz
Kaiser-Friedrich-Straße 1
55116 Mainz

Tel. 06131-162527
ralph.plugge@mulewf.rlp.de
www.umdenken.de
www.trias-verlag.de



Das **umweltjournal** erscheint zwei- bis drei-
mal jährlich. Man kann es
kostenlos abonnieren.

Wissen das auch Ihre
Freunde? Sagen Sie's
ruhig weiter!

Falls die Bestellpostkarte
schon ausgeschnitten ist:
Wir nehmen Bestellungen
auch per Telefon (06131
164433) oder Fax (164629)
entgegen.

Absender:

**Ich möchte das
umweltjournal kostenlos
abonnieren.**

Bitte
ausreichend
frankieren

**Ministerium für Umwelt,
Landwirtschaft, Ernährung,
Weinbau und Forsten**

- Redaktion umweltjournal -

**Postfach 3160
55021 Mainz**

umwelt journal



- 1 Center for Food Safety: Center for Food Safety Denounces Dangerous „Biotech“ Earmark in Senate-passed Spending Bill, <http://www.centerforfoodsafety.org/press-releases/1906/center-for-food-safety-denounces-dangerousbiotech-earmark-in-senate-passed-spending-bill>, 20.03.2013, CBS: Critics slam Obama for „protecting“ Monsanto http://www.cbsnews.com/8301-250_162-57576835/critics-slam-obama-for-protecting-monsanto/, 28.03.2013.
- 2 Monsanto: Monsanto Company's Global Business Performance Drives Increased Full-Year Earnings Outlook, <http://monsanto.mediaroom.com/2013-04-03-Monsanto-Companys-Global-Business-Performance-Drives-Increased-Full-Year-Earnings-Outlook>, 03.04.2013.
- 3 MapLight: GMO Supporters Reap What They Sow in Government Funding Bill, <http://maplight.org/content/73204>, 21.03.2013.
- 4 New York Daily News: <http://www.nydailynews.com/news/national/food-oversight-curbs-spending-bill-outragearticle-1.1298967>, 25.03.2013; Die Tageszeitung: <http://www.taz.de/Schutzklausel-fuer-Gentech-Pflanzen/1113858/>, 02.04.2013.
- 5 California Right to Know: No on 37: \$45 Million Against the Right to Know, http://www.carighttoknow.org/_45_million_against_right_to_know, 01.11.2012.
- 6 USDA: Adoption of Genetically Engineered Crops in the U.S., <http://www.ers.usda.gov/data-products/adoption-of-genetically-engineered-crops-in-the-us.aspx#.UWLOGjd3To>, 2012.
- 7 Charles Benbrook: Impacts of genetically engineered crops on pesticide use in the U.S. -- the first sixteen years, <http://www.enveurope.com/content/24/1/24>, 28.09.2012.
- 8 Christoph Then: Die Rache von Käfer&Co: 20 Jahre kommerzieller Anbau von Gen-Pflanzen in den USA, http://www.martin-haeusling.eu/images/attachments/Broschuere_Gentechnik_Web_einzelseiten.pdf, Januar 2013, S.18f.
- 9 Ebenda: S. 20.
- 10 Ebenda: S. 25.
- 11 Center For Food Safety: Seed Giants vs. U.S. Farmers, <http://www.centerforfoodsafety.org.php53-2.ord1-1.websitetestlink.com/reports/1770/seed-giants-vs-us-farmers>, 13.02.2013; Bloomberg: DuPont Sends in Former Cops to Enforce Seed Patents, <http://www.bloomberg.com/news/2012-11-28/dupont-sends-in-former-cops-toenforce-seed-patents-commodities.html>, 28.11.2012.
- 12 Christoph Then, 2013: S. 27.
- 13 Friends of the Earth Europe: GM crops irrelevant in Europe: http://stopthecrop.org/sites/default/files/content/attachments/foee_factsheet_feb_2013_gmcrops_irrelevant_in_europe.pdf, Februar 2013.
- 14 Informationsdienst Gentechnik: Dossier zu MON810, <http://www.keinegentechnik.de/bibliothek/zulassungen/dossier-mon-810-mais.html> und zu Amflora, <http://www.keinegentechnik.de/dossiers/kartoffel-eh92-527-1.html>.
- 15 BfR: Anträge auf Zulassung, <http://www.bfr.bund.de/cm/343/antraege-gvo-lm-fm-vo-1829.pdf>, 02.04.2013.
- 16 Reuters: EU seeks to revive talks on GMO crop cultivation, <http://uk.reuters.com/article/2013/01/22/eu-gmcultivation-idUKL6N0ARCX620130122>, 22.01.2013.
- 17 Testbiotech: Vorsitzende des Verwaltungsrates verläßt EFSA wegen Interessenskonflikten, <http://www.testbiotech.org/node/657>, 09.05.2012.
- 18 Europäischer Rechnungshof: Management of Conflict of Interest in Selected EU Agencies, <http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/17190743.PDF>, Oktober 2012; Testbiotech: Kein Kurswechsel bei der EFSA, <http://testbiotech.de/node/680>, Juni 2012.
- 19 Testbiotech: Verdeckte Einflussnahme durch „Gen-Lobby“ in Deutschland, <http://www.testbiotech.de/node/669>, 24.05.2012.
- 20 Testbiotech: European Food Safety Authority: A playing field for the biotech industry, http://www.testbiotech.de/sites/default/files/EFSA_Playing_Field_of_ILSI.pdf, Dezember 2010.
- 21 GM WATCH: New GMO Regulation passed by unaccountable committee, http://gmwatch.org/index.php?option=com_content&view=article&id=14664:new-gmo-regulation-passed-byunaccountable-committee, 27.02.13; Informationsdienst Gentechnik: Gentechnik-Risiken: Ministerium bestätigt ‚Ja‘ zu fragwürdigen Regeln, <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/27243.html>, 15.03.2013.
- 22 EFSA: EFSA identifiziert Risiken durch Neonicotinoide für Bienen, <http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/130116.htm>, 16.01.2013.
- 23 Agrar Heute: IVA: Studie belegt die Bedeutung der Neonicotinoide, <http://www.agrarheute.com/iva-neonicotinoide>, 16.01.2013.
- 24 The Guardian: Bee-harming pesticides escape proposed European ban, <http://www.guardian.co.uk/environment/2013/mar/15/bee-harming-pesticides-escape-european-ban>, 15.03.2013.
- 25 Bee Care, We Care: Bayer's Commitment and contribution to honey bee health and safety, <http://www.beecare.eu/bayer>, Stand 09.04.2013.
- 26 Greenpeace: Stoppen Sie das Bienensterben, Frau Aigner!,
- 27 ETC Group: Who Will Control the Green Economy?, <http://www.etcgroup.org/content/who-will-control-greeneconomy-0>, 01.11.2011.
- 28 Bio Plus AG: Strukturen und Entwicklungen des Schweizer und internationalen Marktes für Saatgut am Beispiel ausgewählter Gemüsesorten, http://www.evb.ch/cm_data/Saatgutmarkt_Juni_2012.pdf, Juni 2012, S. 8.
- 29 African Centre for Biosafety: New Seed Legislation Spells Disaster For Small Farmers In Africa, <http://www.acbio.org.za/index.php/media/64-media-releases/424-new-seed-legislation-spells-disaster-for-smallfarmers-in-africa#sdfnote5sym>, 02.04.2013.
- 30 International Union for the Protection of New Varieties of Plants: Observers http://www.upov.int/export/sites/upov/members/en/pdf/list_of_observers_in_upov_bodies.pdf, Stand 09.04.2013.
- 31 No Patents On Seeds: Europäisches Patentamt am Scheideweg, Patente auf Pflanzen und Tiere aus dem Jahr 2011, http://www.no-patents-on-seeds.org/sites/default/files/news/npos_patente_report_march_2012_de.pdf, März 2012. http://www.greenpeace.de/themen/chemie/nachrichten/artikel/stoppen_sie_das_bienensterben_frau_aigner/, 09.04.2013.